



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Irreguläre Migration und ihr soziopolitischer Kontext im
Wandel der Zeit: Das Beispiel Thailand“

verfasst von / submitted by

Paul Schöfbenker

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Naturwissenschaft (Mag. rer. nat.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 344 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStg
UF Englisch UniStg
UF Geographie und Wirtschaftskunde UniStg

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Karl Husa

Abstract

Irregular Migration is a very prevalent form of population movement in the ASEAN region in general, as well as in Thailand and its' neighbouring countries specifically. Political, social and/or economic pressure causes thousands of people every year to leave their home countries and immigrate to Thailand using irregular ways. The lack of regular ways for immigration, respectively the lack of access to these ways, as well as Thailand's migration policy makes irregular migrants very vulnerable. Hence, irregular migration is often linked to great social cost, illegal migration fees and human rights violations like human trafficking, forced labour and debt bondage. A vast number of government- and non-government organisations and institutions are part of the discourse on irregular migration in Thailand and formulate recommendations and guidelines to counteract the problems involved. Therefore, the aim of this thesis is to discuss the difficulties regarding irregular migration in Thailand as well as to assess these recommendations and guidelines in respect to their implementation and effectiveness.

Keywords: *Thailand, irregular migration, migration policy, human trafficking, forced labour*

Kurzfassung

Irreguläre Migration ist im ASEAN Raum und speziell in Thailand und dessen angrenzenden Ländern eine allgegenwärtige Form der Bevölkerungsbewegung. Politischer, sozialer und/oder ökonomischer Druck veranlasst jährlich tausende Menschen, ihr Heimatland zu verlassen um auf irregulären Wegen nach Thailand zu immigrieren. Das Fehlen von oder der fehlende Zugang zu legalen Formen der Migration beziehungsweise zu sicheren Migrationswegen, sowie Thailands Migrationspolitik machen irreguläre Migranten und Migrantinnen sehr verwundbar. Irreguläre Migration ist somit oft mit hohen sozialen Kosten, illegalen Migrationsgebühren und Menschenrechtsverletzungen wie etwa Menschenhandel, Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft verbunden. Eine Vielzahl an Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und Institutionen sind am Diskurs zur irregulären Migration in Thailand beteiligt und formulieren Empfehlung und Richtlinien, um den Missständen in diesem Zusammenhang entgegenzuwirken. Ziel dieser Diplomarbeit ist es daher, die Problematik der irregulären Migration in Thailand darzulegen und Empfehlungen und Richtlinien diesbezüglich, auf ihre Umsetzung und Wirksamkeit zu überprüfen.

Schlagwörter: *Thailand, irreguläre Migration, Migrationspolitik, Menschenhandel, Zwangsarbeit*

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass die ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, 01.05.2016

Paul Schöfbenker

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei folgenden Menschen bedanken:

bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Ao. Univ.-Prof. Dr. Karl Husa, für seine Betreuung, seine Hilfsbereitschaft und seine Freundlichkeit.

bei Mag. Rainer Einzenberger, für seine Denkanstöße bei der Themenfindung.

bei meiner Freundin Mona, für ihre grenzenlose Liebe und Unterstützung.

bei meiner Mutter Katharina und meinem Bruder Michael, für..... eigentlich alles!!!

bei meinem Onkel Alexander und meinem Opa Hermann, für die finanzielle Unterstützung ohne die mein Studium in dieser Form nicht möglich gewesen wäre.

bei meinen Freunden und StudienkollegInnen Christopher, Lisa, Vici und vielen anderen, für die schöne und interessante Studienzeit.

Und nicht zuletzt bei David, Flo, Sebastian, Stefan und Klaus, meinen homeboys, für die tatkräftige Ablenkung an diversen Wochenenden (und manchmal auch dazwischen).

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Historischer Rückblick.....	2
1.2 Abkürzungen.....	7
1.2 Definitionen	9
2. Migration in Thailand	12
2.1 Policy development	12
2.2.2 Registrierung	14
2.2.3 Memoranda of Understanding on Employment Cooperation	14
2.2.4 National Verification	16
2.2.5 Regularisierung	18
2.3 Aktuelle Daten und Zahlen	21
2.4 Push-Pull Faktoren.....	24
3. Probleme und Gefahren irregulärer Migration in Thailand.....	28
3.1 Gefahren und Probleme während des Migrationsprozesses.....	28
3.1.1 Begriffsdefinition.....	28
3.1.2 Grenzübergänge/Routen für Menschenschleuser bzw. Händler nach Thailand.....	30
3.1.3 Flüchtlingslager in der burmesisch-thailändischen Grenzregion	32
3.1.4 Irreguläre Migration auf dem Seeweg.....	35
3.2 Gefahren und Probleme für irreguläre MigrantInnen in Thailand.....	38
3.2.1 Ablehnung seitens der Gesellschaft.....	39
3.2.2 Korruption und Misshandlung seitens der Autoritäten.....	42
3.2.3 Case Study Fischereiindustrie	46
3.3 Vulnerabilität von irregulär migrierenden Frauen und Kinder.....	53
3.3.1 Religion, Kultur und die Rolle der Frau in Thailand	53
3.3.2 Zwangsprostitution und Sexarbeit irregulärer Migrantinnen in Thailand.....	55
3.3.3 Irreguläre Migration und Kinder	61
4. Empfehlungen im Umgang mit irregulärer Migration und deren Umsetzung	66
4.1 Allgemeine Richtlinien, Abkommen und Empfehlung zu (irregulärer) Migration in Thailand	66
4.1.1 UN Richtlinien	67

4.1.2 ILO Konventionen und AFML Empfehlungen sowie deren Umsetzung.....	68
4.2 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen Menschenhandel in Thailand	75
4.2.1 Gesetzliche Situation.....	75
4.2.2 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen Menschenhandel	81
4.2.3 Thailands Reaktionen auf die geforderten Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel.....	84
4.2.4 Thailands Versäumnisse im Kampf gegen Menschenhandel	87
4.3 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen Zwangsarbeit in Thailand	89
4.3.1 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen die Zwangsarbeit in Thailands Fischereisektor	89
4.3.2 Thailands Reaktion auf die geforderten Maßnahmen zu Bekämpfung von Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie.....	92
4.3.3 Thailands Versäumnisse im Kampf gegen Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie.	93
4.4 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen die Ausbeutung von Frauen in Thailand.	95
4.4.1 Die ILO Konventionen zur Eliminierung jedweder Art von Diskriminierung von Frauen	95
4.4.2 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen in Thailand.....	98
5. Umsiedlung, Rückwanderung und Integration - Zukunftsaussichten.....	101
5.1 Thailands Umsiedlungsprogramme.....	102
5.2 Migrationsveränderung durch ein sich veränderndes Burma	104
5.3 Prognosen und Empfehlungen	107
6. Schlussbetrachtung	110
7. Literaturverzeichnis.....	113
8. Tabellen und Abbildungsverzeichnis.....	120
8.1 Tabellenverzeichnis	120
8.2 Abbildungsverzeichnis	121

1. Einleitung

Obwohl irreguläre Migration im südostasiatischen Raum bereits seit Jahrzehnten in erheblichem Maße stattfindet und die damit verbundenen Probleme eklatant sind, war ihre Beachtung lange Zeit sehr gering. Erst im Jahr 2007, als das ASEAN Gipfeltreffen auf den Philippinen stattfand, wurde Migration Teil der Agenda. Seither versuchen die ASEAN Staaten der Problematik der irregulären Migration Herr zu werden, was ihnen bis zum heutigen Tag jedoch nur bedingt gelungen ist. Thailand ist in diesem Kontext besonders interessant, da es, als eines der wichtigsten Zielländer irregulärer Migration, vor allem für burmesische, laotische und kambodschanische MigrantInnen, eine zentrale Anlaufstelle ist.

Gerade die jüngste Vergangenheit war politisch gesehen für Thailand eine sehr bewegte und so erfuhr auch das Thema irreguläre Migration mehr Bewegung. Sowohl die Regierung bzw. das Militärregime, als auch unterschiedliche Nichtregierungsorganisationen und internationale Instanzen legten diverse Analysen und Programmpapiere vor, in denen der Umgang mit irregulärer Migration diskutiert wurde. Ob die darin erwähnten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden und ob diese bei einer Umsetzung überhaupt greifen würden, ist allerdings fraglich und soll in den folgenden Kapitel analysiert und diskutiert werden.

Die folgende Literaturarbeit besteht aus vier Kernkapitel. Das erste dieser Kapitel setzt sich allgemein mit Migration in Thailand auseinander. Um eine Basis für die späteren Teile zu schaffen, sollen Begrifflichkeiten erklärt werden, die thailändische Migrationspolitik und ihre Entwicklung sowie die involvierten Institutionen diskutiert und aktuelle Zahlen präsentiert werden. Im Kapitel 3 wird anschließend auf die Probleme und Gefahren im Zusammenhang mit irregulärer Migration eingegangen werden. Dabei wird zwischen solchen Gefahren und Problemen, mit denen Menschen auf dem Weg nach Thailand konfrontiert sind und jenen, denen sie sich stellen müssen, wenn sie in Thailand angekommen sind, differenziert werden. Abschließend soll zur besseren Veranschaulichung die thailändische Fischereiindustrie herangezogen werden, um die Missstände in Zusammenhang mit irregulärer Migration in Thailand exemplarisch darzulegen. Im Kapitel 4 folgt dann eine policy paper Analyse, in welcher Empfehlungen, Maßnahmen und Richtlinien im Kampf gegen die Probleme irregulärer Migration in Thailand analysiert, gegenübergestellt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. In einem kurzen abschließenden Teil sollen dann die zu erwartenden Zukunftsaussichten diskutiert werden und die Frage geklärt werden, ob Tendenzen wie die

mögliche Rückwanderung von burmesischen MigrantInnen nicht nur mit einer zunehmend regulierteren Migrations-, sondern auch mit einer verbesserte Integrationspolitik begegnet werden sollte.

1.1 Historischer Rückblick

Ich möchte in diesem ersten, einleitenden Teil zum einen auf das Phänomen Migration in Südost Asien im Allgemeinen und zum anderen auf das Kernthema dieser Arbeit, irreguläre Migration, eingehen. Dabei sollen Begrifflichkeiten definiert, unterschieden und aktuelle Zahlen präsentiert werden.

Laut IOM (International Organisation for Migration) wird „Migration“ folgendermaßen definiert:

„The movement of a person or a group of persons, either across an international border, or within a State. It is a population movement, encompassing any kind of movement of people, whatever its length, composition and causes; it includes migration of refugees, displaced persons, economic migrants, and persons moving for other purposes, including family reunification.“ (vgl. IOM 2011: 62 f.)

Migration ist seit je her ein ausgeprägtes Phänomen in Südost Asien. Bereits im 16. und 17. Jahrhundert, lange bevor die ökonomischen Interessen Europas an der Region aufkamen, etablierten Händler aus Indien ein dichtes und gut funktionierendes Handelsnetzwerk, welches hauptsächlich auf den Textil und Gewürzhandel ausgelegt war und in den zentralen Häfen Südost Asiens für regen Verkehr sorgte. Vor allem im Bergbau stieg im 17. und 18. Jahrhundert die Nachfrage nach Arbeitskräften, was viele Chinesen dazu veranlasste, ihre Heimat zu verlassen, um in den Zinn- und Goldminen der Region zu arbeiten. Die Kolonialisierung von weiten Teilen Südost Asiens durch Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden, sowie technische Fortschritte wie die Öffnung des Suez Kanals und die damit verbundene Möglichkeit einer frühen Form der Globalisierung und vor allem das Vorhandensein einer großen Menge an Arbeitskraft erlaubte es der Region, im 19. Jahrhundert zu einem wichtigen Teil der Weltwirtschaft zu werden. Bis zu Beginn des zweiten Weltkrieges prägten vor allem junge, allein reisende, männliche Arbeitsmigranten aus China und Indien die Migrationsprozesse in

Südost Asien. Als push-Faktoren für diese Migranten gelten vor allem der Überschuss der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung, relativ unsicher politische Rahmenbedingungen und Naturkatastrophen in den Heimatländern. Als pull-Faktoren werden die stark steigende exportbasierende Landwirtschaft sowie die allgemein steigenden ökonomischen Möglichkeiten in Südost Asien genannt. (vgl. Husa und Wohlschlägl 2014: 18 ff.)

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs und damit auch dem Ende der Kolonialherrschaften in Südostasien entwickelte sich auch das Migrationssystem, von einem zuvor liberalen hin zu einem System, das von strikten Grenzkontrollen und Immigrationsgesetzen geprägt war. Dies führte dazu, dass die zuvor bestimmende Migration von Chinesen und Indern in die Region fast vollständig zum Erliegen kam, während die interregionale Migration vor allem in den 1970er und 1980er Jahren zunahm. (vgl. Asis 2004: 205 f.)

Dies war auch der Zeitraum in dem vor allem die Golfstaaten begannen, aufgrund des gravierende Rohölpreisanstieges, in vielsprechende Infrastrukturprojekte zu investieren, was wiederum die Nachfrage nach Arbeit erhöhte und somit zu einem Emigrationsanstieg in Südost Asien führte, welcher aber mit dem Fall des Rohölpreises in den späten 80er Jahren wieder abflaute. Nach dem ersten Golf Krieg zu Beginn der 90er änderte sich das Migrationssystem in Südostasien erneut hin zu einer interregionalen Migration, was nicht zuletzt dem „Ost- und Südostasiatischen Wirtschaftswunder“ zuzuschreiben ist. In dieser Phase erreichte beispielsweise Thailand durch dessen exportorientierte Haltung in den 80er Jahren, welche vor allem durch die Zuwanderung von billigen Arbeitskräften aus Myanmar, Laos und Kambodscha ermöglicht wurde, schon in den frühen 90er Jahren ein sehr hohes Wirtschaftswachstum. (vgl. Thu 2006: 1 f.)

Mit Beginn der Asienkrise 1997 begannen Zielstaaten von Migration wie Thailand oder Singapur, heimische Arbeitskräfte zu „schützen“, indem man die Immigrationsgesetze und Grenzkontrollen verschärfte, während Ursprungsstaaten wie Indonesien und die Philippinen versuchten, den Export von Arbeitskraft sogar zu verstärken. (vgl. Husa und Wohlschlägl 2014: 25 ff.; vgl. Asis 2004: 212)

Obwohl die Asien Krise von 1997 kurzfristig zwar einen erheblichen Einfluss auf das Migrationssystem in Südost Asien nahm, waren ihre langfristigen Auswirkungen auf das Selbige jedoch relativ gering.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die internationale Migrationsstruktur der ASEAN Region, bestehend aus 10 Ländern (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam), zu einer wesentlich komplexeren entwickelt, als es die Jahrzehnte zuvor der Fall war. Für ein besseres Verständnis wurden die ASEAN Mitgliedstaaten in Tabelle 1 ihrer jeweiligen Funktion innerhalb des Migrationssystems nach eingeteilt. Dabei werden 3 verschiedenen Funktionen, nämlich Ausgangsländer, Zielländer und sowohl Ausgangs- als auch Zielland für Migration, unterschieden.

Tabelle 1: ASEAN Mitgliedsstaaten und ihre Funktion im internationalen Migrationssystem ab 2000

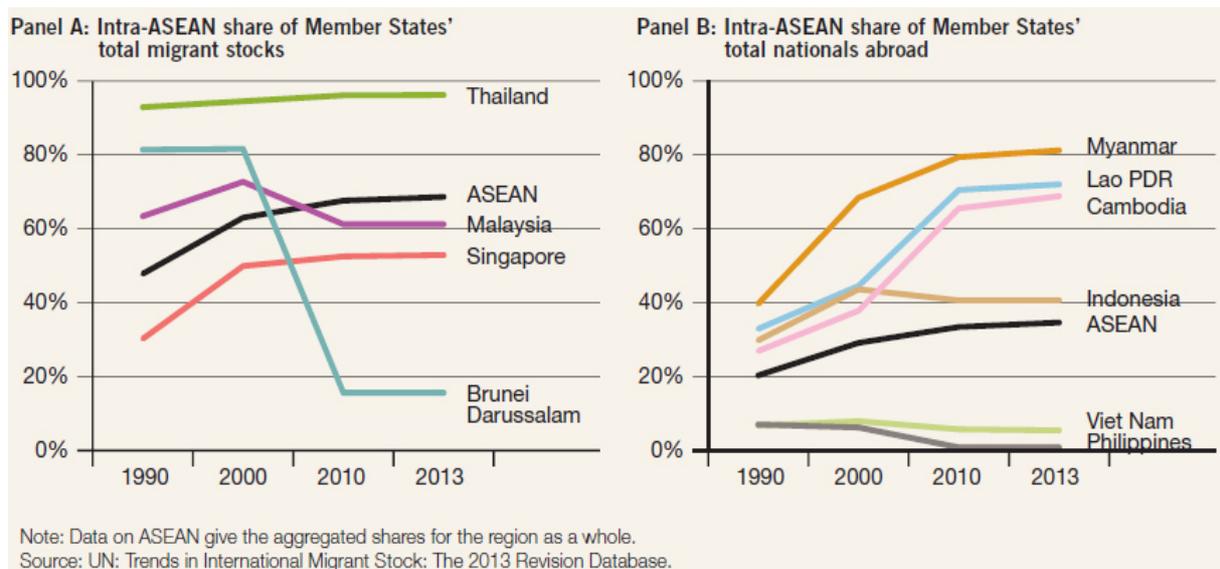
Mitgliedstaat	Art der Migrationspolitik	Zielländer (Z) oder Ausgangsländer (A) von MigrantInnen
Vorwiegende Ausgangsländer		
Philippinen	Arbeitskraft exportierend	Z: Golf-Staaten, Japan, Taiwan, Hong Kong, Singapur, (West) Europa, USA, Kanada, Australien
Indonesien	Arbeitskraft exportierend	Z: Golf-Staaten, Malaysia, Singapur, Hong Kong
Myanmar	Keine Migrationspolitik	Z: Thailand
Laos	Keine Migrationspolitik	Z: Thailand
Kambodscha	Keine Migrationspolitik	Z: Thailand
Vietnam	Arbeitskraft exportierend	Z: USA, Kanada, Westeuropa, Russland
Vorwiegende Zielländer		
Singapur	Arbeitskraft importierend	A: Malaysia, Indonesien, Hong Kong, Philippinen, Europa, Australien
Brunei	Arbeitskraft importierend	A: Malaysia, Indonesien, Philippinen
Sowohl Ausgangs- als auch Zielland für Migration		
Thailand	Arbeitskraft exportierend; Arbeitskraft importierend Migrationspolitik (unter Vorbehalt)	Z: Taiwan, Malaysia, Singapur, Golf-Staaten A: Myanmar, Kambodscha, Laos, Volksrepublik China, Bangladesch
Malaysia	Arbeitskraft importierend	Z: Singapur, Taiwan, Japan, Australien A: Indonesien, Bangladesch

Quelle: Husa und Wohlschlägl 2014: 29, eigene Bearbeitung

Tabelle 1 zeigt dabei, dass sich seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts im Südostasiatischen Raum ein sehr dichtes und komplexes Netzwerk an Migrationsprozessen entwickelt hat. Waren für ArbeitsmigrantInnen der heutigen ASEAN Region früher eher der mittlere Osten, Nord Amerika oder auch Australien als mögliche Zielländer interessant, so gewann Westeuropa und vor allem auch benachbarte ASEAN Staaten zunehmend an Bedeutung. Ökonomisch sowie teilweise politisch instabile Länder wie Myanmar, Laos oder Kambodscha haben, gerade in jüngerer Zeit, begonnen, Arbeitskräfte vor allem in das angrenzende Thailand zu exportieren. Dabei verfolgen sie jedoch keine konkrete Migrationspolitik, was Thailand vor große Herausforderungen bezüglich der heimischen Migrationspolitik stellt. (vgl. Husa und Wohlschlägl 2014: 29 f.)

Dieser Trend lässt sich auch anhand der Abbildung 1 gut erkennen. Auch wenn die interregionalen Migrationsanteile im gesamten ASEAN Raum durchschnittlich gestiegen sind (in absoluten Zahlen von 1,5 Millionen im Jahre 1990 auf 6,5 Millionen 2013; vgl. ILO und ADB 2014: 83), hat speziell Thailand seit den 1990er Jahren einen äußerst hohen Anteil an MigrantInnen aus der ASEAN Region und erreichte 2013 Werte von rund 96 Prozent. Dies liegt, wie oben erwähnt und in Panel B der Abbildung 1 ersichtlich nicht zuletzt daran, dass vor allem angrenzende, weniger entwickelte Länder wie Laos, Myanmar und Kambodscha seit den 1990er Jahren ihren Anteil an EmigrantInnen innerhalb der Region verdoppelt haben.

Abbildung 1: Interregionale Migrationsanteile (total) in ASEAN, 1990-2013



Quelle: ILO und ADB 2014: 84

Obwohl erwähnt werden muss, dass sich die Zahlen und Daten je nach Quelle und Begriffsdefinitionen teilweise deutlich unterscheiden, so zeigt Tabelle 2 jedoch trotzdem, dass innerhalb Südostasiens vor allem Thailand, Malaysia und Singapur die größte Rolle als Zielland internationaler Migration zukommt. Zusammengenommen befinden sich rund 90 Prozent der gesamten MigrantInnen und rund 97 Prozent der Intra-ASEAN MigrantInnen in diesen drei Ländern (vgl. ILO und ADB 2014: 84). Auffällig ist dabei ebenfalls, dass Thailand von diesen drei Staaten zwar die höchste Anzahl an MigrantInnen aufweist, jedoch die geringste Anzahl an offiziell erwerbstätigen MigrantInnen, was bereits hier auf eine unzureichende Migrationspolitik sowohl Thailands als auch der Nachbarstaaten schließen lässt.

Tabelle 2: Migrationsbevölkerung und Erwerbstätige MigrantInnen der ASEAN Mitgliedsstaaten (aktuellstes Jahr)

	Jahr	Migrationsbevölkerung			Erwerbstätige MigrantInnen (offiziell)		
		Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	weiblich
Brunei	2012	113300	/	/	87110	69570	17540
Kambodscha	2012	68434	27207	41227	50176	22433	27743
Indonesien	2010	73217	45353	27864	/	/	/
Laos	2005	13577	7046	6531	20942	/	/

Malaysia	2012	2342200	1421700	920400	1727000	1245100	481900
Myanmar	2010	72363	36553	35810	/	/	/
Philippinen	2010	177365	100602	76763	/	/	/
Singapur	2012	1494200	/	/	1268300	/	/
Thailand	2010	2702164	1494095	1208069	1145159	675644	469515
Vietnam	2009	10044	6293	3751	3620	2389	1232
Anmerkung: Migrationsbevölkerung beinhaltet Alter 0 und drüber; erwerbstätige MigrantInnen beinhaltet Alter 15 und darüber; „/“ = keine Daten verfügbar.							

Quelle: ILO und ADB 2014: 128, eigene Darstellung

1.2 Abkürzungen

3D	D irty, D ifficult, D angerous
ADB	A sian D evelopment B ank
ADI	A usländische D irektinvestitionen
AFML	A SEAN F orum on M igration L abour
AHTD	A nti H uman T rafficking D ivision
AMS	A SEAN M ember S tates
AP	A ssociated P ress
ASCM	A sian R esearch C enter for M igration
ASEAN	A ssociation of S outh E ast A sian N ations
BBC	B ritish B roadcasting C orporation
BIP	B rutto I nlands P rodukt
CEDAW	C onvention on the E limination of A ll F orms of D iscrimination A gainst W omen
COMMIT	C oordinated M ekong M inisterial I nitiative against T rafficking
CPUE	C atch p er U nit of E ffort
CRC	C onvention on the R ights of a C hild
DLPW	D epartment of L abour P rotection and W elfare
DOE	D epartment of E mployment
DOF	D epartment of F isheries
EJF	E nvironmental J ustice F oundation

FAO	F ood and A griculture O rganization of the United Nations
HRW	H uman R ights W atch
ICCPR	I nternational C ovenant on C ivil and P olitical R ights
ILO	I nternational L abour O rganisation
IOM	I nternational O rganisation for M igrations
ICERD	I nternational C onvention on the E limination of all Form of R acial D iscrimination
ICESCR	I nternational C ovenant on E conomic, S ocial and C ultural R ights
IUU	I llegal, U nreported and U nregulated fishing
IWF	I nternationaler W ährungsfond
KWO	K aren W omen's O rganisation
LCC	L abour C oordination C enter
LPN	L abour R ights P romotion N etwork
MFA	M inistry of F oreign A ffairs of the Kingdom of Thailand
MOI	M inistry of I nterior
MOU	M emorandum of U nderstanding
MRC	M igrant R esource C entre
MSDHS	M inistry of S ocial D evelopment and H uman S ecurity
NAP	N ational A ction P lan to Prevent and S upress Human Trafficking
NV	N ational V erification
OHCHR	O ffice of the H igh C ommissioner for H uman R ights
OSSC	O ne S top S ervice C entre
SEZ	S pecial E conomic Z one
THB	T hai- B aht
TVPA	T rafficking V ictims P rotection A ct
UN	U nited N ations
UNCTOC	U nited N ations C onvention on T ransnational O rganised C rime
UNHCR	U nited N ations H igh C ommissioner for R efugees
UNIAP	U nited N ations I nter- A gency P roject on Human Trafficking
UNICEF	U nited N ations I nternational C hildren's E mergency F und

USD	United States Dollar
USDOL	United States Department of Labor
UVI	Unique Vessel Identifiers

1.2 Definitionen

Um irreguläre Migration ausführlich und profund diskutieren zu können ist es notwendig, vorab einige zentrale Begrifflichkeiten zu erklären bzw. zu definieren. Ich beziehe mich dabei auf international anerkannte und gängige, von den UN, der ILO und der IOM formulierte Definitionen.

brain drain: *“Emigration of trained and talented individuals from the country of origin to another country resulting in a depletion of skills resources in the former.”* (IOM 2011: 15)

Burma/Myanmar: In dieser Arbeit sind diese beiden Begriffe als Synonyme zu verstehen und werden auch als solche verwendet.

Deportation (deportation): *“The act of a State in the exercise of its sovereignty in removing a non-national from its territory to his or her country of origin or third state after refusal of admission or termination of permission to remain”* (IOM 2011: 27)

Dokumentierter/regulärer MigrantIn: *“[...] considered as documented or in a regular situation if they are authorized to enter, to stay and to engage in a remunerated activity in the State of employment pursuant to the law of that State and to international agreements to which that State is a party.”* (ILO 2006: 3)

Flüchtling (refugee): *“A person who, “owing to a well-founded fear of persecution for reasons of race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinions, is outside the country of his nationality and is unable or, owing to such fear, is unwilling to avail himself of the protection of that country [...] as any person compelled to leave his or her country “owing to external aggression, occupation,*

foreign domination or events seriously disturbing public order in either part or the whole of his country or origin or nationality.” [...] also include persons who flee their country “because their lives, security or freedom have been threatened by generalized violence, foreign aggression, internal conflicts, massive violations of human rights or other circumstances which have seriously disturbed public order.” (IOM 2011: 79 f.)

Irregulärer/undokumentierter MigrantIn: *“A person who, owing to unauthorized entry, breach of a condition of entry, or the expiry of his or her visa, lacks legal status in a transit or host country. The definition covers inter alia those persons who have entered a transit or host country lawfully but have stayed for a longer period than authorized or subsequently taken up unauthorized employment (also called clandestine/undocumented migrant or migrant in an irregular situation). The term “irregular” is preferable to “illegal” because the latter carries a criminal connotation and is seen as denying migrants’ humanity” (IOM 2011: 54)*

Kind/Minderjähriger/Minderjährige: *„An individual being below the age of eighteen years unless, under the law applicable to the child, majority is attained earlier” (IOM 2011: 18).*

Menschenhandel (human trafficking): *“Trafficking in persons shall mean the recruitment, transportation, transfer, harbouring or receipt of persons, by means of threat or the use of force or other forms of coercion, of abduction, of fraud, of deception, of the abuse of power or of a position of vulnerability or of the giving or receiving of payments to achieve the consent of a person having control over another person, for the purpose of exploitation. Exploitation shall include, at a minimum, the exploitation of the prostitution of others or of other forms of sexual exploitation, forced labour or services, slavery or practices similar to slavery, servitude or the removal of organs” (ILO 2006: 4)*

Menschenschlepperei/Menschenschmuggel (smuggling humans): *“The procurement, in order to obtain, directly or indirectly, a financial or other material benefit, of the illegal entry of a person into a State Party of which the person is not a national or a permanent resident [...] Smuggling, contrary to trafficking, does not require an*

element of exploitation, coercion, or violation of human rights.” (IOM 2011: 92, eigene Hervorhebung)

Schuldknechtschaft (debt bondage): *“The status or condition arising from a pledge by a debtor of his or her personal service or those of a person under his or her control as security for a debt, if the value of those services as reasonably assessed is not applied toward the liquidation of the debt or the length and nature of those services are not respectively limited and defined” (ILO 2006: 3)*

Zwangsarbeit (forced labour): *“All work or service which is exacted from any person under the menace of any penalty and for which the said person has not offered himself/herself voluntarily” (IOM 2011: 39)*

2. Migration in Thailand

Im Folgenden wird die thailändische Migrationspolitik, deren Geschichte, Mechanismen und damit verbundenen Institutionen genau beleuchtet werden, um einen Basis für die anschließenden Kapitel dieser Arbeit zu schaffen.

2.1 Policy development

Obwohl Thailand seit je her von Migration in verschiedensten Formen geprägt war, gab es bis zum Ende der 1920er Jahre keinerlei Reglements diesbezüglich und somit auch per Definition keine irreguläre Migration. Grenzen zu Nachbarländern wie Myanmar, Laos und Kambodscha könnte völlig frei und ohne jegliche Kontrolle überwunden werden. Dies änderte sich 1927 mit dem „First (royal) Immigration Act of Thailand“ (B.E. 2470) welcher vorsah, dass Immigration nur an bestimmten, dafür vorgesehenen Grenzkontrollpunkte stattfinden sollte, an denen sich jede Person gegenüber den Behörden auszuweisen hatte. Trotz dieser ersten „Regulierung“ von Migration erreichte in den kommenden Jahrzehnten ein bedeutender Strom an, durchaus in Thailand benötigten, wenig qualifizierten Arbeitskräften das Land, so dass 1978 der „Alien Working Act“ verabschiedet wurde, welcher vor allem die heimischen wenig qualifizierten Arbeitskräfte schützen sollte.

Ab diesem Zeitpunkt nahm Thailand Migrationspolitisch eine ambivalente Position ein. Zu Beginn der 80er Jahre, als vor allem der heimische Industriesektor stark zu wachsen begann, bestand ein großer Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitskräften. Diese konnten allerdings aufgrund des Alien Working Acts, welcher von ImmigrantInnen eine Arbeitsgenehmigung verlangte, nicht mehr so ungehindert wie zuvor im thailändischen Arbeitsmarkt Fuß fassen, was zu Arbeitskraftengpässen in Thailand führte. Diese Engpässen wurden zusätzlich verstärkt, indem viele wenig qualifizierte Thais das Land aufgrund von bessern Verdienstmöglichkeiten in anderen Staaten verließen. (vgl. Sasiwongsoj 2014: 59)

Durch den Wirtschaftsaufschwung in Thailand waren weite Teile der heimischen Bevölkerung, obwohl die Arbeitslosenrate hoch war, nicht mehr bereit, im neuen „Tigerstaat“ sogenannte 3D-jobs (dirty, difficult, dangerous) anzunehmen. Die gleichzeitige Landflucht vergrößerte die Arbeitskraftengpässe für die Industrie in ruralen Gebieten zusätzlich, was dazu führte, dass

bereits Anfang der 90er Jahre irreguläre Migration ein wesentlicher Bestandteil der Thailändischen Wirtschaft und Gesellschaft war. (vgl. Mon 2010: 36)

Die steigende Anzahl an irregulären MigrantInnen, die vor allem in Grenznahen Gebieten im Industrie oder Agrarsektor arbeiteten, veranlasste die thailändische Regierung 1992 erstmals einen Versuch zu starten, dieser Lage Herr zu werden. Man ermöglichte es in diesem Zuge Arbeitgebern, aus den Grenzprovinzen zu Myanmar, aus Myanmar stammende Arbeitskräfte zu registrieren. Arbeitnehmer die so registriert wurden, erhielten eine einjährige Arbeitsgenehmigung, galten jedoch dennoch nicht als legale MigrantInnen. Die thailändische Regierung weitete dieses Reglement 1996 auch auf Arbeitnehmer aus Laos und Kambodscha aus, jedoch war es weiterhin nur auf bestimmte Provinzen und auf bestimmte Tätigkeitsbereiche wie die Bau-, Fischerei- oder Agrarindustrie etc. beschränkt sowie weiterhin nur temporärer Natur. (vgl. Sasiwongsaraj 2014: 60 f.)

Im Zeitraum zwischen 1992 und 2000 war der Versuch der thailändischen Regierung eine funktionierende Migrationspolitik für wenig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen sehr kurzfristig gedacht, indem man Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen nur von Jahr zu Jahr verlängerte und im Zuge der Asienkrise sogar versuchte, dem Arbeitsmigrationsstrom entgegenzuwirken, um den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen, obwohl der Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitskräften konstant blieb. (vgl. Hall 2011: 23)

Zu Beginn der 2000er traten die ersten Spätfolgen der im Grunde nicht vorhandenen Migrationspolitik auf den Plan. Die ohnehin schon hohe Anzahl an irregulären Arbeitskräften aus den Nachbarländern hatte sich effektiv verdoppelt, da viele dieser ArbeitsmigrantInnen Familien gründeten und Kinder bekamen oder Angehörige aus den Ursprungsländern ebenfalls auf irregulären Wegen nach Thailand nachkamen. Man stand vor ungeahnten Herausforderungen, da diese Menschen sowohl das Gesundheitssystem, die staatliche Infrastruktur, sowie die Umwelt zu überfordern drohten und besonders vulnerable irreguläre MigrantInnen wie Frauen und Kinder immer häufiger Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden. Dies veranlasste die Regierung 2004 erstmals dazu einen auf nationaler Ebene einheitlichen Registrierungsprozess in Gang zu setzen. (vgl. Sasiwongsaraj 2014: 62 f.)

2.2.2 Registrierung

Die Periode in der es für irreguläre MigrantInnen möglich war, sich registrieren zu lassen, dauerte ursprünglich 30 Tage und war ausschließlich für jene MigrantInnen gedacht, die zuvor schon registriert waren und diese Registrierung so zu sagen erneuern wollten. Der Prozess der Registrierung war zudem sehr aufwendig, komplex und mit hohen Kosten verbunden, weswegen nur sehr wenige MigrantInnen diese Möglichkeit nutzen. Die thailändische Regierung reagierte darauf mit sogenannten „amnesty registration periods“, welche 2001, 2004, 2009 und 2011 stattfanden und allen irregulären MigrantInnen die Möglichkeit gaben, sich registrieren zu lassen (siehe auch Abbildung 7). (vgl. Hall 2011: 18 f.)

Im Zuge dieses Registrierungsprozesses mussten MigrantInnen beim thailändischen Innenministerium um eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung ansuchen (Tor Ror 38/1), um anschließend beim Arbeitsministerium eine einjährige Arbeitsgenehmigung beantragen zu können. Weiter problematisch war, dass MigrantInnen die den langwierigen und komplizierten Prozess der Registrierung hinter sich brachten, zwar theoretisch besseren Zugang zu Gesundheits- und Sozialsystemen hatten, jedoch ihren Status als irreguläre MigrantInnen behielten, da sie zwar nun registriert waren, das Land aber trotzdem ohne gültige Dokumente und auf irregulären Wegen betreten hatten. Zudem waren registrierte MigrantInnen immer an die Provinz in der diese Registrierung stattfand und den jeweiligen Arbeitsplatz gebunden. Sie konnten sich innerhalb Thailands nicht frei bewegen und wenn sie ihren Arbeitsplatz wechseln wollten, diesen verloren oder die einjährige Arbeitsgenehmigung ablief, mussten sie sich erneut um eine Registrierung bemühen. Andernfalls drohte ihnen Arrest und Deportation. Auch das Recht ein motorisiertes Fahrzeug zu lenken, wurde ihnen weiterhin verwehrt. (vgl. Hall 2011: 19f; vgl. Natali et al. 2014: 14)

2.2.3 Memoranda of Understanding on Employment Cooperation

Nachdem die thailändische Regierung die Problematik, verbunden mit dem Registrierungsprozess erkannte, beschloss sie den Fokus weg von temporären Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen hin zu einer tatsächlichen Legalisierung irregulärer MigrantInnen zu legen. In diesem Zuge wurden zwei verschiedene Methoden eingeführt. Zum einen die sogenannten „Memoranda of Understanding on Employment Cooperation“ (MOU) und zum

anderen die „national verification“ (NV). Der zuvor verfolgte Prozess der Registrierung sollte nur so lange nebenbei fortgesetzt werden, bis sich diese beiden neuen Kanäle vollständig etabliert hätten. (vgl. Hall 2011: 19; vgl. Sasiwongsaraj 2014: 62)

Diese MOUs zielten drauf ab, erstmals bilaterale Abkommen mit den Nachbarländern Laos, Kambodscha und Myanmar abzuschließen, um legale Migrationskanäle für zuvor irregulär nach Thailand immigrierende, wenig qualifizierte Arbeitskräfte, zu schaffen. Während die MOUs von Kambodscha und Myanmar alle wenig qualifizierten Arbeitskräfte umfassten, wurden bei der bilateralen Einigung zwischen Thailand und Laos HeimarbeiterInnen exkludiert. (vgl. ILO und ADM 2014: 117f.)

Die Konditionen unter denen irreguläre Migranten im Sinne der MOUs reguliert werden konnten, waren jedoch für alle 3 Abkommen gleich und können wie folgt zusammengefasst werden:

„Authorized agencies must ensure applicants have fulfilled requirements for a visa, work permit, health insurance, contribution to a savings fund, and taxes (as required). A contract with terms and conditions of employment must be signed and copies submitted to both Cambodian and Thai authorities. Employment must not exceed two years (though with a possible two-year extension followed by a minimum three-year break). Workers pay 15.0 per cent of their monthly salary into a savings fund and are fully reimbursed within 45 days of returning to their permanent address. Workers receive wages and benefits to the same extent as national workers.“ (ILO und ADB 2014: 117)

Unterzeichnet wurden diese Abkommen 2002 von Laos, gefolgt von Kambodscha und Myanmar 2003 und traten gegenüber Laos und Kambodscha 2006 und gegenüber Myanmar 2009 in Kraft. Innerhalb dieser MOUs war es möglich, benötigte Arbeitskräfte direkt aus einem der drei benachbarten Länder anzuwerben und zu „importieren“. Diese Arbeitskräfte hatten regulären Status, einen vorübergehend gültigen Pass, thailändische Visa, die Erlaubnis einen Motorradführerschein zu erwerben und eine Arbeitsgenehmigung, welche für zwei Jahre gültig war und bei einer Anstellung über diese beiden Jahre hinaus um weitere 2 Jahre verlängert werden konnte. Entgegen der Erwartungen der thailändischen Regierung war die Anzahl der

MigrantInnen, welche diesen Kanal für die Einwanderung nutzten, sehr gering, da diese immer noch mit einer Vielzahl bürokratischer Hürden und finanzieller Aufwände konfrontiert wurden. (vgl. Natali et al. 2014: 14 f.)

So sind bis Mitte Juli 2013 nur rund 86000 MigrantInnen aus Kambodscha, 16500 aus Laos und 36500 aus Myanmar regulär via MOU nach Thailand immigriert (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Anzahl der über MOUs nach Thailand immigrierten Arbeitskräfte bis Mitte Juli 2013

Nationality	No. of migrants working with active work permits and valid passports/certificate of identity
Cambodia	85,733
Lao People's Democratic Republic	16,665
Myanmar	36,650
Total	139,048

Source: Department of Employment, Ministry of Labour, Thailand, 2013.

Quelle: Natali et al. 2014: 15.

2.2.4 National Verification

Zusätzlich zu den MOUs wurde das Instrument der „national verification“ ins Leben gerufen und war als unterstützendes Legalisierungsinstrument dieser gedacht. Im Artikel III der MOUs wird die Aufgabe der NV definiert und liest sich wie folgt:

„The authorised agencies of both Parties shall work together for the establishment of procedures to integrate workers, who are in the country of the other Party prior to the entry into force of this Memorandum of Understanding, into scope of this Memorandum of Understanding.” (Natali et al. 2014: 15)

Dieses war sowohl an MigrantInnen gerichtet, welche sich bereits zuvor in Thailand hatten registrieren lassen aber dennoch, wie bereits oben erwähnt, irregulären Status hatten, als auch an völlig nichtdokumentierte MigrantInnen. Ziel war es, diese MigrantInnen in einen regulären

Status im Sinne der MOUs (temporärer Pass, Visa, temporäre Arbeitserlaubnis etc.) zu überführen. (vgl. Hall 2011: 19)

Der wiederum sehr komplexe, zeitaufwendige und kostenintensive Prozess der NV umfasste insgesamt nicht weniger als 13 Schritte, inklusive Gesundheitscheck und diverser Anträge bei verschiedensten Ministerien. War der oder die MigrantIn einmal registriert, so konnte der Arbeitsgeber oder die Arbeitgeberin regulären Status für die jeweilige, von ihm angestellte, Arbeitskraft beantragen. Wurden die Daten des Migranten oder der Migrantin von deren Ursprungsland bestätigt, so wurde ein temporärer Pass zu Abholung bereitgestellt. Während Laos und Kambodscha mobile Teams zusammenstellten, welche diese temporären Pässe an die jeweiligen Antragsteller in Thailand aushändigten, so musste Migranten und Migrantinnen mit Ursprungsland Myanmar zurück in ihr Heimatland, um dort diese Pässe abzuholen, was einen zusätzliche immens Aufwand bedeutete. Ursprünglich sollten die MigrantInnen mit Recht auf NV bis Ende 2010 Zeit haben, um sich so registrieren zu lassen. Aufgrund der teilweise bereits oben angeführten Hindernisse bezüglich der NV, wie etwa die sehr komplexe Prozessstruktur, mangelnde Information für Arbeitgeber und Nehmer, oftmals nicht Erfüllung der Reglements seitens der Autoritäten und der hohen Kosten, war die NV ein sehr schleppender Prozess, weshalb die Regierung die Frist bis Juni 2012, dann Dezember 2012 und schließlich bis August 2013 verlängerte. (vgl. Hall 2011: 19; vgl. Natali et al. 2014: 15)

Wie Tabelle 4 zeigt, hatten sich bis Ende 2012 rund 1,3 Millionen ArbeitsmigrantInnen und Migrantinnen, davon rund 120000 aus Kambodscha, 35000 aus Laos und beinahe 1,2 Millionen aus Myanmar, über die NV registrieren lassen. Dies ist ungefähr die zehnfache Menge gegenüber den rund 140000, die über die MOUs verifizieren haben lassen.

Tabelle 4: Anzahl der ArbeitsmigrantInnen die bis Ende 2012 über die NV registriert wurden

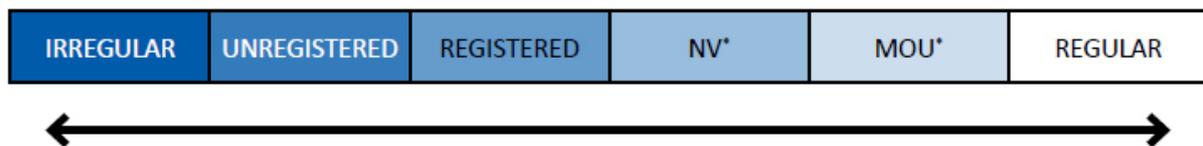
Nationality	No. of migrants working with active work permits and completed NV
Cambodia	117,287
Lao People's Democratic Republic	34,999
Myanmar	1,179,341
Total	1,331,627

Source: Department of Employment, Ministry of Labour, Thailand 2012.

Quelle: Natali et al. 2014: 16

Abbildung 2 stellt das Kontinuum der Stadien eines Migranten oder einer Migrantin in Bezug auf deren Regularität dar. Vor der Einführung der MOUs und der NV waren im Prinzip alle ArbeitsmigrantInnen irregulär. Dies betraf zum einen MigrantInnen, welche völlig nicht-dokumentiert in das Land einreisten, als auch jene die sich im Sinne der Tor Ror 38/1 registrieren ließen und so auch eine Arbeitsgenehmigung besaßen. ArbeitsmigrantInnen waren daher zwar offiziell registriert, jedoch weiterhin irregulär da sie keinen Pass aus dem Heimatland besaßen und somit nach Ablauf ihrer Genehmigungen deportiert wurden. Wie oben beschrieben war es für LaotenInnen und KambotschanerInnen ab 2006, für BurmesInnen ab 2009 möglich, regulären Status über die NV oder die MOUs zu erlangen, je nachdem ob sich die betreffende Person vor dem jeweiligen Datum des Inkrafttretens schon in Thailand aufhielt oder nicht. Entscheidenden dabei ist, dass jeder Migrationsstatus einen direkten, prekären Einfluss auf den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen wie Gesundheitsversorgung und Arbeitsrechte etc. hat. (Natali et al. 2014: 16)

Abbildung 2: Kontinuum des Migrationsstatus in Thailand



**The terms NV and MOU here refer to migrants who obtained their regular legal status through the NV system (i.e. they entered Thailand as irregular migrants) and those who entered through the MOUs (and hence held regular status on their arrival in the country).*

Quelle: Natali et al. 2014: 16, eigene Darstellung

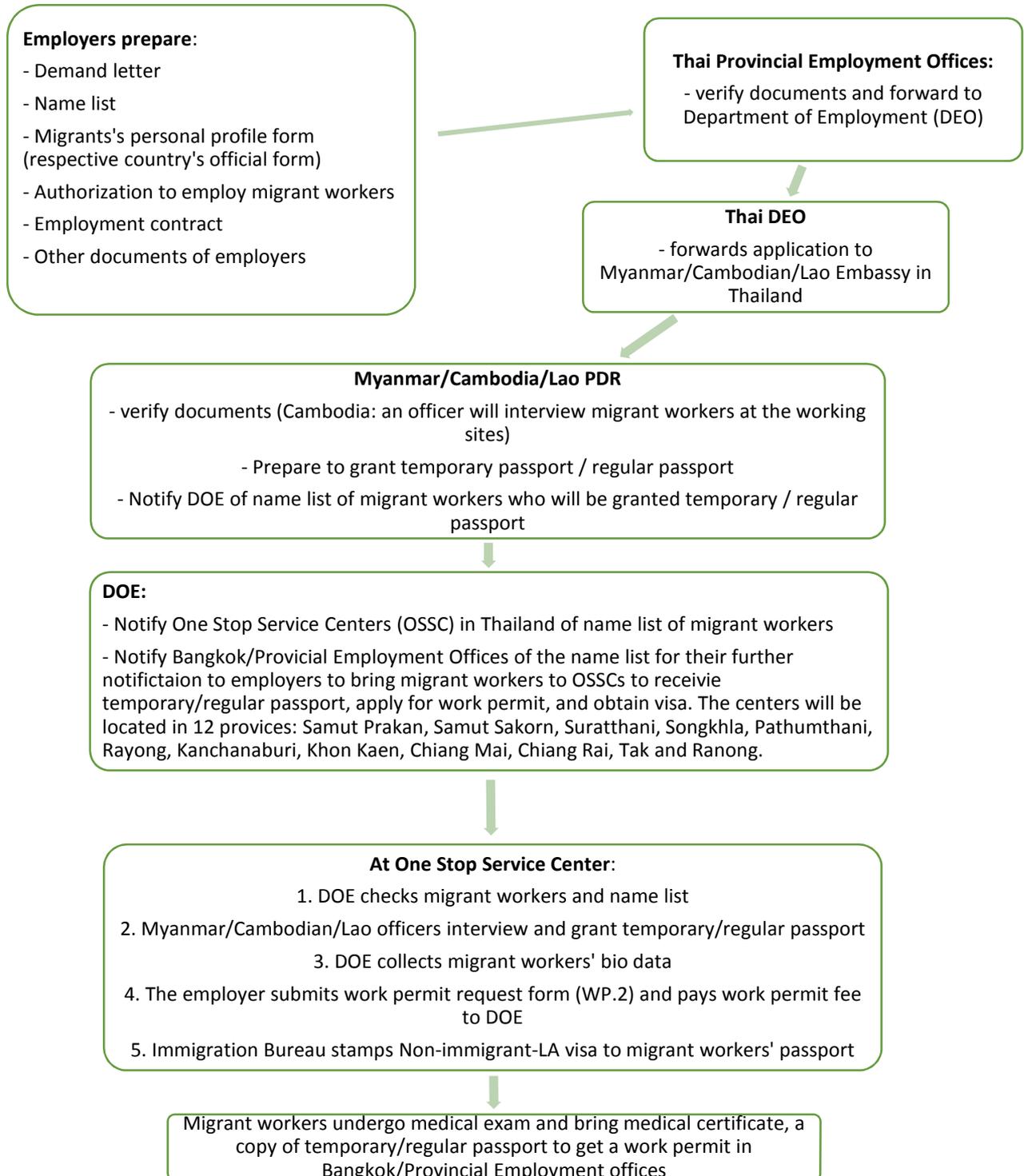
2.2.5 Regularisierung

Anfang 2013 beschloss das thailändische Kabinett erneut, die Registrierungsperiode ein weiteres Mal zu verlängern. Auch wenn man den Prozess nicht mehr national verification nannte, so blieben doch die wesentlichen Eckpunkte die gleichen. Eine wichtige Änderung war jedoch, dass Migranten nun nicht mehr über eine Tor Ror 38/1 Genehmigung verfügen mussten, um eine Registrierung zu beantragen, was eine wesentliche teure, bürokratische Hürde eliminierte. Weiter wurden 12 so genannte OSSCs (One Stop Service Center) eröffnet, wo sich Migranten und Migrantinnen Dokumente wie den Pass abholen konnten und somit für die

Abholung dieser nicht mehr extra in ihr Heimatland reisen mussten. Es wurden auch Kampagnen gestartet, um sowohl MigrantInnen als auch Arbeitgeber mit mehr Informationen bezüglich des Registrierungsprozesses auszustatten und im August 2013 beschloss das Kabinett die Möglichkeit zur Registrierung um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nach erfolgreichem Durchlaufen der nötigen Schritte erhielten Laoten einen einjährig gültigen, Kambodschaner einen dreijährig gültigen und Burmesen einen sechsjährig gültigen temporären Pass. (Natali et al. 2014: 17ff.)

Der seit Ende 2012 gültige Prozess der Registrierung/Regularisierung wird in der Abbildung 3 genau beschrieben.

Abbildung 3: Regularisierungsprozess für laotische, kambodschanische und burmesische MigrantInnen in Thailand nach Dezember 2012



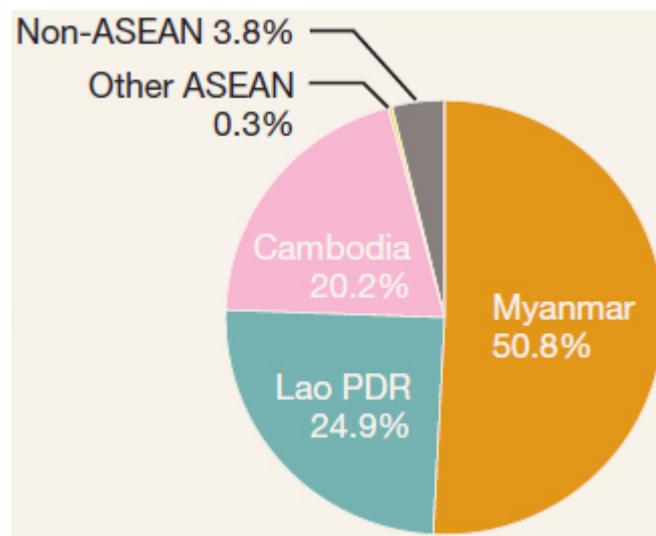
Quelle: IOM 2013: 4, eigene Darstellung

2.3 Aktuelle Daten und Zahlen

Wie Abbildung 4 verdeutlicht, immigrieren nach Thailand hauptsächlich Arbeitskräfte aus den drei angrenzenden Ländern Myanmar, Kambodscha und Laos, wobei der überwiegende Teil (50,8%) alleine aus Myanmar stammt. Andere Quellen wie Mon (2010: 33) sprechen von über 80%. Abbildung 5 zeigt weiter, dass die Arbeitskräfte aus diesen drei Ländern hauptsächlich irreguläre, nicht dokumentierte Wege nach Thailand nutzen.

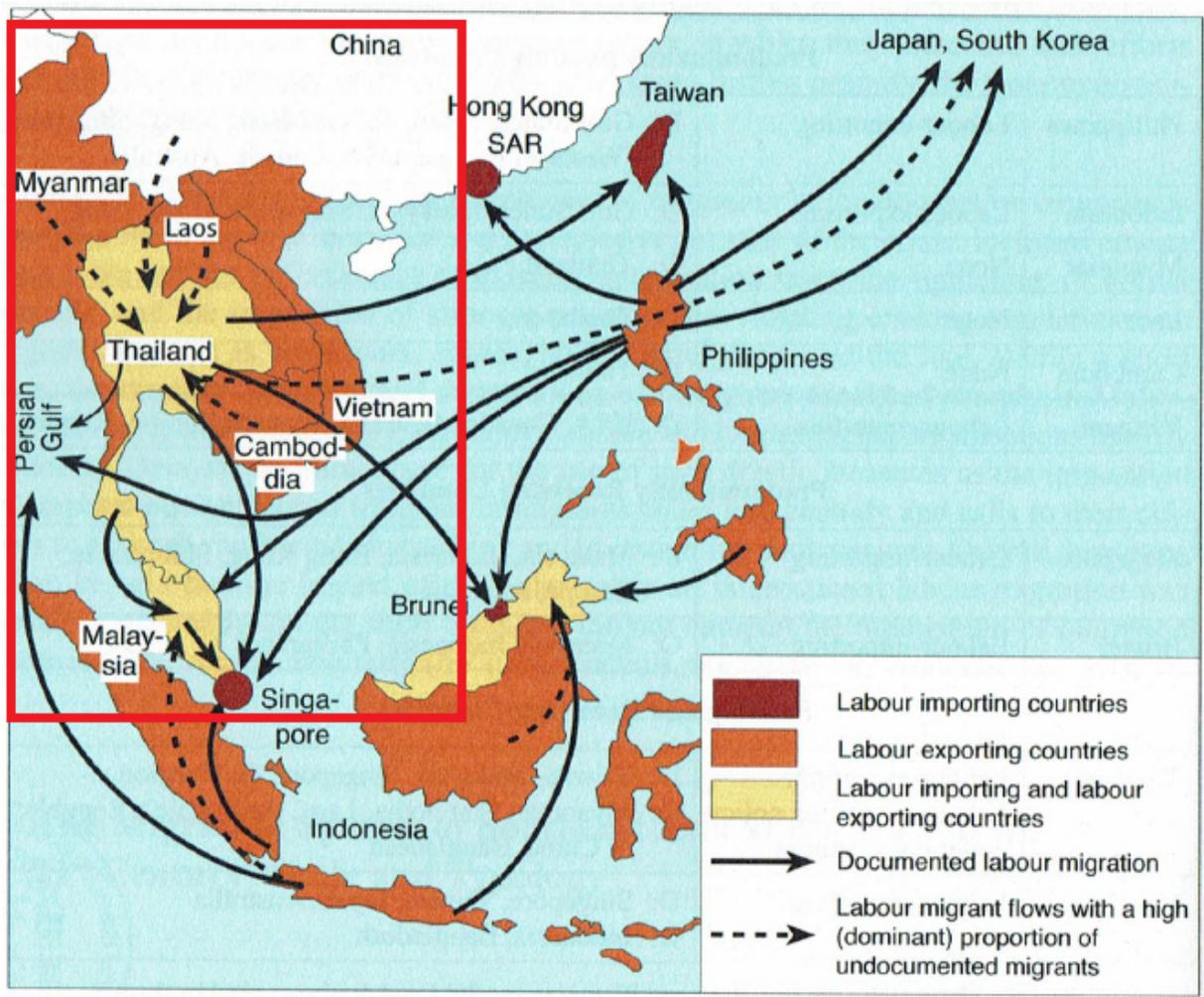
Migranten und Migrantinnen aus Myanmar nutzen dabei am häufigsten die Möglichkeit mittels kleiner Boote für eine Gebühr von rund 20 THB den Fluss Mae Nam Moei im Umkreis der Grenzstadt Mae Sot zu überqueren. Weitere sehr frequentierte Routen, um von Myanmar aus irregulär nach Thailand einzureisen, sind der Drei-Pagoden-Pass, die Kawthaung-Ranong Grenzregion oder die Gegend rund im Kanchanaburi, wo MigrantInnen entweder mittels kleiner Fahrzeuge oder zu Fuß die Grenze zu Thailand passieren. (vgl. Carden 2014: 41)

Abbildung 4: Herkunft der in Thailand lebenden Migranten 2013



Quelle: ILO und ADB 2014: 84

Abbildung 5: Migrationswege in Südostasien ab Beginn des 21. Jahrhunderts

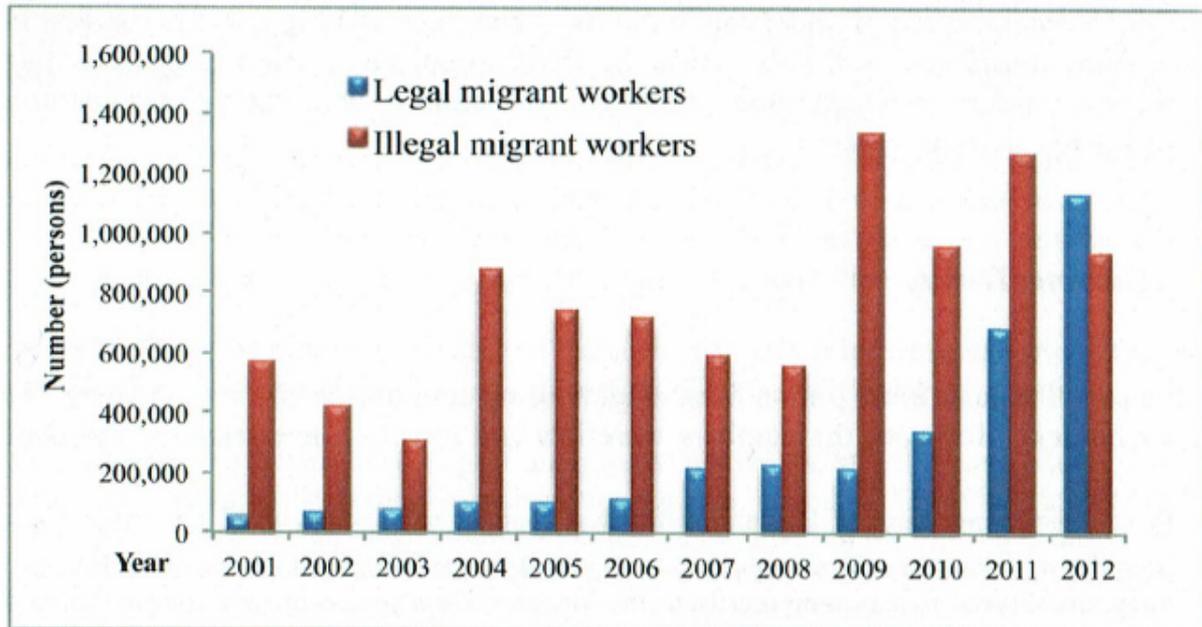


Quelle: Husa und Wohlschlägl 2014: 30, eigene Bearbeitung

Abbildung 6 zeigt, wie sich die Situation bezüglich regulärer und irregulärer (legaler/illegaler) Migration ab Beginn der 21. Jahrhunderts entwickelt hat. Auffällig sind bereits hier die 4 Jahre 2001, 2004, 2009 und 2011, in denen „amnesty registration periods“ gewährt wurden und sich deutlich mehr MigrantInnen registrieren hatten lassen. Zeigen die von offiziellen Stellen veröffentlichten Zahlen, dass bis 2011 die überwiegende Mehrzahl an Migranten und Migrantinnen irregulären Status hatte, so kehrte sich dieser Trend 2012 jedoch um, was nicht zuletzt den Regulierungsversuchen der Migrations- und Registrationsprozesse zugeschrieben wird. Es wird allerdings nach wie vor davon ausgegangen, dass diese offiziellen Zahlen nicht die tatsächliche Anzahl an irregulären MigrantenInnen in Thailand widerspiegeln. Verschiedene Schätzungen (vgl. Martin 2007: 4; vgl. Sasiwongsaroj 2014: 56) gehen davon

aus, dass sich doppelt so viele nicht registrierte wie registrierte MigrantInnen im Land aufhalten.

Abbildung 6: Offizielle Anzahl der legalen und illegalen Migranten in Thailand 2001-2012

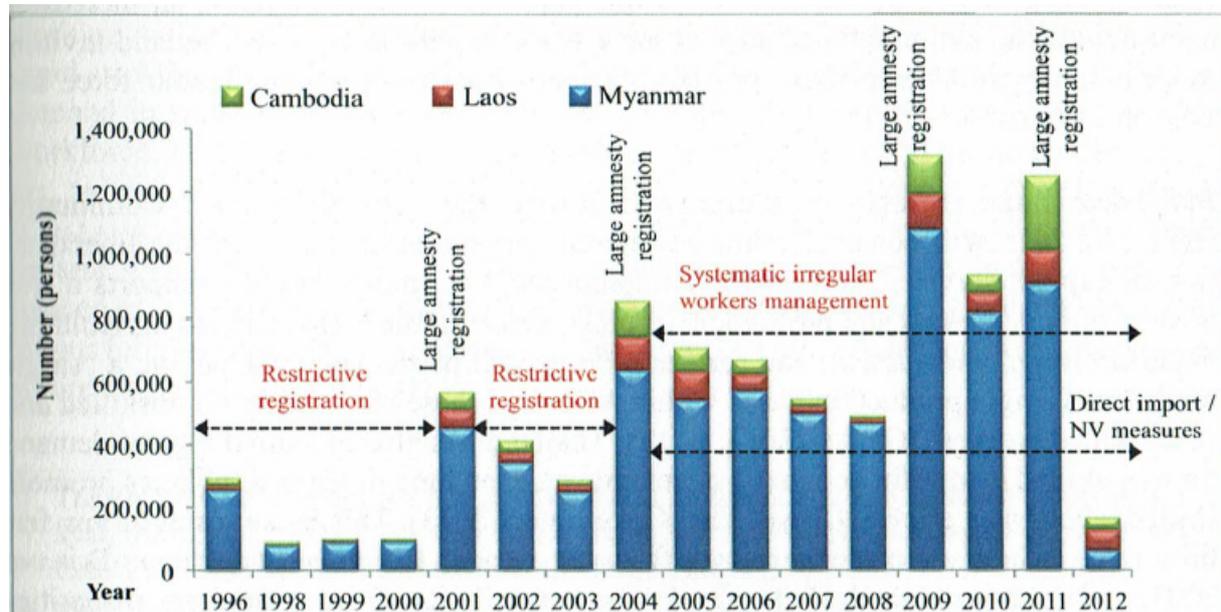


Source: Data provided by Office of Foreign Workers Administration, Ministry of Labour.

Quelle: Sasiwongsaroj 2014: 56

Eine detailliertere Darstellung bezüglich der irregulären Migranten und Migrantinnen in Thailand liefert Abbildung 7. Zwar handelt es sich bei den Angaben nicht um absolute Zahlen an irregulären ArbeitsmigrantInnen, da diese von Quoten abhängig sind, welche periodisch, aufgrund von kurzfristigen Kabinettsentscheidungen, schwanken können, aber man erkennt, dass die überwiegende Zahl an irregulären MigrantInnen aus Myanmar stammt. Wie zuvor schon angesprochen, schlagen sich die vier „amnesty registration“ Jahre deutlich in der Grafik nieder. Weiter ist der Übergang von einem restriktiven Registrierungsprozess hin zu einem systematischen mittels MOUs und NV im Jahr 2004, gut an der stark zunehmenden Anzahl an Registrierungen zu erkennen. Der immense Abfall der Zahlen im Jahr 2012 ist laut Angaben des „office of foreign workers administration“ auf die rund 90000, direkt über MOUs „importierten“ und auf die über 900000 über die NV registrierten MigrantInnen alleine in diesem Jahr, zurückzuführen. (vgl. Sasiwongsaroj 2014: 57 f.)

Abbildung 7: Anzahl der irregulären Migranten aus Kambodscha, Laos und Myanmar 1996-2012



Source: Data provided by Office of Foreign Workers Administration, Ministry of Labour.

Quelle: Saswivongsaroj 2014: 57

2.4 Push-Pull Faktoren

Die Frage nach den Gründen für Migration schließt immer auch eine Diskussion sogenannter Push- und Pull Faktoren mit ein. Mit Hilfe dieser Faktoren lässt sich in vereinfachter Form erklären, aus welchen Gründen Menschen sich dazu entschließen, ihr Heimatland zu verlassen (Push-Faktoren) oder in ein bestimmtes anderes Land zu immigrieren (Pull-Faktoren). (vgl. Gantner 2011: 66)

Everett S. Lee (1966: 48. ff.) gilt als der Begründer der Push-Pull Theorie und beschreibt in seinen Publikationen eine Vielzahl solcher Faktoren. Push Faktoren nach Lee können sozio-ökonomischer (schlechte Infrastruktur, schlechtes Arbeitsplatzangebot, niedriges Einkommen, Steuergesetze etc.), politischer (Krieg, Gewalt, Unruhen, Diskriminierung etc.) oder ökologischer Natur (Ressourcenknappheit, Naturkatastrophen etc.) sein. Umgekehrt kann ein Land auch über verschieden Pull-Faktoren verfügen, welche Menschen veranlassen, zuzuwandern. Beispiele dafür wären etwa ökonomische Vorteile (leichter Zugang zu Arbeitsplätzen im informellen Sektor, bessere Verdienstmöglichkeiten etc.), politische

Stabilität, oder gesellschaftliche Faktoren (gute Bildungsmöglichkeiten, hohe religiöse oder sexuelle Toleranz, Familienzusammenführungen etc.). In der Realität ist jedoch fast immer eine Verflechtung diverser Push- und Pull Faktoren, welche auch dem Wandel der Zeit unterworfen sind, verantwortlich für Migration.

Betrachtet man die drei wichtigsten Ursprungsländer (Myanmar, Kambodscha und Laos) von in Thailand lebenden MigrantInnen, so waren in der Vergangenheit oft politische Push Faktoren ausschlaggebend. In Kambodscha wäre hier etwa an das Pol Pot Regime zu denken, welches in den 1970er Jahren für große Flüchtlingsströme nach Thailand verantwortlich war. Auch von Laos aus flüchteten in diesem Zeitraum viele Menschen, vor allem der Hmong Minderheit, vor Krieg und politischen Unruhen.

Für Migranten und Migrantinnen aus Myanmar war die politisch sehr instabile Situation während des, über 60 Jahre dauernden bewaffneten Konflikts in ihrem Heimatland, ein wesentlicher Grund, nach Thailand zu immigrieren. Die damit einhergehende Korruption seitens des Militärs und der Regierung, sowie Menschenrechtsverletzungen, vor allem gegenüber Minderheiten wie den Rohingya, Karen oder Shan, stellen einen zusätzlichen Push Faktor für emigrierende Burmesen dar. (vgl. Mon 2010: 34; vgl. ILO 2006: 26 f.)

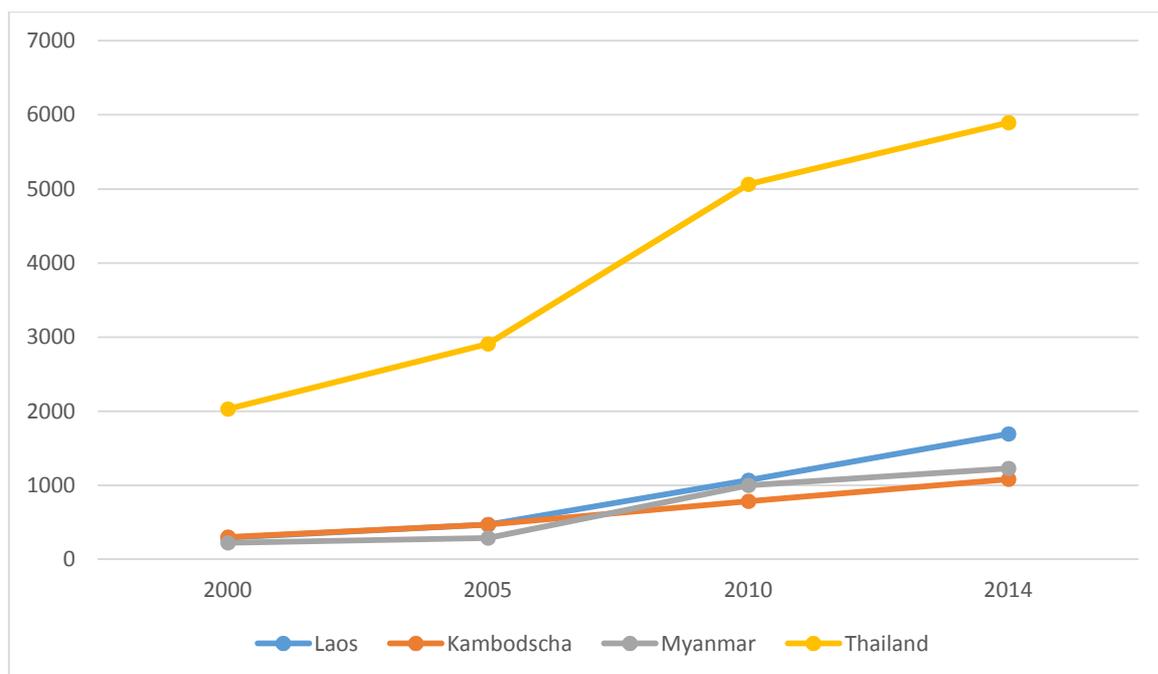
Nachdem es gegen Ende der 1990er Jahre aufgrund der Asien Krise zu einer starken Rückwanderung von Migranten und Migrantinnen in deren Heimatländer kam, spielen politische Unruhen in Kambodscha und Laos aktuell eine eher untergeordnete Rolle in Bezug auf Push oder Pull Faktoren. Selbst in dem Konflikt gebeutelten Myanmar scheint sich die Lage aktuell zu beruhigen. Auch wenn es nach wie vor Kritikpunkte an den 2015 abgehaltenen Wahlen, wie das Hindern vieler islamischer WählerInnen, vor allem aus dem Rakhaing-Staat, ihr Wahlrecht auszuüben, gibt, so können die Ergebnisse, im Vergleich zu den Wahlen von 1990 und 2010 bzw. den Nachwahlen 2012, als Schritt in eine demokratischere und politisch stabilere Richtung interpretiert werden. (vgl. Khin 2015: 2)

Auch wenn kriegerische Auseinandersetzungen häufig Ursache für eine wirtschaftliche schlechte Situation sind, zeigen Studien, dass der überwiegende Teil der aktuell in Thailand lebenden Migranten und Migrantinnen, aus ökonomischen Gründen immigriert ist. So stellte Sakdapolrak (2008: 96) bei der Auswertung von 187 Befragungen fest, dass 90% der MigrantInnen die besseren ökonomischen Bedingungen in Thailand dafür nutzen, monatliche Rimessen in ihr Heimatland zu schicken, um dortige Angehörige zu unterstützen. Carden (2014: 29 ff.) erzielte bei einer aktuelleren Studie ähnliche Ergebnisse, die zeigten, dass über 75

Prozent der befragten Personenangaben, ihr primären Pull Faktoren seien ökonomischer Natur gewesen. Als sekundäre Gründe gaben des Weiteren beispielsweise fast 50 Prozent an, dass sie bereits Angehörige in Thailand hatten, die sie mitveranlassten, ihr Heimatland zu verlassen.

Abbildung 8 zieht die Entwicklung des pro Kopf Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei laufenden Preisen von Thailand, Myanmar, Kambodscha und Laos heran, um deutlich zu machen, welche gravierenden Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftsleistung und des materiellen Wohlstandes dieser Staaten existieren. Diese Unterschiede zeigen, welche Vorteile sich nach Thailand immigrierende Menschen erhoffen, wenn sie ihre Heimatländer verlassen.

Abbildung 8: BIP (in US-Dollar) je Einwohner, bei laufenden Preisen, ausgewählter Länder 2000-2014

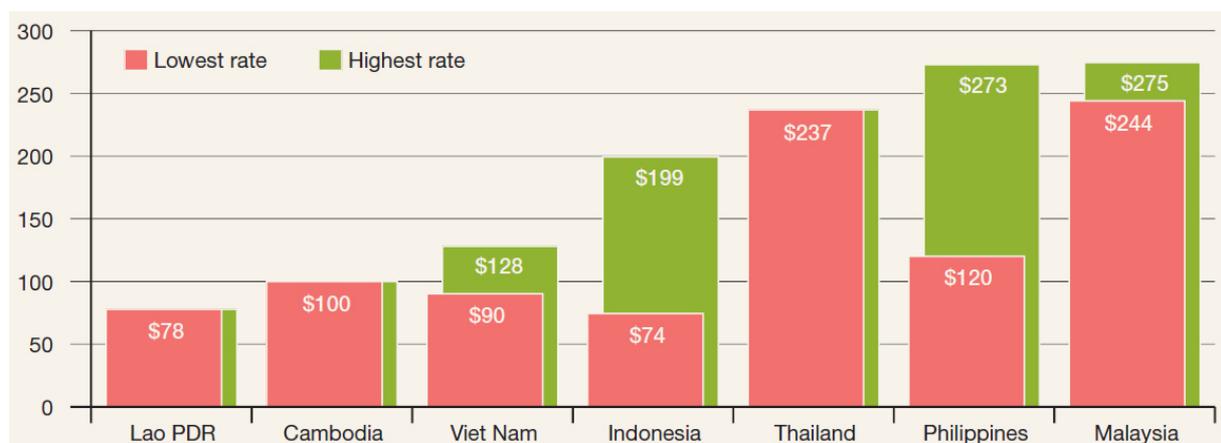


Quelle: WKO 2015a: 1; WKO 2015b: 1; WKO 2015c: 1; WKO 2015d: 1, eigene Darstellung

Abbildung 9 verdeutlicht die ökonomischen Beweggründe vieler Menschen aus Laos und Kambodscha, nach Thailand zu immigrieren. So sind die gesetzlichen Mindestlöhne in Kambodscha (nur gültig für Angestellte in der Bekleidungsindustrie) weniger als halb so hoch und betragen in Laos sogar weniger als ein Drittel jener Löhne, die in Thailand die Mindestgrenze darstellen. 2014 waren in den drei in der Abbildung nicht aufscheinenden

ASEAN Staaten Brunei, Singapur und Myanmar, keine Mindestlöhne existent. Dies änderte sich für Myanmar im August 2015, als die burmesische Regierung nach langen Verhandlungen einen Mindestlohn von 3600 Kyat (aktuell 2,91 US-Dollar) pro 8 Stunden Arbeitstag einführte. Basierend auf einer 6 tägigen Arbeitswoche liegt der monatliche Mindestlohn in Myanmar daher bei rund 70 US-Dollar und somit sogar unter den Grenzwerten von Laos und Kambodscha, was die Existenz von ökonomischen Pull Faktoren auch für burmesische Migranten und Migrantinnen unterstreicht. (vgl. ILO und ADB 2014: 78; vgl. Butler 2015: 1)

Abbildung 9: Monatliche Mindestlöhne (US-Dollar), Stand 2014



Quelle: IOM und ADB 2014: 78, eigene Bearbeitung

Es darf dabei allerdings nicht vergessen werden, dass es sich bei Mindestlöhnen oder maximalen Arbeitswochenstunden um theoretische Restriktionen handelt, die häufig nicht eingehalten werden. Die Region Mae Sot in Thailand gilt nach wie vor als ein „Ort der Ausnahme“, wo die Mindestlöhne einfach ignoriert werden, während thailändische Autoritäten dies absichtlich übersehen. Auch formell wird seitens der Arbeitgeber versucht, diese Region in eine „special economic zone“ (SEZ) zu verwandeln, wo, nicht wie ursprünglich vorgesehen beispielsweise Steuererleichterungen Investoren anlocken sollen, sondern gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne und Arbeitszeiten, nicht eingehalten werden. De facto werden so informelle „Ausnahmeorte“ zu formellen SEZs umgestaltet. (vgl. Dannecker und Schaffer 2014: 48 f.)

3. Probleme und Gefahren irregulärer Migration in Thailand

Das folgende Kapitel dieser Arbeit setzt sich mit den verschiedenen Problemen auseinander, mit denen Migranten und Migrantinnen auf irregulären Wegen nach Thailand konfrontiert sind. Zuerst soll der eigentliche Migrationsprozess und die damit verbundenen Gefahren wie etwa Menschenhandel, betrachtet werden. Weiter werden Missstände beleuchtet, von denen MigrantInnen betroffen sind, wenn sie in Thailand angekommen sind. Dazu gehören menschenunwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen vor allem in Bereichen des informellen Sektors, wie etwa in der Fischerei- und fischverarbeitenden Industrie. Der letzte Schwerpunkt dieses Kapitels behandelt die Gefahren und Probleme, denen Frauen und allein reisende Kinder mit irregulärem Status in Thailand besonders ungeschützt ausgesetzt sind.

3.1 Gefahren und Probleme während des Migrationsprozesses

Zu Beginn dieses Kapitels möchte ich gerne ein weiteres Mal kurz einige Begrifflichkeiten diskutieren, welche für das Verständnis des Folgenden wichtig sind. Hin zu dem, bereits in Kapitel 2 ausführlich diskutierten Begriff des/der (Arbeits)MigrantIn und deren verschiedenen Status von irregulär bis regulär, kommt nun der Begriff des Flüchtlings.

3.1.1 Begriffsdefinition

Abseits der allgemeinen Definition (siehe Kapitel 1) ist es in Bezug auf Thailand wichtig zu erwähnen, dass es die Genfer Flüchtlingskonventionen von 1951, sowie das Zusatzprotokoll von 1967 nicht unterzeichnet hat und vermutlich auch in näherer Zukunft nicht unterzeichnen wird, weswegen es so etwas wie Flüchtlinge in Thailand zwar gibt, diese aber keinen besonderen rechtlichen Status im Sinne dieser Konventionen haben. Dies bedeutet, dass Thailand nicht auf rechtlichem Wege gezwungen werden kann, im Sinne der UNHCR Prinzipien (mehr dazu in Kapitel 4), Flüchtlinge aufzunehmen und entsprechend zu behandeln. Das ist auch der Grund, warum Flüchtlinge, egal aus welchem Land und unbeachtet den Gründen der Flucht, in Thailand als irregulär betrachtet werden. Grundsätzliche gibt es laut internationalen Standards drei Möglichkeiten, wie mit großen Flüchtlingsströmen, wie jene mit denen Thailand konfrontiert ist, umgegangen werden kann. Die wünschenswerteste Option

wäre eine vorübergehende Aufnahme im Zielland und eine möglichst schnelle Rückführung in das Ursprungsland, sobald dort die Gründe der Flucht beseitigt wurden. Die zweite Möglichkeit wäre die Integration im Zielland und die am wenigsten erstrebenswerteste Möglichkeit ist die Überführung und erneute Ansiedelung in einem Drittland. Auch wenn es bei einer oberflächlichen Betrachtung der, eigentlich als temporäre Unterkünfte geplanten Flüchtlingslager in Grenzgebieten nicht so wirken mag, so verflucht Thailand bis zuletzt jedoch häufig die dritte Option im Umgang mit Flüchtlingen (siehe Kapitel 5). (vgl. Dannecker und Schaffer 2014: 41 ff.)

Teilweise aufgrund von fehlender Information über legale Wege der Migration aber hauptsächlich aufgrund fehlender Dokumente wie Personalausweise, Geburtsurkunden, Reisepässe etc., sind Menschen, die von Laos, Kambodscha und vor allem Myanmar aus nach Thailand auswandern möchten, meist auf irreguläre Wege angewiesen. Neben der gängigen Definition von irregulärer Migration (siehe Kapitel 1) beschreibt Gois (2015: 6) sie könne als:

„ [...] Ausdruck des Rechts auf Freizügigkeit interpretiert werden. Paradoxerweise gewährt internationales Recht die Freiheit, ein Land zu verlassen, aber nicht diejenige, in ein anderes Land einzureisen. Die Kluft zwischen ökonomischen Bedürfnissen und politischen Erwägungen ist sichtbar, weil Waren und Kapital ungehindert Grenzen überschreiten können, Menschen jedoch nicht.“

Damit Menschen diese von Gois angesprochenen Grenzen dennoch überwinden können, sind sie häufig auf Dritte angewiesen. Hier ist es wiederum wichtig, nochmals zwischen Menschenhandel und dem Schmuggeln bzw. Schleusen von Menschen zu unterscheiden. Auch wenn es vorkommen kann, dass diese Begriffe in der Realität nicht immer scharf voneinander getrennt werden können, so liegt laut Molland (2015: 4) der Unterschied in der „Aufgabenbeschreibung“ des Händlers bzw. Schmugglers/Schleusers, oder wie Kuhn (2011: 8) es als „element of coercion“ bezeichnen würde, wobei beide dasselbe darunter verstehen. Während ein Menschenhändler oder Schmuggler in beiderseitigem Einverständnis handelt und, ähnlich wie eine Dienstleistung, „Hilfe“, meist gegen monetäre Vergütung, zu Verfügung stellt, damit der oder die Geschleuste in ein Land auf irregulärem Weg immigrieren kann, so liegt das Kernziel des Menschenhändlers an der persönlichen Bereicherung durch den Handel

mit Menschen. Beim Menschenhandel werden so, auf nicht einvernehmliche Weise, Menschen über Grenzen hinweg gehandelt, wobei der Fokus nicht auf dem Grenzübertritt, sondern auf der anschließenden „Ausbeutung der Arbeitskraft der Migranten“ liegt. (vgl. Gois 2015:4) Diese anschließende Ausbeutung findet oft in Form von moderner Sklaverei wie etwa, Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft statt (siehe Kapitel 3.2 und 3.3).

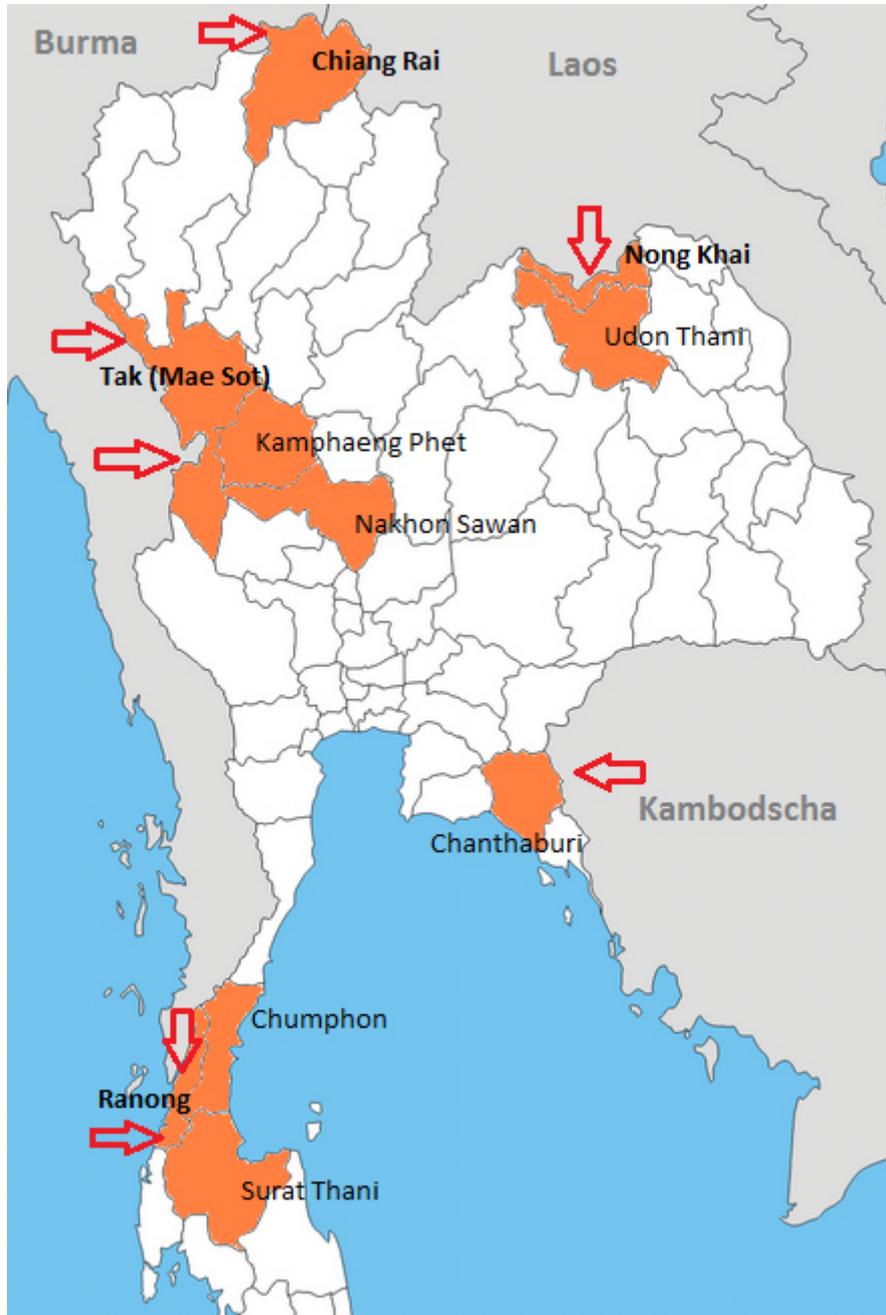
Aufgrund der gewaltsamen Natur ihrer Flucht laufen vor allem Flüchtlinge Gefahr, in die Hände von Menschenhändler zu geraten, da sie bereit sind, Risiken auf sich zu nehmen, welche andere Migranten und Migrantinnen häufig nicht eingehen würden. (vgl. Seltzer 2013: 280)

3.1.2 Grenzübergänge/Routen für Menschenschleuser bzw. Händler nach Thailand

Abbildung 8 zeigt die für Menschenschleuser/Schmuggler bzw. Menschenhändler wichtigsten Routen von Laos, Kambodscha und Burma nach Thailand. Ausgehend von Vientiane ist für die meisten, von Laos aus startenden Schleuser und Händler, die Provinz Nong Khai das Hauptziel. Von dort aus werden die irregulären Migranten und Migrantinnen häufig weiter in die Provinz Udon Thani gebracht. Geschmuggelte Menschen und Opfer von Menschenhandel aus Kambodscha passieren die Grenze zu Thailand meist in der Provinz Chantaburi. Für Menschen die aus Myanmar kommen, gibt es mehrere, bei Schleusern und Händlern von Menschen beliebte, Routen. Die nördlichste davon ist die Grenzregion der Provinz Chiang Rai. Hier passieren nicht nur Burmesen, sondern häufig auch aus China stammende Migranten und Migrantinnen, ausgehend von der Provinz Yunnan im Süden Chinas, illegal die Grenze zu Thailand. Eine weitere zentrale Zieldestination ist die Stadt Mae Sot in der Tak Provinz. Im Süden Thailands ist die Provinz Ranong äußerst beliebt bei Menschenschlepper und Händler, wobei hier entweder illegale Routen über Land oder auch über das Andamanische Meer gewählt werden. In Ranong angekommen, werden die irregulären MigrantInnen häufig in die angrenzende Chumphon oder Surat Thani Provinz weiter befördert. (vgl. Bai-Ngern und Waharak 2012: 1ff.).

Wie auch schon Chantavanich und Vungsiriphisal (2012: 219) es für die Situation der regulären burmesischen Migranten und Migrantinnen in Thailand bestätigten, so ist anzunehmen, dass auch irreguläre, geschleppte/gehandelte Menschen nicht nur in den Grenzregionen verbleiben, sondern eine innerstaatliche Migration stattfindet, welche häufig zentral-städtische Regionen wie etwa Bangkok zum Ziel hat.

Abbildung 8: Die für Menschenschleuser bzw. Händler wichtigsten Grenzübergänge/Routen nach Thailand



Quelle: Kartenbasis: Dalet 2016; Bai-Ngern und Waharak 2012; eigene Darstellung

3.1.3 Flüchtlingslager in der burmesisch-thailändischen Grenzregion

Aufgrund der bewaffneten Konflikte im angrenzenden Myanmar besteht ein nicht zu vernachlässigender Anteil an irregulären Migranten und Migrantinnen in Thailand aus Flüchtlingen. Verschiedene Quellen sprechen von knapp 140000 im Jahr 2011 (vgl. HRW 2012: 2) oder 130000 Menschen im Jahr 2014 (vgl. Huguet 2014: 5), welche bis heute in 9 offiziellen Flüchtlingslagern entlang der thailändisch-burmesischen Grenze leben (siehe Abbildung 9). Wie bereits erwähnt hat Thailand bis heute die wichtigste gesetzliche Grundlage in Bezug auf Flüchtlinge, nämlich die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das Zusatzprotokoll von 1967, nicht ratifiziert. Deswegen existiert in Thailand auch kein rechtlicher Rahmen für den Umgang mit Menschen wie jenen aus Myanmar, die ihre Heimat aufgrund von blutigen Auseinandersetzungen verlassen mussten. Die thailändische Regierung gewährt Flüchtlingen dennoch temporären Aufenthalt, erlaubt aber Organisationen wie der UNHCR nicht, Prüfungsverfahren, welche die Umstände der Flucht analysieren sollen, durchzuführen, um Flüchtlinge als solche zu identifizieren. Zwar können sogenannte „Persons of Concern“ Zertifikate ausgestellt werden, welche aber de facto die rechtlich undefinierte Situation der Flüchtlinge nicht wesentlich verbessern, da diese Zertifikate weder eine Arbeitserlaubnis beinhalten noch allgemeinen Schutz bieten. (vgl. HRW 2012: 2 f.)

Da es Flüchtlinge per Definition in Thailand nicht gibt, gelten sie nach thailändischem Recht als illegale Einwanderer. Anstatt die Konventionen zu unterzeichnen und eine adäquate Flüchtlingspolitik zu etablieren, entschied sich Thailand jedoch dazu, die nun bei nahe 30 Jahre existierenden Flüchtlingslager zu errichten, um Flüchtlinge vor einem vollends irregulären/illegalen Status zu „schützen“. Diese Flüchtlingslager befinden sich in sehr abgelegenen Wald- und Bergregionen entlang der thailändischen Grenze und auch wenn das Leben der dort lebenden Flüchtlinge nicht unmittelbar in Gefahr ist, werden ihnen doch viele ihrer Grundrechte verwehrt. So ist es Flüchtlingen nicht erlaubt, die camps zu verlassen, sei es um außerhalb zu arbeiten, einer Aus- oder Schulbildung nachzugehen, medizinische Einrichtungen aufzusuchen oder Freunde und Verwandte zu treffen. Nur mittels eines speziellen Ausweises ist es ihnen gestattet, sich außerhalb der camps aufzuhalten. Diese sind jedoch sehr schwer zu bekommen. (vgl. Chantavanich 2011: 120)

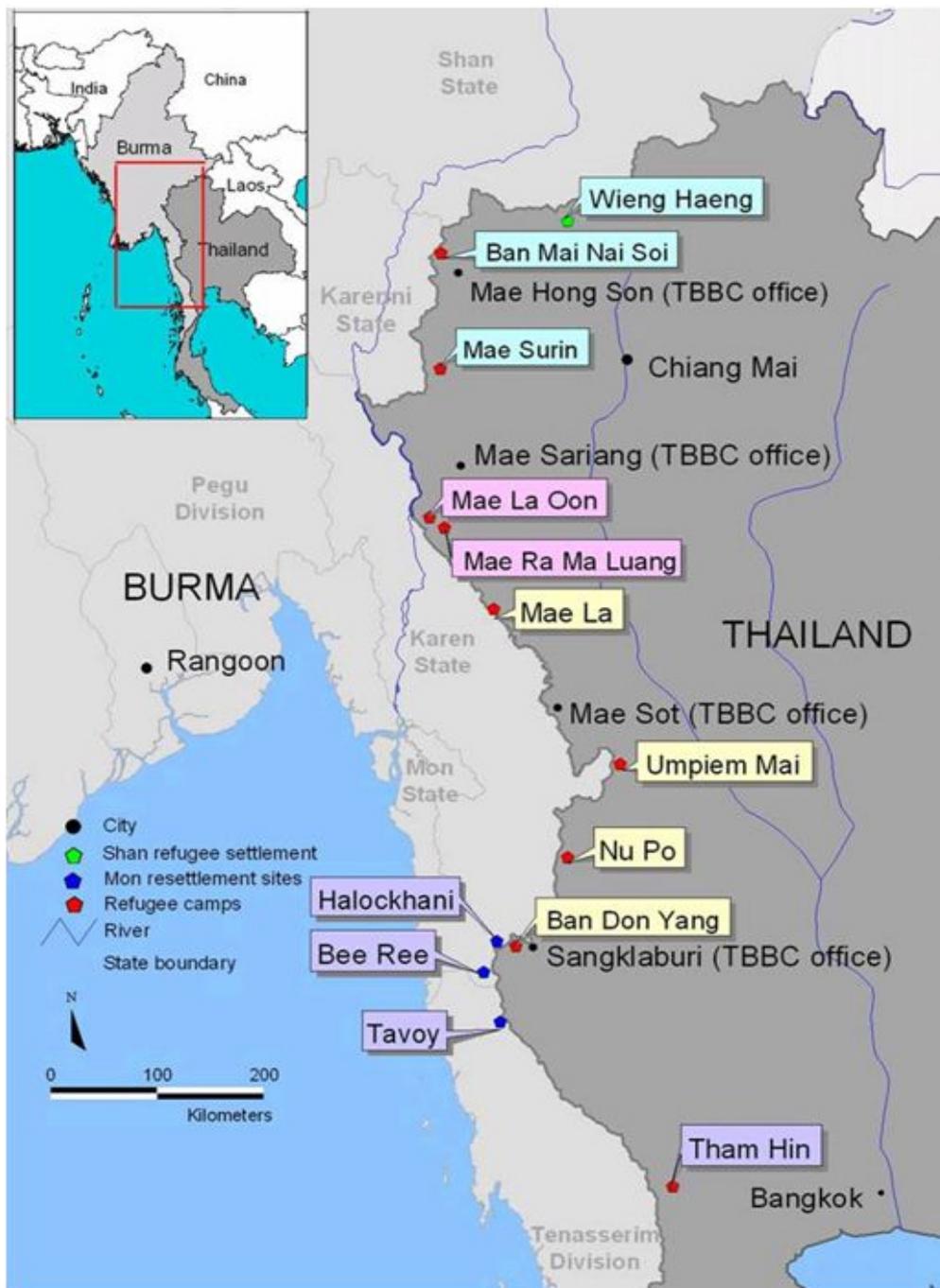
„Thailand stellt die burmesischen Flüchtlinge vor die unfaire Wahl, entweder jahrelang in abgeschiedenen Flüchtlingslagern zu leben oder außerhalb der Lager zu leben und zu arbeiten, ohne vor Verhaftung und Abschiebung geschützt zu sein. [...] Flüchtlinge aus anderen Ländern werden [in Thailand] kaum toleriert, und die thailändischen Behörden verhaften sie manchmal und halten sie für unbestimmte Zeit fest.“ (Bill Frelick in HRW 2012: 2)

Administriert werden diese camps vom thailändischen Innenministerium (MOI), wobei dieses versucht, seinen Aufgaben über lokale Autoritätspersonen nachzukommen. Die Abgeschiedenheit der camps führt leider oft dazu, dass diese Autoritätspersonen ihre Macht missbrauchen. So werden Flüchtlinge generell oft unterdrückt, erpresst und bei Regelverstößen auf unbestimmte Zeit inhaftiert oder wegen illegaler Einreise nach Thailand angeklagt und deportiert. Innerhalb der camps organisieren sich die Menschen größtenteils selbst über diverse Komitees, denen häufig die Ältesten der Gemeinschaft vorsitzen. Die ökonomischen Aktivitäten in den camps beschränken sich hauptsächlich auf Land- und Viehwirtschaft. Andere einkommen-generierende Tätigkeiten sind häufig das Verkaufen von selbstgefertigter Kleidung, Handwerkswaren, oder Nahrungsmittel. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die meisten der in Flüchtlingscamps lebenden Menschen unterbezahlt sind und ohne humanitäre Hilfe von Seiten verschiedener internationaler Institutionen nicht überlebensfähig wären. Dies veranlasst Menschen aus den umliegenden Regionen oft dazu, für Hausarbeit oder Bauarbeiten CampbewohnerInnen anzuwerben. Diese sind, aufgrund ihrer schlechten ökonomischen Situation, oft dazu gezwungen, die ausbeuterischen Arbeiten anzunehmen, obwohl sie beim Verlassen der camps ein hohes Risiko eingehen. (vgl. Chantavanich 2011: 120 ff., HRW 2012: 2 ff.)

Ein weiteres Problem stellen die Menschenhändler und Schmuggler dar, denen die schlechte Situation der Flüchtlinge in den camps bewusst ist, und welche diese Umstände nützen, um Menschen gegen hohe Gebühren aus den camps in urbanere Regionen zu bringen. Dem größten Risiko sind dabei Mädchen zwischen 14 und 15 Jahren und junge Männer ausgesetzt. Durch die Angreifbarkeit aufgrund ihres illegal/irregulären Status außerhalb der camps, enden diese beiden Gruppen von Menschen nach dem Transport häufig über die Schuldknechtschaft in Missbrauchssituationen wie Zwangsprostitution, Zwangsarbeit im Hausarbeitssektor oder Zwangsarbeit im Bau-, Fischerei- oder Textilsektor. Ziel der Menschenhändler und Schmuggler

sind dabei meist städtische Gegenden, wobei die überwiegende Mehrzahl an Menschenhändler Bangkok als Destination ansteuern. Hinzu kommt, dass Flüchtlinge generell aufgrund ihres Status jenseits der Campmauern häufig nicht willens sind, diese Missstände innerhalb oder außerhalb der camps, zu melden, da sie fürchten, eingesperrt oder deportiert zu werden. (vgl. Seltzer 2013: 286)

Abbildung 9: Flüchtlingscamps entlang der thailändisch-burmesischen Grenze



Quelle: <https://johnmcmurphy.files.wordpress.com/2008/09/refugee-camps.jpg>

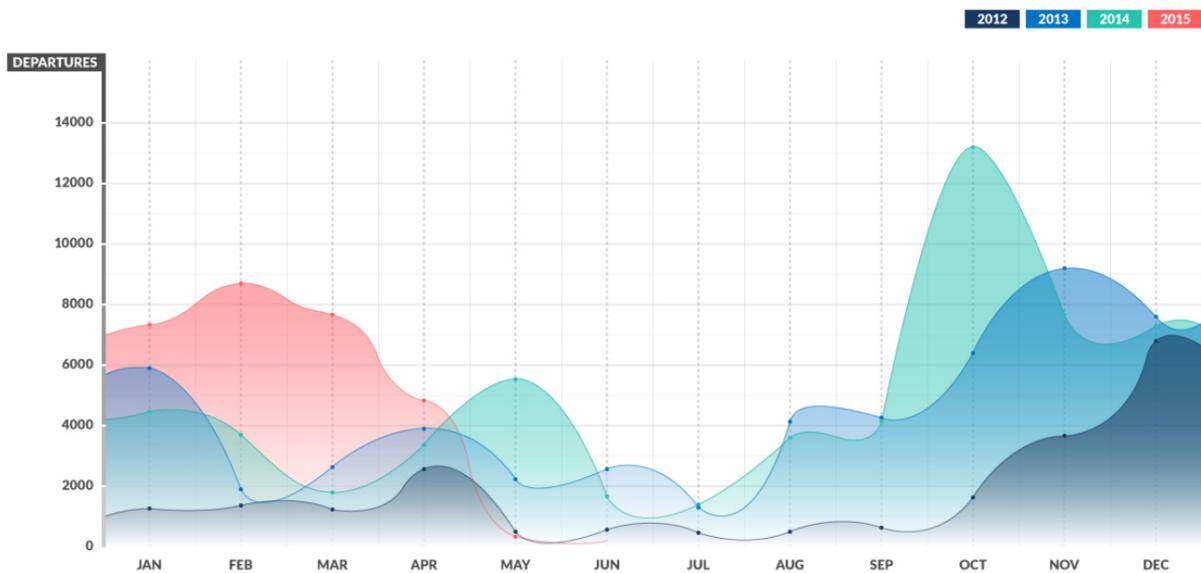
3.1.4 Irreguläre Migration auf dem Seeweg

Obwohl der Hauptanteil an irregulären Migranten und Migrantinnen, die nach Thailand migrieren, dafür den Landweg wählen, bleibt einigen nur der lange und gefährliche Weg über die Andamanensee. Hierbei sind die Grenzen zwischen WirtschaftsmigrantInnen, die hauptsächlich aus Bangladesch kommen, und Flüchtlingen wie jene der Rohingya Minderheit, welche aufgrund des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1982 in Myanmar als staatenlos gelten und systematisch diskriminiert und verfolgt werden, fließend. Aktuell hat sich im Jahr 2015 die Krise dramatisch verschlimmert, jedoch ist die Problematik im Allgemeinen keine neue, wurde aber von den ASEAN Ländern lange konsequent ignoriert. Das Problem der irregulären Migration auf dem Seeweg über den Golf von Bengalen und die Andamanensee betrifft dabei nicht nur Thailand alleine, denn auch Indonesien und Malaysia sind beliebte Zielländer. Verstärkt wird die Krise vor allem durch den fehlenden Rechtsrahmen in der Region. Auch wenn Indonesien teilweise einlenkte und Flüchtlingen erlaubte, an Land zu gehen, blieben Staaten wie Thailand bei ihrer Einstellung, keine in Seenot geratenen irregulären Migranten oder Migrantinnen sowie Flüchtling aufzunehmen. Zwar wurde die ASEAN Menschenrechtserklärung 2012 verabschiedet, jedoch bietet diese in der Realität nur wenig Schutz und grundlegende Übereinkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention, wurden bis heute nur von Kambodscha und den Philippinen unterzeichnet. (vgl. Fan und Mayerhofer 2015: 2 ff.)

Die Abbildung 10 zeigt die durch Befragungen und Studien hochgerechnete steigende Anzahl an Menschen, die in den letzten Jahren Myanmar und Bangladesch auf dem Seeweg irregulär verlassen haben. Seit 2014, mit über 30000 alleine im ersten Halbjahr 2015, haben beinahe 100000 Menschen ihre Heimat auf der Suche nach Schutz oder besseren ökonomischen Bedingungen verlassen und dabei den Weg über das Meer eingeschlagen. Dabei wurden in beinahe allen Fällen irreguläre Wege, einschließlich Menschenhändler gewählt. Diese Händler bringen die ihnen ausgelieferten Menschen gegen eine hohe Summe auf Stahlrumpfboote, die bis zu 8 Decks haben und es möglich machen, über 1000 Menschen auf ein Boot zu verfrachten. Auf der oft wochenlangen Reise leiden die Menschen häufig an Unterernährung, Dehydration oder Infektion, ausgelöst durch die unhygienischen Zustände auf den Booten. Dies führte dazu, dass von 2014 bis Mai 2015 über 1100 Menschen starben, wobei davon auszugehen ist, dass die Dunkelziffer weit höher ist. Geraten die Menshhändler und Menschenschlepper auf der

Reise oder am Zielort angekommen in Bedrängnis seitens der Polizei oder anderer Autoritäten, so verlassen diese nicht selten das mit Menschen gefüllte Boot und fliehen auf kleineren Booten zur Küste. Die MigrantInnen und Flüchtlinge bleiben schutzlos auf hoher See treibend zurück. (vgl. UNHCR 2015: 1 ff.)

Abbildung 10: Anzahl der Menschen die Myanmar und Bangladesch auf dem Seeweg irregulär verlassen haben, 2012-2015



Quelle: UNHCR 2015: 2

Der Vizedirektor von Human Rights Watch (HRW) Phil Robertson beschreibt die Situation in der sich diese Menschen befinden sehr treffend wie folgt:

„The conditions are absolutely dire. Some of these people have been on these boats for weeks – and in some cases months – and still they have little to eat, limited potable water and are cramped into every nook and cranny of the boat. Not even basic sanitation is possible, and there are no medical supplies. Those on deck are exposed to the elements. These are people floating around, waiting to die unless they are rescued.” (HRW 2015: 1)

Die angesprochene nötige Hilfe kommt jedoch meist nicht, da im speziellen die thailändischen Behörden ihre rigoros strenge Politik weiter verfolgen und irregulären MigrantInnen und Flüchtlingen das Anlanden auf thailändischem Boden untersagen. Es wird sogar von Fällen berichtet, bei denen die Ankommenden Menschen von der Thai-Navy physisch misshandelt und anschließend wieder auf das offene Meer geschleppt wurden, wo der Bootsmotor des Schiffes entfernt wurde, um einen neuerlichen Versuch die thailändische Küste zu erreichen, zu verhindern. Das besagte Boot trieb daraufhin manövrierunfähig bis nach Sri Lanka was 96, auf dem Boot befindlichen Personen, das Leben kostete. (vgl. EJF 2013a: 17)

Auch wenn die meisten irregulären Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge nicht Thailand, sondern Malaysia als ultimatives Ziel anpeilen, so werden diese oft an der thailändischen Grenze an Land gebracht und an andere Menschenhändler und Schmuggler/Schleuser weitergegeben, die sie auf dem Landweg nach Malaysia bringen sollen. Nach der ohnehin schon gefährlichen und auszehrenden Reise über das Meer, steht diesen Menschen der schlimmste Teil ihrer Reise oft noch bevor. Auf dem Weg durch den Dschungel berichten Überlebende immer wieder von Misshandlungen seitens der Menschenschlepper und Händler, von körperlicher Gewalt über Vergewaltigungen bis hin zu Mord. Behördlichen Angaben zufolge wurden allein im Zeitraum zwischen Anfang 2014 und Mitte 2015 über 200 Gräber entlang der thailändisch-malaysischen Grenze entdeckt. Teilweise handelt es sich dabei um Massengräber mit über 100 Leichen pro Grab. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bestimmbar. (UNHCR 2015: 1 ff.)

Die Gründe für die Missstände sind mannigfaltig und die Schuld muss primär sowohl bei den Regierungen von Thailand, Malaysia und Indonesien gesucht werden. Jedoch können Ursprungsländer wie Myanmar wegen ihres diskriminierenden Verhaltens gegenüber Minderheiten wie etwa den Rohingya, nicht aus der Pflicht genommen werden. Offensichtlich ist, dass regionale Lösungsansätze wie der Bali Prozess nicht greifen und dass Maßnahmen, wie das von Thailand angesetzte Sondertreffen zum Thema irreguläre Migration auf dem Seeweg am 29. Mai 2015, zum einen zu spät kommt, da zu diesem Zeitpunkt keine verlassenen Boote mehr in der Adamanensee trieben und zum anderen generell wenig Verbesserung versprechen, wenn unmittelbar involvierte Staaten wie Myanmar sich dazu entschließen, diesem Treffen nicht beizuwohnen. (vgl. UNHCR 2015: 3 ff.; HRW 2015: 2)

Die folgenden Zahlen und Daten aus aktuellen Studien sollen die Problematik der irregulären Migration und dem damit häufig verbundenen Menschenhandel verdeutlichen.

In ihrer Studie aus dem Jahr 2014 hat Carden (2014: 32 ff.) das Migrationsverhalten von Burmesen genauer durchleuchtet und konnte feststellen, dass die Entscheidung nach Thailand zu migrieren von der überwiegenden Mehrheit eine persönlich getroffene Entscheidung war. Entgegen einiger Expertenmeinungen stellte sie fest, dass nur ein geringer Anteil der Befragten von Angehörigen dazu motiviert wurde, Burma zu verlassen. Interessant ist auch, dass die Entscheidung das Heimatland zu verlassen, für viele Menschen eine sehr spontane ist, da in mehr als der Hälfte der erhobenen Fälle weniger als ein Monat verging, bis das Vorhaben auszuwandern in die Tat umgesetzt wurde. Bezüglich der Finanzierung des Migrationsprozesses konnte Carden weiter feststellen, dass in den meisten Fällen Verwandte entweder Geld an die Befragten verliehen oder direkt für die Kosten aufkamen. Die Kosten der Auswanderung rangierten dabei von 3500 THB (aktuell etwa 90 Euro) bis hin zu 25000 THB (aktuell etwa 635 Euro). 60 Prozent der Befragten waren auf ihrem Weg von Myanmar nach Thailand ohne Angehörige unterwegs und die überwiegende Mehrheit der Befragten Menschen war zwischen einem und drei Tagen unterwegs.

In einer weiteren, größeren Studie von Kiss et. al. (2015: 155 ff.) mit über 1000 Befragungen zum Thema Gesundheit von Menschen die Opfer von Menschenhändler geworden sind, konnte festgestellt werden, dass 41 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Kinder in der Sexindustrie arbeiten mussten, nachdem sie im Zielland angekommen waren. Beinahe 70 Prozent der Männer fand sich in Zwangsarbeitssituationen in der Fischereiindustrie wieder (siehe Kapitel 3.2 und 3.3). Im Gegensatz zu den oben erwähnten Daten von Carden kam die Studie von Kiss et. al. zu dem Ergebnis, dass 45,9 Prozent der Befragten zwischen einem und sechs Monaten in den Händen der Händler und Schlepper gewesen sind, bevor sie ihren Zielort erreichten. Beinahe 14 Prozent berichten sogar von einer Dauer jenseits von 24 Monaten. 478 Personen (47,6 Prozent) berichten zudem, auf der Reise Opfer von physischer oder sexueller Gewalt geworden zu sein. Die psychischen und physischen Konsequenzen sind vielfältig und reichen von Verwirrtheit, Kopfschmerzen und Depressionen bis hin zu Gewichts- und Gedächtnisverlust.

3.2 Gefahren und Probleme für irreguläre MigrantInnen in Thailand

Nachdem die Gefahren, welche irregulären MigrantInnen auf dem Weg nach Thailand drohen, behandelt wurden, sollen im folgenden Teil jene Probleme diskutiert werden, mit denen sich

diese Menschen wenn sie in Thailand angekommen sind, sei es von Seiten der Bevölkerung oder von Seiten diverser Autoritäten, häufig konfrontiert sehen. Anschließend soll die Zwangsarbeit in der Fischerei und fischverarbeitenden Industrie exemplarisch besprochen werden.

3.2.1 Ablehnung seitens der Gesellschaft

In Thailand angekommen sind Migranten und Migrantinnen aufgrund ihres irregulären Status oft nur durch ihre Anonymität und Unsichtbarkeit vermeintlich geschützt, was sie so zu einem Leben im Schatten zwingt. Tatsache ist allerdings, dass eben diese Unsichtbarkeit und die damit verbundene Immobilität eine große Gefahr für Ausbeutung und Misshandlung birgt. Nicht nur der mangelnde Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen verschlechtert die Situation dieser Menschen zusätzlich, sondern auch Seitens der Gesellschaft ist man ihnen häufig feindselig gesinnt. Dies trifft besonders auf das negative Verhältnis von burmesischen MigrantInnen und ThailänderInnen zu, welches schon seit den Kriegen von Siam gegen Burma existiert und auch heute noch das Feindbild, das viele Thais den Burmesen gegenüber im Kopf haben, prägt. Unterstützt wird dieses Bild gerade in jüngster Vergangenheit durch die Medien, in denen burmesische MigrantInnen häufig mit Unverlässlichkeit, Kriminalität und Bedrohung für den Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht werden, was bestehende Vorurteile weiter festigt und es diesen Menschen äußerst schwer macht, sich in die thailändische Gesellschaft zu integrieren. (vgl. Dannecker und Schaffar 2014: 48; vgl. Sasiwongsaroj 2014: 66)

Die Daten in Tabelle 5 stammen von einer Studie aus dem Jahr 2010, in der Arbeitsmigranten aus Kambodscha, Laos und Myanmar in 11 verschiedenen Provinzen in Thailand bezüglich ihrer gesellschaftlichen Integration befragt wurden. Sie zeigen, dass aus diesen drei Ländern Laoten die beste Integration in die thailändische Gesellschaft aufweisen. Über 80 Prozent von ihnen sprechen Thai und über zwei Drittel leben in einer Partnerschaft mit einem oder einer Thai. Auch an gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Ereignissen nimmt die Mehrheit der aus Laos stammenden Migranten und Migrantinnen teil. Im Fall der aus Kambodscha stammenden Menschen sieht man, dass ein geringer Anteil als bei den Laoten Thai spricht und nahezu keine Partnerschaften zu Thais bestehen. Auch der Anteil derjenigen die sich über gesellschaftliche Ereignisse integrieren, ist deutlich geringer. Dies mag auf den ersten Blick verwundern, da sich Kambodscha und Thailand in vielen Dingen wie Schrift und Sprache oder

Brauchtum sehr ähnlich sind, jedoch hat in den vergangenen Jahrzehnten vor allem nationalistisches Denken auf beiden Seiten und die Suche nach einer eigenen Identität zu negativen Vorurteilen geführt. Bemerkbar machen sich diese beispielsweise bei den andauernden Grenzkonflikten, sowie der Debatte um den Preah Vihear Tempel der auch Weltkulturerbe ist. Am wenigsten gut in die thailändische Gesellschaft integriert sind laut Tabelle 5 allerdings MigrantInnen aus Myanmar. Nur knapp über die Hälfte der Befragten spricht Thai, es bestehen annähernd keine Freundschaften oder Partnerschaften zwischen Burmesen und Thais und auch an kulturellen, religiösen oder gesellschaftlichen Ereignissen nehmen Burmesen kaum teil. (vgl. Sasiwongsoj 2014: 66 f.)

Tabelle 5: Charakteristika von MigrantInnen aus Kambodscha, Laos und Myanmar in Thailand (%)

Charakteristik	Kambodscha	Laos	Myanmar
Fähigkeit Thai zu sprechen	63,8	82,6	57,6
Freundschaften mit Thais	2,0	15,9	1,7
Thailändischer Partner/Partnerin	1,8	67,3	0,3
Teilnahme an religiösen oder kulturellen Ereignissen	38,6	57,9	6,4
Teilnahme an sozialen Ereignissen innerhalb der thailändischen Gesellschaft	45,3	54,9	10,8

Quelle: Sasiwongsoj 2014: 67, eigene Bearbeitung

Feindseligkeit und Vorurteile Thais gegenüber Einwanderern und deren mangelnde Integrationsbereitschaft führen dazu, dass diese sehr schwer in Thailand Fuß fassen können und erhöht ihre Angreifbarkeit. Dies zeigt eine weitere Studie der ILO, in der 2010 unter anderem über 1000 Thais zu ihrem Wissenstand, ihren Einstellungen und ihrem Verhalten gegenüber Einwanderern befragt wurden. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie zeigt die Tabelle 6.

Nur 17% der in Thailand befragten Menschen kannten Migranten oder Migrantinnen persönlich, und selbst wenn, hatte sie keine engere Bindung zu ihnen. Eine nähere Bindung korrelierte sehr stark mit der Hilfsbereitschaft und wohlwollenden Einstellungen gegenüber MigrantInnen. Obwohl laut ILO und Weltbank viele Wirtschaftssektoren sehr stark von ausländischen Arbeitskräften abhängig sind, waren nur 40 Prozent der Befragten der Meinung, sie würden einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag leisten. Die ambivalente Haltung der Thais gegenüber Migranten und Migrantinnen zeigt sich besonders darin, dass fast 60 Prozent zwar

der Meinung sind, diese Menschen würden in Thailand ausgebeutet oder ausgenutzt werden, jedoch ein ähnlich großer Anteil der Einheimischen der Meinung ist, dass die Autoritäten in Thailand genügend Maßnahmen treffen, um ausländische Arbeitskräfte vor Ausbeutung zu schützen. 55 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Migrantinnen benötigt werden, um in einigen Sektoren Arbeitskraftengpässe auszugleichen, jedoch sind fast 90 Prozent der Meinung, Thailand sollte bei der Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften restriktiver sein. Auch Gleichberechtigung im Sinne von Löhnen und Arbeitsbedingungen sind für über 60 Prozent der Thais nicht erstrebenswert, was häufig mit dem Hinweis auf die sehr niedrigen alternativen Löhne in den Ursprungsländern von MigrantInnen argumentiert wird. Bedenkt man dass, wie oben erwähnt, nur 17 Prozent der Befragten ausländische Arbeitskräfte persönlich kennen, so ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass nur 7 Prozent jemandem geholfen haben, sich in die thailändische Gesellschaft zu integrieren oder am Arbeitsplatz voran zu kommen. (vgl. Hall 2011: 29 f.)

Tabelle 6: Wissenstand, Einstellung und Verhalten von Thais gegenüber MigrantInnen 2010

Wissenstand	
Anteil der Befragten welche die folgenden Aussagen mit „wahr“ beantworteten:	
MigrantInnen werden in Thailand oft ausgebeutet/ausgenutzt	59%
MigrantInnen werden in einigen Sektoren benötigt, um Arbeitskraftengpässe auszugleichen	55%
MigrantInnen leisten einen wirtschaftlichen Beitrag	40%
Die Löhne von MigrantInnen haben eine Auswirkung auf die Löhne und die Dienstverhältnisse von thailändischen Arbeitskräften	24%
Einstellung	
Anteil der Befragten welche die folgenden Aussagen mit „ich stimme vollständig zu“ oder „ich stimme teilweise zu“ beantwortet haben:	
Die Regierung sollte bei der Aufnahme/Registrierung von MigrantInnen restriktiver sein	89%
Nicht autorisierte MigrantInnen verletzen thailändisches Recht und sollten nicht erwarten, Arbeitsrechte zu besitzen	84%
Autorisierte MigrantInnen, welche die selbe Tätigkeit ausführen wie eine thailändische Arbeitskraft, können nicht erwarten, die selbe Entlohnung und die selben Arbeitsbedingungen zu haben	64%
Die Autoritäten treffen genügend Maßnahmen um MigrantInnen vor Ausbeutung zu schützen	57%

MigrantInnen sind für eine Vielzahl an Verbrechen die in Thailand verübt werden, verantwortlich	78%
Die Anzahl der MigrantInnen bedroht die thailändische Kultur und das thailändische Erbe	48%
Verhalten	
Anteil der Befragten welche folgendes getan haben:	
Freunde über die positiven Aspekte von MigrantInnen unterrichtet	33%
Einem Migrant/en einer Migrantin geholfen, sich in die Gesellschaft zu integrieren oder am Arbeitsplatz voran zu kommen	7%
(Hypothetisch) Würden sie einen Arbeitgeber melden, den sie der Ausbeutung von MigrantInnen verdächtigen?	41%

Quelle: Hall 2011: 29f.; eigene Darstellung

3.2.2 Korruption und Misshandlung seitens der Autoritäten

„The demand for cheap labor and weak rule of law, coupled with high unemployment in developing countries, fosters the phenomenon of trafficking in persons. These factors are compounded where corrupt officials facilitate irregular migration by accepting bribes or false documentation.” (US Department of State 2015: 18)

Nicht nur von Seiten der Zivilbevölkerung erfahren Migranten und Migrantinnen in Thailand Ablehnung, sondern auch Korruption ist ein tief verwurzelt Problem. Dies zeigt sich in vielen Fällen bereits vor der Ankunft dieser Menschen in Thailand, wo korrupte Polizeibeamte schon entlang der irregulären Migrationswege Teil des ausbeuterischen Systems sind. So gibt es zahlreiche Berichte von Polizeifahrzeugen, die mittels Fahnen oder Ähnlichem gekennzeichnet werden, um an Grenzübergängen oder Kontrollposten entlang der Strecke nicht aufgehalten zu werden und so irreguläre Migranten und Migrantinnen von Menschenhändlern und Schleusern, unproblematisch ins Land transportiert werden können. Dies erfolgt natürlich nicht ohne Gegenleistung. Es liegen Berichte vor, dass diese bis zu 9000 US Dollar pro Truck an korrupte Beamte bezahlen, um nicht aufgehalten und kontrolliert zu werden. (vgl. EJM 2015a: 26; vgl. EJM 2013a: 18)

Oft gehen die korrupten Tätigkeiten über das bloße „Wegsehen“ hinaus und höhere Polizeibeamten und andere lokale Autoritäten sind direkt in die Ausbeutung von irregulären Migranten und Migrantinnen involviert. Berichten zufolge sind solche Personen oft neben ihrem Beruf als Polizisten oder Beamte, Plantagenbesitzer oder Bootseigner und direkte Abnehmer von Menschenhändler und Schmuggler. Selbst wenn die im Dienste der Regierung stehenden, offiziellen Arbeitsplatzinspektoren Kontrollen durchführen wollen, wurden Fälle dokumentiert, in denen lokale, korrupte Beamte sich zusammenschlossen, um so viel Einfluss zu generieren, dass die Inspektoren in ihrer Arbeit blockiert wurden. Häufig erfahren Arbeitgeber, welche irreguläre MigrantInnen beschäftigen, auf korrupten, illegalen Wegen im Vorfeld von bevorstehenden Kontrollen der Arbeitsbedingungen und Dienstverhältnisse und können so die illegal beschäftigten Menschen vor den Behörden verstecken. Ein weiteres Problem ist die oft fehlende Möglichkeit von irregulären Migranten und Migrantinnen, Missstände zu melden. Zum einen besteht die Gefahr von korrupten Polizeibeamten wieder zurück zum Arbeitsplatz gebracht zu werden, ohne die Meldung ernst zu nehmen, zum anderen ist es Gang und Gebe, dass Menschen die Missstände melden, auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden, teils schwere körperliche Misshandlungen drohen oder in ihr Heimatland deportiert werden. Wie bereits oben erwähnt, sind nicht vorhandene oder mangelnde Sprachkenntnisse ebenfalls oft ein zusätzliches Risiko. So fanden sich beispielsweise irreguläre MigrantInnen auf Polizeistationen wieder, auf denen ihnen die Menschenhändler oder Schleuser oder auch Arbeitgeber vor denen sie geflohen sind, als Übersetzer zur Verfügung gestellt wurden. Dies stellt nicht nur einen offensichtlichen Interessenskonflikt dar, sondern verletzt auch offizielle UN Abkommen. (vgl. EJF 2013b: 10; EJF 2014: 30 f.)

Das Problem, dass irreguläre Migranten und Migrantinnen Missstände aus den oben genannten Gründen nicht melden, bestätigt auch eine Studie von Eberle und Holliday (2011: 382) zu diesem Thema, deren Ergebnisse in der Abbildung 11 zu sehen sind. Die Mehrheit der Befragten gibt hier an, dass ihr Arbeitgeber nichts unternehmen würde, wenn Missstände gemeldet oder Beschwerden vorgebracht werden würden. Rund ein Fünftel der Befragten hat dazu keine Meinung oder, was wahrscheinlicher ist, gibt aus Angst vor Konsequenzen hierzu keinen Kommentar ab. Noch eklatanter ist die Problematik in Bezug auf die thailändischen Autoritäten. Hier geben 37 Prozent an, diese würden keine Maßnahmen ergreifen und 28% geben an, dass sie bei der Meldung von Missständen mit einer Strafe zu rechnen hätten. Hier ist der Anteil jener die keine Meinung dazu haben oder kundtun wollen, mit 35 Prozent, sogar noch höher.

Abbildung 11: Wie wird mit Meldungen über Missstände umgegangen

	The way you are treated by your employer (%)	The way you are treated by the Thai authorities (%)
<i>If you have a complaint about the way you are treated what can you do about it?</i>		
Do nothing	56	37
Discuss the problem	13	0
Quit and leave	9	0
Take the issue to the law	2	0
Take the issue up with the ILO	1	0
Pay bribes	0	28
No opinion	19	35

Quelle: Eberle und Holliday 2015: 382

Nicht nur irreguläre, sondern auch offiziell registrierte Migranten und Migrantinnen, sind ihren Arbeitgebern oder Arbeitgeberinnen oft schutzlos ausgeliefert, da diese häufig die originalen Reisedokumente und Arbeitsgenehmigungen ihrer Angestellten an sich nehmen. Vielen bleibt so nur die Möglichkeit, Kopien ihrer Dokumente mit sich zu führen, was Polizeibeamte wiederum gerne als Grund nehmen, diese Menschen zu verhaften und nur gegen Bezahlung von Bestechungsgeldern, wieder frei zu lassen. Weiter sind ArbeitnehmerInnen auch in ihrer Mobilität sehr von ihren ArbeitgebernInnen abhängig. Um die Provinz in der sie arbeiten verlassen zu können, müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen einen offiziellen Antrag bei einem lokalen Beamten des Innenministeriums stellen. Dieser Antrag wird allerdings nur mit einer Unterschrift des Arbeitgebers oder der Arbeitsgeberin genehmigt, was diesen zusätzliche Macht über ihre ArbeitnehmerInnen verleiht. (vgl. HRW 2010: 88 f.)

Die Tatsache, dass, selbst wenn Missstände gemeldet werden, diese Verbrechen häufig nicht weiter verfolgt werden, verschlimmert die Problematik zusätzlich. Laut den Opfern wird selbst schweren Gewaltverbrechen wie Mord und Vergewaltigung mit dem Hinweis auf die schlechte budgetäre Situation der Behörden oft nicht nachgegangen. Im Fall des Todes von 54 Migranten die 2008 in einem Lastwagen, der aus Angst vor den Behörden von Menschhändlern am Straßenrand stehen gelassen wurde, erstickt sind, wurden die Verantwortlichen nicht nur nicht identifiziert und zur Rechenschaft gezogen, sondern die thailändischen Behörden klagten stattdessen die 67 Überlebenden dieses Verbrechens wegen illegaler Einreise an. Erst wenn die Berichte von internationalen Organisationen die Öffentlichkeit aufmerksam machen und

Vorfälle internationales Aufsehen erregen, werden Untersuchungen zur Aufklärung dieser Verbrechen eingeleitet. (vgl. HRW 2010: 45 f.; 90 f.)

Berichten der Opfer zufolge existiert ein inoffizielles System, wie Ausbeutung und Misshandlung seitens Autoritätspersonen üblicherweise von statten geht. So ist allgemein bekannt, dass es für die Opfer besser ist, die verhängte Geldstrafe sofort vor Ort zu bezahlen, anstatt sich zu weigern und auf das Polizeirevier gebracht zu werden, wo dann statt der ursprünglich verlangten 4000-5000 THB (aktuell etwa 100-125 Euro), meist das Doppelte verlangt wird. Tun sie dies nicht, ist es somit keine Seltenheit, dass irreguläre Migranten und Migrantinnen, welche verhaftet werden, den Lohn mehrerer Monate auf einen Schlag verlieren. Diese Menschen sind häufig auf Fahrzeuge wie Motorräder angewiesen, um ihren Arbeitsplatz erreichen zu können, jedoch ist es aufgrund ihres irregulären Status nicht möglich, einen Führerschein zu erwerben. Werden diese Personen von der Polizei aufgehalten und können die nötigen Dokumente nicht vorweisen, wird häufig das Fahrzeug konfisziert und nur gegen sehr hohe Gebühren wieder freigegeben. Aussagen der Opfer zufolge werden beispielsweise für ein Motorrad, das 10000 THB (aktuell ~250 Euro) an Wert hat, oft 7000 THB (aktuell ~175 Euro) verlangt, damit die Polizei es wieder freigibt. Interviews mit Betroffenen haben weiter ergeben, dass bei der Verhaftung eines Migranten oder einer Migrantin häufig die gesamte Familie mit ausgebeutet wird, da zuerst von der verhafteten Person Geld für die Freilassung verlangt wird, diese jedoch nicht wieder frei kommt, ehe nicht auch Angehörige eine hohe Summe bezahlen. (vgl. HRW 2010: 59 ff.)

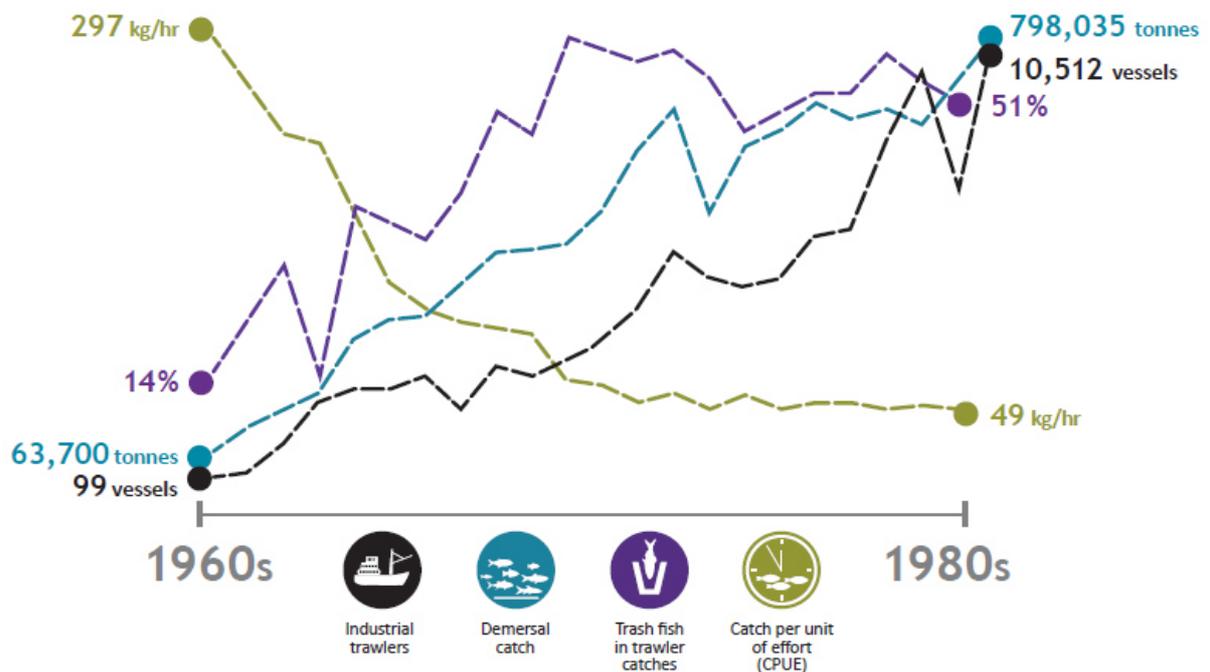
Nicht nur die irregulären Einwanderer werden mit Ausbeutung seitens Autoritäten konfrontiert, sondern auch thailändische Arbeitgeber bekommen das korrupte System zu spüren. Wenn irreguläre MigrantInnen verhaftet werden, werden diese dazu gedrängt, den Namen ihres Arbeitgebers oder Arbeitgeberin bekannt zu geben. Die Polizei überprüft daraufhin die genannten Personen und deren Angestellte und verlangt 100 bis 500 THB (aktuell ~ 2,5-12,5 Euro) pro Monat für jede irreguläre Arbeitskraft, um im Gegenzug den oder die betreffende ArbeitgeberIn nicht zu verhaften. Weiter schreibt das thailändische Gesetz nicht vor, dass Autoritätspersonen wie etwa Beamte der Polizei ihre Uniform während des Dienstes permanent tragen müssen. Speziell Beamte die Kontrollen von Fabriken und anderen Arbeitsplätzen durchführen, sind häufig in Zivilkleidung unterwegs. Dies führt dazu, dass viele Zivilpersonen sich illegal als Polizeibeamte ausgeben, um irreguläre MigrantInnen anzuhalten und unter Androhung von Verhaftung oder Deportation, Geld zu erpressen. (HRW 2010: 65 ff.)

3.2.3 Case Study Fischereiindustrie

Im Folgenden soll anhand der Fischereiindustrie kurz exemplarisch eine der, für irreguläre Migranten und Migrantinnen problematischsten Arbeitssituationen, nämlich die Ausbeutung und Zwangsarbeit im Fischereisektor, näher betrachtet werden. Während Männer meist auf Fischerbooten versklavt werden, müssen meist Frauen in der Fischverarbeitenden Industrie, oder beispielsweise der Garnelenzucht, Zwangsarbeit leisten.

Thailands Fischereiindustrie stellt jedoch nicht nur eine humanitäre, sondern auch ein ökologische Katastrophe dar. Wie Abbildung 12 zeigt, entwickelte sich die thailändische Fischerei von den 1960er Jahren an zu einem wesentlichen Industriezweig. Die Größe der thailändischen Fischereiflotte stieg von 99 Schiffen im Jahr 1960, die knapp 64000 Tonnen Fisch fingen, auf rund 10500 Schiffe im Jahr 1980, welche knapp 800000 Tonnen Fisch fingen. Wesentlich ist dabei, dass die Menge an gefangenem Fisch pro Arbeitseinheit (CPUE) dramatisch gesunken und der Anteil an Beifang erheblich gestiegen ist, was beweist, dass die Andamanensee und der Golf von Thailand zu der überfischtesten Region auf dem Planeten gehören. Studien gehen dabei davon aus, dass bereits in den 1980er Jahren ein Drittel des in Thailand angelandeten Fisches illegal, außerhalb thailändischer Gewässer gefangen wurde. Eine aktuelle Studie aus dem Jahr 2014 hat ebenfalls gezeigt, dass 24-39 Prozent der aus Thailand stammenden, in die USA exportierten Fänge, illegal gefischt wurden. (vgl. EJF 2015a: 7, 29)

Abbildung 12: Entwicklung der thailändischen Fischereiindustrie von 1960 bis 1980



Quelle: EJF 2015a: 7

Trotz des, über die letzten Jahrzehnte hinweg immer größer gewordenen nationalen und internationalen Drucks, wurde die thailändische Fischereiindustrie bis 2015 nur wenig reguliert, was die Probleme, die damit in Verbindung stehen, weiter verschlimmert hat. Laut einer Studie der thailändischen Regierung aus dem Jahr 2011 wird die aktuelle Größe der thailändischen Fischereiflotte auf über 57000 Boote geschätzt, wobei 30 Prozent davon sogenannte Trawler sind und 70 Prozent kleinere, häufig nicht registrierte, Fischerboote ausmachen. Die Fangquote ist seit den 1980 Jahren von 800000 Tonnen auf fast 2,5 Millionen Tonnen gestiegen, während der CPUE Wert auf 25 gefallen ist, was bedeutet, dass die Menge die pro Arbeitseinheit gefangen wird, seit 1961 um 97% gesunken ist. Hochrechnungen gehen davon aus, dass mindestens 60 Prozent der gefangenen Menge Beifang ist. Aktuell wäre eine jährliche Fangquote von rund 1,4 Millionen Tonnen möglich, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, jedoch wird diese Quote aktuell mit rund 2,5 Millionen Tonnen jährlich um 77% überschritten. Die hohen Fangquoten und die ökologischen Folgen der Überfischung kosten Thailand Schätzungen zufolge über 230 Millionen USD pro Jahr. Von Seiten der thailändischen Regierung wird wenig unternommen, um die Probleme einzudämmen. So hat sie zum Beispiel verabsäumt, das Fischereigesetz von 1947 der zunehmenden Industrialisierung des Fischereisektors anzupassen. Obwohl Experten das Engagement Thailands im Zuge der 2011 verabschiedeten „Resolution

on Sustainable Fisheries for Food Security for the ASEAN Region Towards 2020“ als Schritt in die richtige Richtung deuten, gehen die geplanten Verbesserungen nur sehr schleppend voran. Seit 2015 besteht zwar ein reformierter Rechtsrahmen, der beispielsweise gewisse Zonen unter Schutz stellt oder Schiffen eine Obergrenze für ihre täglichen Fang vorschreibt, jedoch werden laut Studien bei Verstößen je nach Ausmaß, Strafen in der Höhe von durchschnittlich 75-90 US Dollar verhängt, was für kaum ein Fischerboot eine ernste Konsequenz darstellt. Darüber hinaus wurden bei annähernd 60000 Booten, die den Golf von Thailand oder die Andamanensee befischen, 2014 lediglich 68 Fälle von Rechtsverletzungen von der thailändischen Regierung geahndet. (vgl. EJF 2015a: 8 ff.)

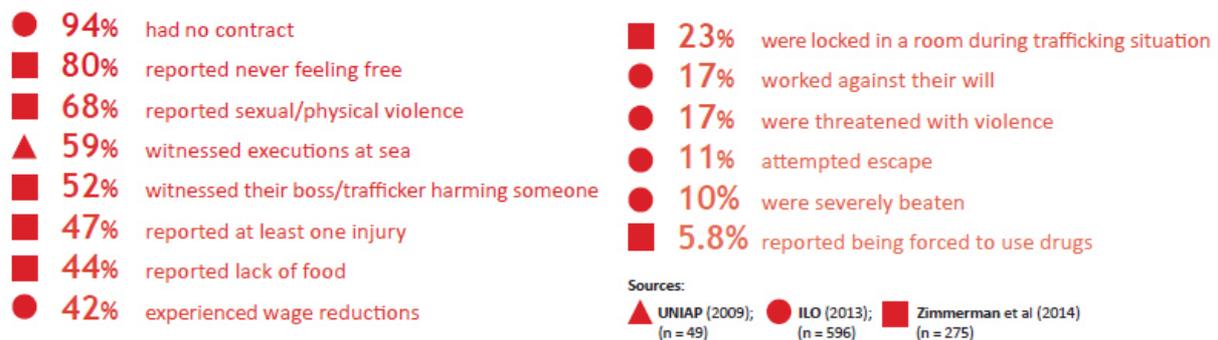
Der so, hauptsächlich durch die Überfischung entstandene ökonomische Druck, wirkt sich wiederum direkt auf die humanitäre Problematik der Zwangsarbeit und Ausbeutung von vorwiegend Migranten und Migrantinnen (laut IOM und ARCM (2014: 165) sind mindestens 75 Prozent der in der thailändischen Fischereiindustrie beschäftigten Menschen MigrantInnen) in diesem Industriezweig aus. Die genaue Zahl, der auf thailändischen Fischerbooten arbeitenden Migranten und Migrantinnen, ist schwer zu bestimmen, jedoch gehen jüngste Studien von mindestens 200000 Menschen aus (vgl. EJF 2015a: 24).

Um genügend Fisch zu fangen, sind die Fischerboote gezwungen, immer weiter entfernte Gewässer zu befischen und immer länger auf See zu bleiben. Berichten zufolge wurden thailändische Boote nicht nur in malaysischen, indonesischen oder burmesischen Gewässer angetroffen, sondern sogar in der Nähe von Somalia oder Russland gesichtet. Größere Schiffe versorgen die kleineren Fischerboote auf diesen Fahrten regelmäßig mit Treibstoff und Vorräten und holen den Fang ab, um ihn zur Küste zu bringen, was dazu führt, dass Fischerboote monate- und oft sogar jahrelang auf See sind, ohne jemals einen Hafen ansteuern zu müssen. Dadurch sind die Arbeitskräfte auf diesen Boote wie Gefangene, die absolut keine Möglichkeiten haben, der Situation zu entfliehen und ihren ArbeitgeberInnen völlig schutzlos ausgeliefert sind. 18 bis 20 Arbeitsstunden pro Tag sind auf Fischerbooten keine Seltenheit, wobei die Bezahlung, mit durchschnittlich 100-200 THB pro Tag (aktuell 2,5 – 5 Euro), oft unter dem gesetzlich vorgeschrieben Mindestlohn liegt. Häufig werden Löhne auch über Monate oder Jahre gar nicht ausgezahlt. Rekrutiert werden die fast ausschließlich männlichen Arbeiter meist über irreguläre Wege mithilfe von Menschenhändler und thailändischen Autoritäten, welche diese Menschen direkt an die Bootskapitäne verkaufen. Gelingt es jemandem, aus den daraufhin folgenden Sklaverei-ähnlichen Bedingungen zu entkommen und

das Festland zu erreichen, wird er nicht selten von lokalen Polizeibeamten aufgegriffen und an einen anderen Bootsinhaber verkauft. (vgl. EJF 2014: 28 ff.; vgl. Sasiwongsaroj 2014: 70; vgl. Seltzer 2013: 289 f.)

Abbildung 13 aus einem aktuellen Bericht der Environmental Justice Foundation (2015: 23) zum Thema Fischereiindustrie in Thailand verdeutlicht die menschenunwürdigen Bedingungen, die in diesem Sektor herrschen. Beinahe keiner der Befragten Arbeiter hatte jemals einen offiziellen Arbeitsvertrag unterzeichnet und fast 70 Prozent berichten davon, Opfer physischer oder sexueller Gewalt geworden zu sein. Neben der Tatsache das 44 Prozent von Unterernährung berichten und 17 Prozent gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen werden, ist es besonders erschreckend, dass fast 60 Prozent der Menschen, die auf thailändischen Fischerbooten arbeiten, Zeugen einer oder mehrerer Morde auf See geworden sind.

Abbildung 13: Aussagen von Betroffenen bezüglich ihrer Arbeitsbedingungen auf thailändischen Fischerbooten



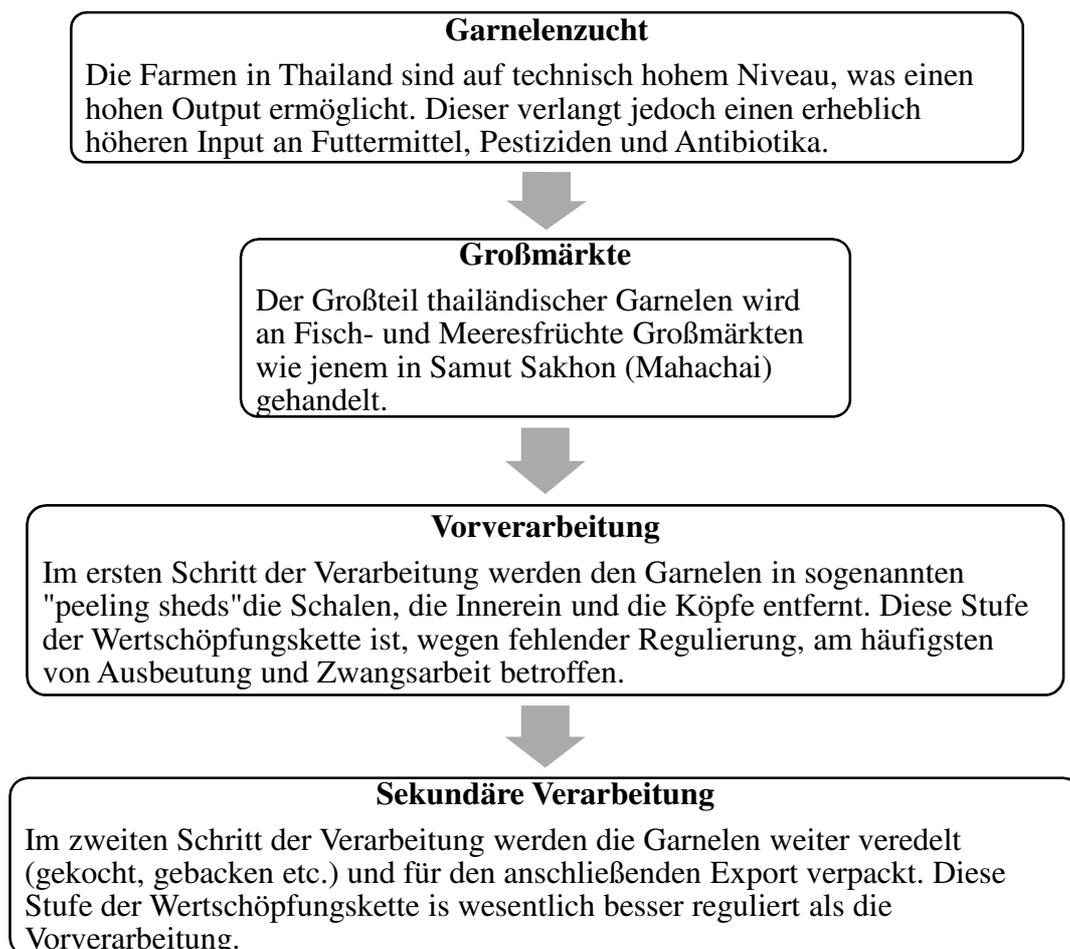
Quelle: EJF 2015a: 23, eigene Bearbeitung

Ähnliche Missstände wie auf den thailändischen Fischerbooten sind auch in Bereichen wie der Garnelenzucht, ein wesentlicher Sektor der thailändischen Wirtschaft, oder auch in der fischverarbeitenden Industrie zu beklagen.

Thailand produzierte im Jahr 2012 rund 540000 Tonnen Garnelen wovon in etwa zwei Drittel, mit einem Marktwert von über 3,5 Milliarden USD, exportiert wurden. Mit einem globalen Produktionsanteil von etwa 25% ist Thailand damit der größte Produzent von Garnelen weltweit. Hauptabnehmern sind mit einem Anteil von 46 Prozent die USA, gefolgt von Japan und Europa. Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, finden die meisten

weiterverarbeitenden Prozesse entlang der Wertschöpfungskette (Abbildung 14), wie etwa das Entfernen der Schale und der Innereien, ebenfalls in Thailand statt, sodass hauptsächlich fertig verarbeitete Meeresfrüchte exportiert werden. Von den 650000 Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt sind, sind mehr als 90 Prozent Migranten und Migrantinnen die vorwiegend aus Laos, Kambodscha und Myanmar kommen. (vgl. EJF 2013a: 4 ff.)

Abbildung 14: Wertschöpfungskette der thailändischen Garnelenproduktion



Quelle: EJF 2013a: 13, eigene Darstellung

Neben humanitären Problemen birgt die thailändische Garnelenzucht auch ökologische Gefahren. Während 1985 nur 1 von 100 Garnelen aus Zuchtfarmen stammte, waren es 1999 bereits 99 von 100. Dies ist vor allem auf die gestiegene Produktivität dieser Farmen zurückzuführen, was aber erheblich Umweltbelastungen durch den vermehrten Einsatz von Antibiotika und Pestiziden mit sich bringt. Weiter belastet die Garnelenzucht die ohnehin schon

gänzlich überfischten Gewässer Thailands massiv, da diese auf immense Mengen Futtermittel, größtenteils in Form von Fischmehl, angewiesen ist. Thailand produzierte 2012 über 300000 Tonnen Fischmehl, wovon laut thailändischer Regierung 78 Prozent in Garnelenfarmen Verwendung finden. Für die Herstellung von einer Tonne Fischmehl werden beinahe 4 Tonnen Fisch benötigt. Diese Tonne Fischmehl reicht wiederum, um 0,6 Tonnen Garnelen zu züchten. Dies bedeutet, dass nur rund ein Siebtel des Input in Form von Fischmehl am Ende als Output in Form von Garnelen zu Verfügung steht. (vgl. EJF 2015a: 18 ff.)

Die humanitären Missstände in der Garnelenzucht bzw. vor allem in der weiterverarbeitenden Industrie ähneln jenen, die zuvor in Bezug auf die Fischfangindustrie diskutiert wurden mit dem wesentlichen Unterschied, dass zum Großteile Frauen und teilweise sogar Kinder davon betroffen sind, da diese den Hauptanteil der Arbeitskräfte in diesen Sektoren stellen.

Aufgrund des geringen Regulierungsniveaus der sogenannten „peeling sheds“, den Fabriken verschiedenster Größe in denen Garnelen nach der Zucht weiterverarbeitet werden, sind die Probleme dort, auf der Vorverarbeitungsstufe der Wertschöpfungskette, am eklatantesten. Lediglich etwa 200 solcher Arbeitsstätten sind beim thailändischen Amt für Fischerei (DOF) offiziell registriert, während NGOs, wie beispielsweise das „Labour Rights Promotion Network“ (LPN), von bis zu 2000 solcher peeling sheds in ganz Thailand sprechen. Nicht registrierte peeling sheds entziehen sich jeder Art von regulatorischen Instrumenten und Kontrollen, was für die dort arbeitenden Menschen eine große Gefahr darstellt. Hinzu kommt, dass laut Berichten der ILO und dem „United Nations Inter-Agency Project on Human Trafficking“ (UNIAP), ähnlich wie in der oben diskutierten Fischfangindustrie, 80 Prozent der Befragten nie einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben, 50 Prozent berichteten von verbaler Gewalt von Seiten der ArbeitgeberInnen und fast ein Drittel berichtete davon, dass ihnen der Lohn gekürzt oder gestrichen wurden, wenn sie den Anweisungen der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen nicht bedingungslos Folge leisteten. Weiter ist aus den Interviews ersichtlich, dass alleine in der Provinz Samut Sakhon, welche besonders von der Garnelenindustrie geprägt ist, rund 10000 Kinder zwischen 13-15 in der weiterverarbeitenden Industrie arbeiten und dass 57 Prozent der burmesischen irregulären Migrantinnen in dieser Region, von Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft betroffen sind. Von diesen 57 Prozent gaben 33 Prozent an, über Menschenhändler in dieses ausbeuterische Arbeitsverhältnis gekommen zu sein. (vgl. EJF 2013a: 15 f.)

Besonders Frauen sind schon, bevor sie in den peeling sheds ankommen, auf dem Weg von Laos, Kambodscha oder Myanmar nach Thailand, aufgrund gegen sie gerichteter sexueller Gewalt, erhöhten Gefahren ausgesetzt. Augenzeugenberichte lesen sich häufig wie folgt:

„We had to walk 9 nights and 8 days [through the forest]. To say how I was feeling is that I had never encountered such experience. I faced hunger and many troubles and saw the sexual abuse of girls [...] They held guns in their hands and surrounded us [...] they took our property [...] they dragged the girls by force from the men they were holding hands with. We witnessed all the events. They raped girls in the bush one after another.“ (EJF 2013a: 22)

Laut einer 2010 veröffentlichten Studie sind die Löhne für ArbeiterInnen in der fischverarbeitenden Industrie durchschnittlich sogar noch niedriger als in der Fischfangindustrie und liegen somit ebenfalls unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestgrenze. Hinzu kommt, dass ArbeitnehmerInnen in diesen Sektor häufig mit giftigen Substanzen in Kontakt kommen. Eine adäquate Schutzkleidung, sowie gegebenenfalls Gasmasken und dergleichen wird ihnen jedoch vom Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin nicht zur Verfügung gestellt und müssen selbst finanziert werden, was die ohnehin schon schlechte finanzielle Situation aufgrund der geringen Löhne noch weiter verschlechtert. (vgl. Sasiwongsaroj 2014: 69; vgl. HRW: 2010: 91)

Auch die zuvor schon erwähnte Korruption von thailändischen Autoritäten, ist in Bezug auf die Garnelenzucht und ihre weiterverarbeitende Industrie von Bedeutung. So wird beispielsweise von Fällen berichtet, in denen peeling shed Besitzer teilweise hunderte irreguläre Migranten und Migrantinnen, darunter auch viele Kinder, illegal ausbeuten und gleichzeitig als Beamte oder sogar als „Captain“ der Royal Thai Police angestellt sind. Dass in solchen Situationen Maßnahmen und Kontrollen von Seiten des LPN oder der thailändischen „Anti Human Trafficking Division“ (AHTD) nicht greifen, ist wenig verwunderlich. Auch das konfiszieren von Dokumenten und Ausweisen und die bereits erwähnte Angst, aufgrund des irregulären Status der MigrantInnen, Missstände zu melden, ist auch hier ein weit verbreitetes Phänomen. Von den hunderttausenden Menschen die in diesem Wirtschaftsbereich in Thailand angestellt

sind, haben im Jahr 2013 lediglich 70 Personen Probleme gemeldet. (vgl. EJF 2013a: 18 ff.; vgl. Harkins 2014: 140)

3.3 Vulnerabilität von irregulär migrierenden Frauen und Kinder

Nachdem die Probleme und Gefahren, mit denen irreguläre Migranten und Migratinnen auf dem Weg nach Thailand konfrontiert sind, sowie jene, die sie erwarten wenn sie in Thailand angekommen sind, ausführlich diskutiert wurden, soll im Folgenden ein besonderer Fokus auf den Frauen und Kindern liegen, welche die größte Vulnerabilität aufweisen. Vor allem alleine reisende Frauen und Kinder sind den Gefahren der irregulären Migration besonders schutzlos ausgeliefert und Gewalt gegen Frauen, sowie geschlechterbasierende Ausbeutung, wie etwa Zwangsarbeit in der Sexindustrie, sind in Thailand keine Seltenheit.

2.3.1 Religion, Kultur und die Rolle der Frau in Thailand

In vielen Bereichen der thailändischen Kultur und Gesellschaft ist man heute von Gleichberechtigung von Mann und Frau immer noch weit entfernt. Dies wird zum einen deutlich, wenn man bedenkt, dass Thailand eines der wenigen Länder weltweit ist, welches die von den United Nations 1985 verabschiedete „International Convention on Elimination of All Forms of Discrimination Against Women“ nicht in vollem Umfang unterzeichnet hat. So werden die Artikel 16 und 29, welche sich mit der Gleichstellung von Mann und Frau innerhalb der Familie, der Bildung sowie mit Arbeitsrechten auseinandersetzen, nicht ratifiziert. (vgl. Kara 2009: 172)

Zum anderen zeigen die folgenden, in Thailand gängigen Sprichwörter bzw. Redewendungen, wie sehr die angebliche Minderwertigkeit der Frau teilweise immer noch in der Kultur und Gesellschaft verankert ist:

„To have a daughter is like having a toilet in your front yard“

“A woman is only worthy when she has a husband”

“Women are buffaloes. Men are humans”

(Kara 2009: 170 f.)

Bales (1999: 38 f.) schreibt ebenfalls, dass es vor allem im Norden Thailands immer wieder vorkommt, dass wenn eine Familie aufgrund von gravierenden Ernteaussfällen, oder anderen schwerwiegenden Problemen, wie dem Tod eines Ernährers/Ernährerin oder hohen Schulden, in eine finanziell aussichtslose Situation gerät, oft eine Tochter (niemals ein Sohn) als Hausmädchen oder sonstige Arbeitskraft verkauft wird. Häufig enden diese Mädchen in der Sexindustrie oder werden zur Prostitution gezwungen. Kinder, ganz besonders Mädchen, stehen in der thailändischen Kultur ihr Leben lang in der Schuld ihrer Eltern. Geboren, aufgezogen und ernährt zu werden, wird meist als Geschenk seitens der Eltern gesehen und so wird vor allem von Töchtern verlangt, voll zu dem Erhalt der Familie beizutragen, indem sie diese finanziell unterstützen.

„In Thailand, the best thing a man can do is become a monk, the best thing a woman can do is be reborn a man.“ (Kara 2009: 172)

Kultur und Religion sind in Thailand nur schwer zu trennen, da ersteres zu einem wesentlichen Teil auf letzterem basiert bzw. davon beeinflusst wurde und wird. Offizielle Staatsreligion ist der Buddhismus, genauer gesagt die Richtung des Theravada Buddhismus, zu dem sich 90 Prozent der Thais bekennen. Im Gegensatz zum Mahayana Buddhismus, in dem auch gewöhnliche Menschen Erlösung im Nirvana („nibbana“ in thailändischer Sprache, dem ultimativen Ziel aller Buddhisten), finden können, ist dies im Theravada Buddhismus nur möglich, wenn die betreffende Person einige Leben auf Erden als Mönch gefristet hat. In dieser Glaubensrichtung sammelt eine Person während ihres Lebens Karma, schlechtes Karma für schlechte Taten oder Gedanken, gutes Karma für gute Taten oder Gedanken. Am Ende eines Lebens werden gutes sowie schlechtes Karma aufgerechnet und je nachdem ob der karmische Rest („sesa“ genannt) positiv oder negativ ist, steigt die betreffende Person in der ontologischen Hierarchie eine Stufe auf oder ab. (vgl. Kara 2009: 171)

Obwohl es Passagen in den originalen Pali Texten gibt, in denen Frau und Mann als gleichwertig bezeichnet werden, gibt es viele Bereiche innerhalb der Theravada Buddhismus, in denen Frauen den Männern untergeordnet werden. So beschreibt Buddha Frauen vor seinen Anhängern beispielsweise als unzüchtig, unrein und verderbend. Auch die ontologische

Hierarchie der Wiedergeburt ordnet in der Reihenfolge König, Monarchen, Vermögende, Männer, Frauen, Behinderte/Verkrüppelte, Mittellose, Tiere; Frauen ganz klar Männern unter. Problematisch daran ist, dass sich in Thailand aufgrund mannigfaltiger und komplexer Gründe bis heute die Auffassung Frauen wären gegenüber den Männern minderwertig, weitgehend gehalten halt. (vgl. Bales 1999: 38; vgl. Kara 2009: 172)

In Bezug auf Karma und Wiedergeburt sind im Theravada Buddhismus, zwei Dinge entscheidend. Wird eine Person als Frau in diese Welt geboren, so impliziert ihre niedrige Stellung in der Hierarchie der Wiedergeburt, dass ihr früheres Leben von Sünde geprägt war oder zumindest mehr negatives Karma gesammelt wurde als bei einer Person die als Mann geboren wird. Somit wird Leid und Schmerz im jetzigen Leben als Strafe für ein früheres, im Sinne des Buddhismus schlechtes Leben, legitimiert. Zum anderen ist die Akzeptanz des eigenen Schicksals und dieses zu ertragen auch wenn es leidvoll ist von zentraler Bedeutung, um im nächsten Leben in der ontologischen Hierarchie aufsteigen zu können. Diese beiden Faktoren führen oft dazu, dass Frauen denen Unrecht getan wird, dies akzeptieren und auch diejenigen, die für das Unrecht verantwortlich sind glauben, eine, wenn auch paradoxe denn jemandem Leid zuzufügen erhöht das eigene negative Karma, Legitimation dafür zu haben. (vgl. Bales 1999: 39; vgl. Kara 2009: 171)

Obwohl diese Argumente und Ausführungen natürlich nicht die alleinige Schuld für die Verbrechen gegenüber Frauen in Thailand in der Religion oder der Kultur suchen, ist es dennoch wichtig zu verstehen, welchen Einfluss derartige Denkweisen und Glaubensrichtungen, und viel mehr noch deren Interpretation und Auslegung seitens der Täter und auch Opfer, auf die Art und Weise hat, wie solche Missstände wahrgenommen werden und wie mit ihnen umgegangen wird.

3.3.2 Zwangsprostitution und Sexarbeit irregulärer Migrantinnen in Thailand

Auch wenn Prostitution in Thailand aufgrund des 1996 verabschiedeten „Suppression and Prevention of Prostitution Act“ verboten ist und mit von 1000 THB bis hin zu 30 Tagen Gefängnis bestraft werden kann, lässt sich nicht leugnen, dass die Sexindustrie in Thailand floriert. Um auf die Problematik zu reagieren, unterzeichnete die Regierung 2003 zusätzlich den „Entertainment Place Act“, der vorsieht, dass sich Etablissements wie Bars,

Massagestudios, Stripclubs und Ähnliches, in denen Sexarbeit zum Großteil stattfindet, offiziell registrieren müssen. Mit diesen Maßnahmen wollte man verhindern, dass minderjährige oder irreguläre/nicht dokumentierte Migrantinnen ausgebeutet oder sogar zwangsprostituiert werden, was aber in der Realität wenig gelungen ist. (vgl. Bernstein 2014: 437)

Schon in frühen buddhistischen Schriften steht geschrieben, dass Polygamie und Prostitution akzeptable Phänomene sind. In den Anweisungen Buddhas an Mönche, der „vihaya“, unterscheidet er verschiedene Arten von Frauen und beschreibt die ersten 3 folgendermaßen: „those bought for money, those living together voluntarily, those to be enjoyed occasionally.“ (vgl. Bales 1999: 38). Die Auffassung, dass Männer mehrere Frauen gleichzeitig nicht nur haben, sondern, im Sinne von Eigentum, besitzen können, hielt sich in der thailändischen Kultur bis ins 20. Jahrhundert. Erst im Jahr 1910 wurde beispielsweise der Harem des thailändischen Königs, bestehend aus hunderten Konkubinen, offiziell aufgelöst und abgeschafft und erst im Jahre 1934 wurde ein königliches Dekret verordnet, welches Polygamie verbot. (vgl. Bales 1999: 44; vgl. Kara 2009: 173)

Zuvor unterschied man in Thailand 3 verschiedene Typen von Frauen, wobei jene welche als Sklaven gehalten wurden, auch bis in 20. Jahrhundert legal gekauft und verkauft werden konnten:

„ [...] a major wife (“mia klang muang”), a minor wife (“mia klang nork”), and a slave wife (“mia klang tasi”). The major wife was arranged by parents. A minor wife was added for more children and prestige, and a slave wife could be purchased for sexual gratification and the performance of menial tasks. All housewives were conditioned to be submissive, obedient and to bear children. They were also socialized to dampen their own sexual desires and properly satisfy the desires of their husbands.”
(Kara 2009: 173)

Heute ist Prostitution in Thailand zwar gesetzlich verboten, jedoch trotzdem fester Teil der Gesellschaft. Allgemein gilt bei Männern als auch bei Frauen häufig die Auffassung, dass Männer einen ausgeprägteren Sexualtrieb haben als Frauen und Prostituierte eine Möglichkeit bieten, diese Triebe zu stillen. Auch von Frauen wird der Besuch ihrer Ehemänner im Bordell häufig akzeptiert, da für Sex zu bezahlen nicht als Ehebruch gilt und außerdem die Gefahr eines

„ernsthaften“ außerehelichen Verhältnisses reduziert. Studien zu diesem Thema haben ergeben, dass annähernd 90 Prozent der thailändischen Männer die befragt wurden angeben, mindestens einmal Sex mit einer Prostituierten gehabt zu haben. 50 Prozent geben weiter an, ihre ersten sexuellen Erfahrungen mit Prostituierten gemacht zu haben. Je nach Region gaben 10 bis 40 Prozent der verheirateten und durchschnittlich 50 Prozent der alleinstehenden Männer an, während der letzten 12 Monate, sexuelle Dienstleistungen von Prostituierten in Anspruch genommen zu haben. Der überwiegende Anteil der Befragten sieht den Besuch im Bordell oder in Massagestudios etc. als eine akzeptable und gängige Form der Unterhaltung. Berichten zufolge besuchen Männer solche Etablissements häufig in einer Gruppe von Freunden als Teil ihrer wochenendlichen Abendgestaltung. Anfang der 2000er Jahre waren zwei von drei Touristen in Thailand allein reisende Männer, darunter viele Geschäftsmänner, welchen von Geschäftspartnern häufig Prostituierte („local flowers“) organisiert wurden und für welche das in Anspruch nehmen von sexuellen Dienstleistungen, Teil der geschäftlichen Tätigkeit war. (vgl. Bales 1999: 43 ff.; vgl. Kara 2009: 173 f.)

Prostitution ist nur eine, wenn auch sehr dominante, Form der geschlechterbasierten Ausbeutung von Frauen. Auch in Bereichen wie Hausarbeit, oder der oben am Beispiel der Garnelenverarbeitung dargestellten Fabrikarbeit, werden Frauen sehr häufig in ihren Grundrechten verletzt, ausgebeutet und zur Arbeit gezwungen. Die bereits in Kapitel 3.1.4 erwähnte Studie von Kiss et. al. (2015: 156 f.) zeigt, wie eklatant die Gefahr für irreguläre Migrantinnen ist, aufgrund ihres Geschlechts misshandelt zu werden. Nachdem sie den Weg nach Thailand mittels Menschenhändler und Schlepper auf irregulären Routen hinter sich gebracht hatten, mussten 127 (44,1%) der befragten Frauen, Sexarbeit verrichten und 118 (43,9%) gaben an, dass sie mit sexueller Gewalt konfrontiert wurden. Frauen in Bordellen oder in anderen Einrichtungen wo käuflicher Sex angeboten wird, berichteten häufig von 10-18 Arbeitsstunden und 5-15 Freier pro Tag. Hinzu kommt, dass Frauen aus Laos Kambodscha oder Myanmar häufig der thailändischen Sprache nicht mächtig sind, was sie zusätzlich isoliert und angreifbar macht. Meist wissen sie auch nichts von ihrem Recht auf einen arbeitsfreien Tag in der Woche, Feiertagen oder Urlaub, weswegen die diese Rechte auch selten einfordern. (vgl. Rangsitpol 2014: 113; Seltzer 2013: 288)

Im Gegensatz zur traditionellen Sklaverei, wie man sie beispielsweise von der Versklavung von SchwarzafrikanerInnen in Nordamerika im 17. oder 18. Jahrhundert kennt, wo ein Sklave teilweise eine große Investition für den Sklavenhalter oder die Sklavenhalterin bedeutete, und

somit auch einen großen „Wert“ hatte, ist ein Mensch in den modernen Formen der Sklaverei, Sexarbeit in Thailand ist häufig ein Beispiel für eine dieser Formen, wesentlich weniger „wert“. Weil Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden, für den Bordellbesitzer oder die Bordellbesitzerin billig sind und ein Überschuss an solchen Frauen herrscht, gibt es für die Betreiber solcher Bordelle nur wenige Gründe, sorgsam mit den Frauen/Mädchen, die dort ausgebeutet werden, umzugehen. Dies zeigt sich daran, dass es für BordellbetreiberInnen am kosteneffektivsten ist, sich nach 2 bis 5 Jahren einer Sexarbeiterin zu entledigen und diese durch eine neue, häufig jüngere, zu ersetzen. (vgl. Seiler 2014: 35 f.; Bales 1999: 54 f.)

Erschreckend deutlich wird der geringe Wert von Menschen, die sich in Bereichen von moderner Sklaverei und Ausbeutung befinden, wenn man Tabelle 7 betrachtet, in der die niedrigen Preise für sexuelle Dienstleistungen in Bangkok ersichtlich sind. Diese Daten wurden zudem auf der Khao San Road, einer der wohl bekanntesten und touristischsten Straßen in Thailands Hauptstadt erhoben. Es ist davon auszugehen, dass in weniger urbanen Gebieten Sexarbeit noch wesentlich schlechter bezahlt ist.

Tabelle 7: Preise von sexuellen Dienstleistung auf der Khao San Road in THB/Euro, 2008

Dienstleistung	Preis in THB / Euro (aktueller Wechselkurs)
Erotische Massage (30 Minuten)	100-150 THB / ~ 2,5-4 Euro
Sex (1 Stunde)	200-400 THB / ~5-10 Euro
Frau/Mädchen für eine Nacht	~ 1000 THB / ~25 Euro
Frau/Mädchen für eine Woche	~ 5000 THB / ~125 Euro

Quelle: Kara 2009: 153, eigene Darstellung

In direktem Zusammenhang mit dem geringen „Wert“ von thailändischen Sexarbeiterinnen stehen die dadurch entstehenden gesundheitlichen Risiken. Irreguläre MigrantInnen, welche nicht registriert sind, haben keinen Zugang zum thailändischen Sozialsystem und sind somit weder kranken- noch unfallversichert. Auch Pensionen, Lebensversicherung, Arbeitslosengeld, Kindergeld und Geburtenhilfe im Falle einer Schwangerschaft sind für diese Menschen nicht zugänglich. Seit August 2013 ist der Zugang zum Gesundheitswesen jedoch nicht mehr an den legalen Status einer Person gebunden und auch nicht offiziell registrierte MigrantInnen können dessen Dienste in Anspruch nehmen. Trotzdem nützen die meisten irreguläre Migranten und Migrantinnen, wegen den damit verbundenen hohen finanziellen Belastungen oder aus Angst

vor Verhaftung oder Deportation, diese Möglichkeit nicht. Auch wenn registrierte irreguläre Migranten und Migrantinnen grundsätzlich das gesetzliche Recht auf Zugang zum thailändischen Sozialsystem hätten, sind nur 2 Prozent tatsächlich in dieses System eingebunden. Hauptgrund dafür ist, dass dieses System beitragsbezogen ist. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer müssen 5 Prozent des Lohns in das System einzahlen, damit der Staat parallel dazu ebenfalls eine gewisse Summe beiträgt und die betreffende Person Zugang zum Sozialsystem hat. Der Großteil der Arbeitgeber ist allerdings nicht bereit, diesen Beitrag zu leisten, was, durch Unkenntnis der persönlichen Rechte seitens der MigrantInnen, oft unbemerkt bleibt und gar nicht erst eingefordert wird. (vgl. Pearson und Kusakabe 2012: 160 ff.; vgl. Chamchan 2014: 103)

Fehlende gesundheitliche Vorsorge und fehlender Zugang zum Gesundheitssystem ist, besonders für in der thailändischen Sexindustrie arbeitende Migrantinnen, problematisch. Die Basis des Problems bildet die mangelnde Aufklärung über sexuell Übertragbare Krankheiten, sowie der falsche Umgang mit oder der gänzliche Verzicht auf Verhütungsmittel. So haben laut einer jüngsten Studie nur rund 25 Prozent der in Thailand lebenden Migranten und Migrantinnen, umfassende Kenntnis über HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten sowie deren Verbreitung, Ansteckungsmöglichkeiten und Gefahren. Weiter geben nur 48 Prozent der Menschen mit wechselnden Sexualpartnern an, immer ein Kondom zu verwenden. So sind im Speziellen Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden, nicht nur allein aufgrund ihrer Tätigkeiten einem wesentlich höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt, sondern dieses wird durch mangelnde Aufklärung, falschen Umgang mit Verhütungsmitteln und fehlendem Zugang zum Gesundheitssystem weiter erhöht. (vgl. Chamchan 2014: 101)

Auch Schwangerschaftsabbrüche stellen für Migrantinnen eine große Gefahr dar. Laut einem Bericht aus dem Jahr 2005 sind von den 14 schwangeren Frauen, die alle Migrantinnen waren und zwischen 2001 und 2002 in dem Krankenhaus der Tak Provinz verstorben sind, 4 wegen Komplikationen eines versuchten Schwangerschaftsabbruchs gestorben. Weiter wird berichtet, dass von 5000 Frauen, die sich jährlich in der „Mae Tao Clinic“ einer vorgeburtlichen Untersuchung unterziehen, später rund 1000 wegen unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen nachbehandelt werden müssen. (vgl. Pearson und Kusakabe 2012: 164)

Die Zwangsprostitution und Sexarbeit von irregulären Migrantinnen kann in sehr vielen Fällen nicht isoliert von Formen der modernen Sklaverei wie Menschenhandel oder Schuldknechtschaft betrachtet werden. Der in Kapitel 2.1 bereits ausführliche diskutierte

Menschenhandel bzw. Schmuggel ist häufig der Ausgangspunkt für Zwangsarbeit in Bereichen wie der Fabrik-, Haus- oder Sexarbeit, da die betroffenen Menschen meist über Schlepper und Händler sowie diverse Zwischenhändler, sogenannte „broker“, direkt an ausbeutenden ArbeitgeberInnen verkauft werden. Für diese Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen müssen die irregulären Migranten, darunter häufig Minderjährige, dann nicht nur Zwangsarbeit leisten, sondern sie können dieser Situation auch nicht entfliehen solange ihre „Schuld“ nicht beglichen wurde. Sie befinden sich somit in Schuldknechtschaft.

Kara (2009: 59) berichtet von einem 15 Jahre altem Mädchen, welches laut eigenen Aussagen von ihrer Familie für 8000 THB (aktuell etwa 200 Euro) an einen Menschenhändler verkauft wurde, der sie auf irregulären Wegen nach Bangkok bringen sollte, wo sie als Prostituiert in einem Bordell arbeiten sollte, um so ihre Familie in Burma finanziell unterstützen zu können. Über mehrere Zwischenhändler, bei denen sich die ursprüngliche bezahlte Summe immer erhöhte, wurde das Mädchen schließlich in Bangkok von einer Bordellbetreiberin für 35000 THB (aktuell 886 Euro) gekauft. Diese Summe war das Mädchen der Betreiberin nun schuldig und sie musste sich so lange Zwangsprostituieren, bis diese Schuld getilgt war. Obwohl sie gegen ihren Willen in dem Bordell festgehalten wurde, wurden ihr von ihrem Lohn Miete und Verpflegungsgeld abgezogen und auch Kondom und Hygieneartikel musste das Mädchen selbst bezahlen. Weiter wurde auch die monatliche Summe für ihre Eltern abgezogen, was bedeutete, dass dieses 15 jährige Mädchen monatlich mit mindestens 50 Männer schlafen musste, um etwas von ihren Schulden zurückbezahlen zu können.

Solche Erzählungen von Frauen und Mädchen sind keine Einzelfälle. Bales (1999: 41 f.) interviewte ebenfalls dutzende Betroffene und berichtet von einem Mädchen, das ebenfalls von ihren Eltern an Menschenhändler verkauft wurde. Ihre Schuld steigerte sich entlang des Weges bis zum Bordell auf 200000 THB (1999 etwa 5000 Euro, heute umgerechnet ca. 6300 Euro). Ihr Lohn war so niedrig und ihre Abzüge so hoch, dass diese Mädchen im Monat 300-mal sexuellen Verkehr haben musste, um überhaupt ihre „Miete“ bezahlen zu können. Situationen wie diese bedeuten für die Betroffenen oft ein jahre-, wenn nicht sogar lebenslanges Dasein in Zwangsprostitution und Schuldknechtschaft.

3.3.3 Irreguläre Migration und Kinder

Berichte wie jene der in Schuldknechtschaft lebenden und Zwangsarbeit leistenden Kinder zeigen, dass die Probleme und Gefahren mit denen irreguläre Migranten und Migrantinnen konfrontiert sind, auch vor Minderjährigen keinen Halt machen.

Sowohl die ILO als auch die von der UN verabschiedete „Convention on the Rights of a Child“ (CRC), welche allgemein anerkannt werden, definieren ein Kind als jede Person unter 18 Jahren. Weiter verbieten sie jegliche Form von Arbeit für Personen unter 12 Jahren. Für alle „ökonomisch aktiven“ Kinder darüber, teilen sie Arbeit in 2 Kategorien, leichte Arbeit und gefährliche Arbeit ein, wobei schwere Arbeit generell sowie Formen wie Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Kindersoldaten, Sexarbeit oder Pornographie, die eine Unterkategorie von gefährlicher Arbeit darstellen, verboten sind. Schwere Arbeit unterscheidet sich von Leichter durch die „Übermäßigkeit“ und „Intensität“ der Arbeit, welche die Gesundheit, Sicherheit und Entwicklung eines Kindes gefährden könnten. Die ILO und CRC erlauben in ihren Konventionen über dies hinaus, dass Kinder zwischen 12 und 14 Jahren 14 Stunden leichte Arbeit in der Woche verrichten dürfen. Kinder ab 15 Jahren dürfen eine unbestimmte Anzahl an leichten Arbeitsstunden pro Woche verrichten. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass in der burmesischen Kultur das Alter nicht vom Zeitpunkt der Geburt, sondern vom Zeitpunkt der Empfängnis an gemessen wird. (vgl. Taylor 2005: 412; ILO 2006: ix)

In Thailand endet die Schulpflicht nach der neunten Klasse, welche die meisten Kinder zwischen 15 und 16 abschließen. Weiter liegt das minimale Heiratsalter bei 17 Jahren, wobei Personen unter 20 Jahren eine Erlaubnis der Eltern vorweisen müssen. Thailands „Labour Protection Act“ aus dem Jahr 1998 erlaubt es, ähnlich wie die ILO oder die UN, Kindern ab 15 Jahren unter besonderen Voraussetzungen zu arbeiten. Beispiele für solche Voraussetzungen wären etwa das Verbot schwere oder gefährliche Maschinen zu bedienen oder zwischen 22 Uhr Nachts und 6 Uhr morgens zu arbeiten. (vgl. UNICEF 2014: 47 f.)

Betrachtet man irreguläre Migration in Bezug auf Kinder genauer, müssen zwei Kategorien unterschieden werden. Kategorie 1 (Kinder von ImmigrantInnen) umfasst Kinder, die von anderen Ländern gemeinsam mit ihrer Familie nach Thailand immigrieren oder in Thailand als Kinder von ImmigrantInnen geboren wurden. Kategorie 2 (Kinder die ohne Eltern immigrieren) umfasst Kinder die ohne ihre Eltern aus anderen Ländern nach Thailand immigrieren. Tabelle

8 unterscheidet diese beiden Kategorien in Bezug auf Anzahl dieser Kinder in Thailand, sowie den Gefahren in Sachen Gesundheit oder Bildung, denen diese Kinder ausgesetzt sind.

Tabelle 8: Unterscheidung von Kindern die in Thailand von irregulärer Migration betroffen sind hinsichtlich Anzahl, Bildung, Gesundheit und anderen Gefahren/Probleme

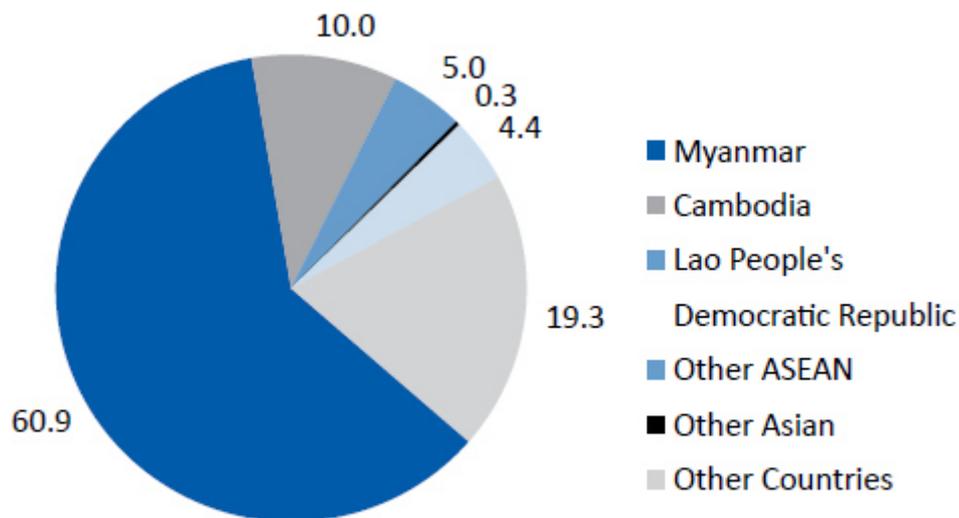
Kategorie	Verfügbarkeit von Daten in Bezug auf die Anzahl solcher Kinder	Gefahren/Probleme mit denen solche Kinder konfrontiert sind		
		Bildung	Gesundheit	Andere Gefahren/Probleme
<u>Kategorie 1:</u> Kinder von ImmigrantInnen.	Neben den grundsätzlichen Problemen bei der Erhebung von Daten in Bezug auf die Anzahl von nicht registrierten/irregulären Migranten und Migrantinnen, scheinen arbeitende Kinder in den Statistiken nicht auf und werden seltener registriert als erwachsene Erwerbstätige.	Obwohl diese Kinder zwar das Recht haben, thailändische Schulen zu besuchen, tun sie dies häufig aufgrund ihres irregulären Status nicht, da Eltern Angst haben, ihre Kinder würden schlecht behandelt oder diskriminiert werden. Viele Eltern erachten Bildung auch nicht als wichtig, da sie ohnehin planen, nicht langfristig in Thailand zu leben.	Wegen ihres illegalen Status, Angst der Eltern oder geringer finanzieller Möglichkeiten haben diese Kinder oft keinen Zugang zum thailändischen Gesundheitssystem. Die Lebensumstände von irregulären MigrantInnen sind häufig schlecht und Kinder sind besonders anfällig auf Atemwegsinfektionen und andere ansteckende Krankheiten.	Wenn diese Kinder die Schule nicht besuchen und beide Elternteile erwerbstätig sind, geraten sie häufig in Isolation. Sie sind somit vom Sozialleben in Thailand abgeschottet.
<u>Kategorie 2:</u> Kinder die ohne Eltern immigrieren.	Neben den bereits in Kategorie 1 allgemein gültigen Problemen, sind allein reisende Kinder besonders verwundbar, da die Wahrscheinlichkeit in Thailand versteckt und nicht	Kinder dieser Kategorie besuchen äußerst selten eine Schule und haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Schule in ihrem Ursprungsland	Neben den für Kinder der Kategorie 1 erwähnten Gefahren haben Kinder die ohne ihre Eltern immigrieren, besonders selten Zugang zum	Kinder dieser Kategorie sind besonders verwundbar in Bezug auf Menschenhandel, Zwangsarbeit, Ausbeutung, gefährlicher Arbeit in „3D-

	registriert zu werden, noch höher ist als bei Kindern, die mit ihren Eltern immigrieren. Dies gilt besonders für Kinder unter 15, da diese nicht legal in Thailand arbeiten dürften.	sehr früh verlassen.	Gesundheitssystem in Thailand.	jobs“, Obdachlosigkeit und Unterbezahlung.
--	--	----------------------	--------------------------------	--

Quelle: UNICEF 2014: 46 f., eigene Darstellung.

Studien aus dem Jahr 2011 zu Folge befindend sich über eine halbe Million MigrantInnen zwischen 15 und 18 Jahren in Thailand. Diese Schätzungen inkludieren jedoch nur jene Personen, die eine Arbeitserlaubnis besitzen, vernachlässigen jedoch Kinder unter 15 Jahren und jene deren Status illegal ist, was zur Annahme drängt, dass die tatsächliche Anzahl weitaus höher ist. So schätzt das thailändische Arbeitsministerium die Zahl der irregulären Kinder-ArbeitsmigrantInnen in Thailand auf 1,2 bis 2 Millionen. Andere Erhebungen gehen davon aus, dass sich 25000 bis 36000 Kinder unter 15 Jahren allein in Bangkok befinden. Wie Abbildung 15 zeigt, kommt der überwiegende Teil, nämlich über 60 Prozent, dieser Kinder aus Myanmar. 10 Prozent kommen aus Kambodscha, 5 Prozent aus Laos und 19,3 Prozent aus anderen, nicht asiatischen Ländern. (vgl. UNICEF 2014: 49 ff.; vgl. Gois 2015: 8)

Abbildung 15: Anteile von nach Thailand immigrierten Kindern nach Ursprungsland



Source: Ministry of Education.

Quelle: UNICEF 2014: 51

Kinder die der ersten Kategorie zuzuordnen sind, da sie in Thailand als Kinder von beispielsweise aus Myanmar geflüchteten MigrantInnen geboren wurden, hätten grundsätzlich im Sinne der CRC das Recht auf Staatsbürgerschaft und regulären Status in Thailand, was ihnen in der Realität aber häufig verwehrt wird. Besonders deutlich sichtbar ist dies in den bereits erwähnten Flüchtlingscamps entlang der thailändisch-burmesischen Grenze. Die dort geborenen Kinder bekommen weder die burmesische Staatsbürgerschaft, da ihre Eltern illegal das Land verlassen haben und werden auch in Thailand nicht aufgenommen, da die Eltern illegal in das Land immigriert sind. So wächst in diesen camps eine ganze Generation von staatenlosen Kindern auf, die weder Zugang zu Bildungs- oder Sozialsystem haben, noch frei bewegen können und sich so völlig in der Schwebelage befinden. (vgl. Seltzer 2013: 287)

Obwohl sich die Situation in jüngster Vergangenheit verbessert hat und nicht zuletzt der Wahlsieg der Opposition in Myanmar hoffen lässt, dass der militärische Konflikt vollends beendet wird, hatte dieser Jahrzehnte lang Einfluss auf die Situation von minderjährigen Migranten in der Grenzregion von Thailand und Burma. Nicht selten wurden Kinder, die ohnehin kaum Perspektiven hatten, direkt aus den Flüchtlingscamps für den Einsatz im bewaffneten Konflikt rekrutiert. Während die meisten männlichen Minderjährigen direkt in Kampfhandlungen zum Einsatz kamen, wurden weibliche meist zur Zwangsarbeit hinsichtlich der Versorgung der Truppen gezwungen oder als Sexsklaven gehalten. Anfang 2000 waren in

Myanmar, mit geschätzten 70000 Personen unter 18 Jahren, mehr Kindersoldaten in den Konflikt involviert, als irgendwo sonst auf der Welt. Häufig waren diesen Minderjährigen körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt und wurden unter Drogen gesetzt, um eine Flucht zu verhindern. (vgl. van de Glind 2008: 159; vgl. Seltzer 2013: 288)

Einer Studie der ILO (2006: ix f.) zufolge, in der 313 minderjährige MigrantInnen aus Myanmar befragt wurden, gaben 70,9 Prozent bzw. 65,5 Prozent an, dass sich die Mutter bzw. der Vater noch in Burma befinden. Dies bedeutet, dass der überwiegende Teil der Befragten in die zweite Kategorie der ohne Eltern immigrierenden Personen einzuordnen ist und somit zusätzliche Vulnerabilität aufweist. Beinahe 80 Prozent waren im Textilsektor beschäftigt und mussten teilweise schwere, potentiell gefährliche Maschinen bedienen. Erstaunlich ist, dass in dieser Studie über 70 Prozent der Befragten angaben, registriert zu sein, was im Gegensatz zu anderen, oben erwähnten Erhebungen steht. Jedoch gaben weiter 56,7 Prozent dieser registrierten Personen an, dass ihre Dokumente von den ArbeitgeberInnen einbehalten werden und sie nur über Kopien verfügen, was, wie oben erwähnt, ihre Bewegungsfreiheit immens einschränkt und sie zu leichten Opfern von korrupten Autoritäten macht. Die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen werden ebenfalls durch die extrem langen Arbeitszeiten der befragten Minderjährigen unterstrichen. So mussten 82,7 Prozent, 11-12 Stunden pro Tag (oft auch nachts) und 7 Tage die Woche arbeiten. Obwohl der „Labour Protection Act“ einen freien Tag alle 7 Tage vorschreibt, berichteten fast 50 Prozent der Befragten, dass ihnen nicht ein freier Tag pro Monat gewährt wurde. Auch die Bezahlung dieser minderjährigen Arbeitskräfte lag das 3-5 fache unter jenem Betrag, der gesetzlich vorgeschrieben wäre.

Besonders der oft fehlende Zugang zum Bildungssystem lässt vermuten, dass sich die Situation von irregulär immigrierten Kindern oder jenen die in Thailand als Kinder irregulärer MigrantInnen geboren wurden, auch in deren Zukunft wenig verbessern wird. Obwohl thailändische Gesetze eine verpflichtende, gebührenfreie Schulbildung für alle Kinder zwischen 7 und 15, unabhängig von deren Nationalität und Status vorschreiben, schließen nur wenige Kinder mit irregulärem Status diese Pflichtschulausbildung ab. Ohne Bildung weisen diese Personen auch im späteren Leben eine wesentlich höhere Anfälligkeit für Ausbeutung und Misshandlungen diverser Art auf. (vgl. Zeus 2010: 257 ff; vgl. Austin 2012: 411 f.)

4. Empfehlungen im Umgang mit irregulärer Migration und deren Umsetzung

Nachdem im vorherigen Kapitel dieser Arbeit sowohl allgemeine, als auch spezifische Probleme im Zusammenhang mit irregulärer Migration erläutert und diskutiert wurden, soll im folgenden Teil der Fokus auf Lösungsansätze und Empfehlungen und deren Umsetzung liegen.

Irreguläre Migration, im Speziellen irreguläre Arbeitsmigration, befindet sich in einem komplexen Spannungsfeld aus ökonomischen, politischen und sozialen Interessen und wird von einer Vielzahl von Institutionen beeinflusst. Pläne zur verstärkten Regulierung und zur Beseitigung der vorhandenen Missstände sind von diesen Institutionen meist in Form von internationalen oder nationalen Abkommen, Richtlinien und Empfehlung abgefasst. Im Folgenden sollen diese dargebracht, teilweise gegenübergestellt und auf ihre Umsetzung bzw. Wirksamkeit hin analysiert werden. Zuerst werden sowohl globale allgemeine Richtlinien und Empfehlung wie etwa von Seiten der UN, ILO, WHO, UNHCR etc., als auch internationale wie jene der ASEAN Region zum Thema irreguläre Migration diskutiert. Im Anschluss werden weiter, spezielle nationale Lösungsansätze für Thailand und dessen umliegende Länder, in Bezug auf bereits oben erwähnte Faktoren wie Menschenhandel, Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft analysiert. Auch Maßnahmen Frauen und Kinder betreffend, welche von den mit irregulärer Migration verbunden Menschenrechtsverletzungen besonders häufig betroffen sind, sollen im speziellen behandelt werden.

4.1 Allgemeine Richtlinien, Abkommen und Empfehlung zu (irregulärer) Migration in Thailand

Auch wenn manche, gerade in Bezug auf irreguläre Migration wichtige Menschenrechtskonventionen, wie die bereits erwähnt Genfer Flüchtlingskonvention, von Thailand bis heute nicht vollständig ratifiziert wurde, so hat es doch den Großteil der wichtigsten grundsätzlichen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet.

4.1.1 UN Richtlinien

Seitens der UN sind hier unter anderem die International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), die International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR) und die International Convention on the Elimination of all Form of Racial Discrimination (ICERD), sowie die Convention against Torture and Degrading Treatment or Punishment zu nennen. (vgl. HRW 2010: 25)

Laut ICCPR verpflichtet sich ein Staat dazu, alle Menschenrechte von jeder Person innerhalb seines Territoriums zu wahren und zu schützen. Im Artikel 26 der Vereinbarung heißt es weiter:

„All persons are equal before the law and are entitled without any discrimination to the equal protection of the law. In this respect, the law shall prohibit any discrimination and guarantee to all persons equal and effective protection against discrimination on any ground such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status.“ (UN 1966: 13f.)

Im Zuge der ICESCR haben ebenfalls alle, sich im Territorium eines Staates befindlichen Personen, die gleichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte und der betreffende Staat hat die Pflicht, diese zu gewährleisten. Diese Rechte werden im General Comment No. 20 zu dieser Vereinbarung weiter ausgeführt:

“The ground of nationality should not bar access to Covenant rights. [...] The Covenant rights apply to everyone including non-nationals, such as refugees, asylum-seekers, stateless persons, migrant workers and victims of international trafficking, regardless of legal status and documentation. (UN 2009: 9)

Die Definition von Diskriminierung in der ICERD ist teilweise widersprüchlich, da es innerhalb dieser möglich ist, zwischen StaatsbürgerInnen und Nicht-StaatsbürgerInnen zu unterscheiden, was per se diskriminierend ist, jedoch schreibt sie im Artikel 33 und 34 Staaten vor:

„ [...] to eliminate discrimination against non-citizens in relation to working conditions and work requirements, including employment rules and practices with discriminatory purposes or effects [und] Take effective measures to prevent and redress the serious problems commonly faced by non-citizen workers, in particular by non-citizen domestic workers, including debt bondage, passport retention, illegal confinement, rape and physical assault” (UN 2005: 6)

Betrachtet man diese Basiskonventionen von Menschenrechten, so lässt sich sagen, dass Thailand diese zwar unterzeichnet hat, diese jedoch nicht in vollem Umfang gewährleistet. Die in den vorherigen Kapiteln dargestellten Probleme, die in Thailand in Bezug auf irreguläre Migration existieren zeigen, dass, anders als laut ICCPR vorgesehen, nicht alle Personen vor dem Gesetz gleich sind und in der Realität irreguläre Migranten und Migrantinnen nicht vor Diskriminierung geschützt sind und dies obwohl das besagte Abkommen den Status einer Person explizit als Grund einer ungleichen Behandlung ausschließt. Auch die Richtlinien der ICESCR werden von Thailand verletzt, da es beispielsweise so etwas wie Flüchtling per gesetzlicher Definition nicht gibt, wie oben erwähnt, der Menschenhandel ein massives Problem ist und der legale Status und das persönliche Verfügen über offizielle Dokumente irreguläre MigrantInnen sehr wohl diskriminiert und in ihren Menschenrechten verletzt. Zwar muss gesagt werden, dass Thailand durchaus Maßnahmen tätigt, um die von der ICERD erwähnten Missstände wie das Zurückhalten der Reisedokumente, illegale Verhaftungen und physische Gewalt, von denen sich irregulär in Thailand aufhaltende Personen besonders häufig betroffen sind, zu unterbinden, jedoch zeigen die Ausführungen in Kapitel 3, dass dies nur sehr bedingt gelingt.

4.1.2 ILO Konventionen und AFML Empfehlungen sowie deren Umsetzung

Thailand ist ebenfalls Teil der ASEAN Gemeinschaft welche 1997 gegründet wurde und bis 2020 vollständig etabliert sein soll. Diese Gemeinschaft ruht im Wesentlichen auf 3 zentralen Säulen (Pillars), nämlich die der ökonomischen Gemeinschaft, der Sozio-Kulturellen Gemeinschaft und der Säule der politischen Sicherheit innerhalb der Gemeinschaft. Wie

Tabelle 9 zeigt, sind für den Bereich der irregulären Migration vor allem die Aktivitäten und Ziele der letzten beiden Säulen von zentraler Bedeutung.

Tabelle 9: Sozio-Kulturelle- und Politische Sicherheit Säule der ASEAN und deren zentrale Ziele

Pillar	Action
Socio-Cultural Community:	<ul style="list-style-type: none"> • Invest in human resource development • Promote decent work • Strengthen entrepreneurship skills for woman, youth, elderly and persons with disabilities • Protect and promote of the rights of migrant workers • Foster social safety nets and protect workers from the negative impacts of integration and globalization (including strengthening ASEAN cooperation in protecting female migrant workers)
Political- Security Community:	<ul style="list-style-type: none"> • Strengthen criminal justice response to trafficking in persons • Protect victims of trafficking

Quelle: Natali et. al 2014b: 180, eigene Bearbeitung

Im Jahr 2007 wurde von den ASEAN Mitgliedsstaaten die „ASEAN Declaration on the Protection and Promotion of the Rights of Migrant Workers“, auch bekannt als die „Cebu-Declaration“, verabschiedet und brachte als Resultat das „ASEAN Forum on Migrant Labour“ (AFML) hervor, welches sich seither einmal jährlich einfindet, um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Bereich des Schutzes und der Förderung von MigrantInnen innerhalb der Region sicher zu stellen.

Eine weitere zentrale Institution, die neben der UN wichtige globale Richtlinien und Konventionen in Bezug auf Menschen- und Arbeitsrechte formuliert, ist die ILO. Die Tabelle 9 zeigt die wichtigsten ILO Übereinkommen und ob bzw. wann Thailand und die Nachbarstaaten Laos, Kambodscha und Myanmar diese unterzeichnet haben.

Tabelle 10: Von Thailand, Laos, Kambodscha und Myanmar unterzeichnete ILO-Konventionen, Stand 2015

Übereinkommen / Wirksamkeitsbereich		Thailand	Laos	Kambodscha	Myanmar
ILO C. 87	Versammlungsfreiheit	X	X	1999	1955
ILO C. 98	Verhandlungsfreiheit	X	X	1999	X
ILO C. 29	Zwangsarbeit	1969	1964	1969	1955
ILO PO. 29	Zwangsarbeit Zusatzprotokoll	X	X	X	X
ILO C. 105	Zwangsarbeit	1969	X	1999	X
ILO C. 138	Mindestarbeitsalter	2004	2005	1999	X
ILO C. 182	Kinderarbeit	2001	2005	2006	X
ILO C. 100	Lohngleichberechtigung	1999	2008	1999	X
ILO C. 111	Diskriminierung (Arbeit und Unterkunft)	X	2008	1999	X
ILO C. 19	Gleichberechtigung (Arbeitsunfall)	1968	X	X	X
ILO C. 118	Gleichberechtigung (soziale Sicherheit)	X	X	X	X
ILO C. 183	Mutterschutz	X	X	X	X
ILO C. 95	Lohnschutz	X	X	X	X
ILO C. 97	Wanderarbeiter	X	X	X	X
ILO C. 181	Private Arbeitsagenturen	X	X	X	X
ILO C. 189	Hausangestellte	X	X	X	X
ILO C. 143	Wanderarbeiter (Zusatzbestimmungen)	X	X	X	X
ILO C. 81	Arbeitsaufsicht	X	X	X	X

Quelle: Gois 2015:5; ILO 2015f: 52 eigene Darstellung

Zwar wird aus Tabelle 10 ersichtlich, dass Thailand und die betreffenden Nachbarstaaten viele der zentralen ILO Konventionen nicht ratifiziert haben, was von der überwiegenden Mehrheit der internationalen Institutionen und NGOs als Basis der Problematiken der irregulären

Migration gesehen wird, jedoch zeigen jüngst veröffentlichte policy paper der ILO, dass viele der vom AFML getätigten Versuche, Probleme im Zusammenhang mit Migration zu beseitigen, Wirkung zeigen. Der Prozess der Implementierung von AFML Maßnahmen wurde dabei in 6 verschiedene Cluster eingeteilt:

1. Teilen und Veröffentlichen von Information, Informationskampagnen zu den Kosten der Migration sowie Informationen zu Arbeitsbedingungen für AusgangsländerInnen, Schaffung eines positiven Images von MigrantInnen:

Grundsätzlich kam es im Bereich des Informationsaustausches und der Veröffentlichung in allen ASEAN Mitgliedsstaaten zu Verbesserungen. Weiter wurden in Zusammenarbeit von Regierung, Internationalen Organisation etc. in Laos, Kambodscha und Myanmar Kampagnen gestartet, die Menschen informieren sollen, bevor diese migrieren. Die IOM stellte über 56000 Broschüren, „Your Second Passport“ genannt, zum Thema sichere Migration für die Verteilung an der thailändisch-burmesischen Grenze sowie innerhalb Thailands zu Verfügung. In Laos Kambodscha und Myanmar wurden sogenannte „Migrant Resource Centres“ (MRCs) errichtet, die bei etwaigen Problemen als Anlaufstellen für MigrantInnen dienen. 2014 öffnete Thailand 3 weitere der bereits erwähnten OSSCs. Thailand startete 2012 des Weiteren Kampagnen zur Integrationsförderung, wie etwa die „Saphan Siang“ Kampagne, welche Gleichberechtigung fördern sollen und von Organisationen wie der ILO, IOM, etc. unterstützt wurden. (vgl. ILO 2015f: 5ff.)

2. Sammeln, teilen und analysieren von Migranten und Migrantinnen betreffender Daten von Seiten der Ausgangs- sowie Zielländer:

Die Daten bezüglich Migranten und Migrantinnen die nach Thailand immigrieren, wurden von diversen Institutionen wie dem Arbeitsministerium aufbereitet und Attribute wie Geschlecht, Nationalität und Beschäftigung wurden zugeordnet. Daten emigrierender thailändischer Staatsbürger wurden ebenfalls analysiert und Variablen wie Geschlecht, Zielland, Beschäftigung, Form der Rekrutierung etc. wurden zugeordnet. Weiter wurde ein Aktionsplan zur Registrierung von auf Fischerbooten arbeitenden MigrantInnen entworfen. (vgl. ILO 2015f: 18)

3. Effektive Rückführungs- und Integrationsstrategien sowie nachhaltige Alternativen für MigrantInnen

Obwohl bereits beim vierten AFML Treffen im Jahr 2011 diverse Strategien und Empfehlungen entwickelt wurden, um eine Rückführung und die Integration effektiv zu gestalten, wurden bis heute in diesem Punkt nur sehr wenige Fortschritte gemacht. Beispiele für solche Strategien wären für Ausgangsländer etwa das Installieren von Monitoring Systemen um die Reintegration von MigrantInnen zu sichern. Für Zielländer wären diese etwa die Bereitstellung von verschiedensten Schulungsprogrammen für RückkehrerInnen. (vgl. ILO 2014: 17f.) Thailand hat beispielsweise einen Krisenfond eingerichtet, der in Notfallsituationen die Rückführung von Migranten finanzieren sollte, jedoch gestaltet sich dieser Punkt zum einen wegen der notwendigen intensiven Zusammenarbeit der einzelnen Staaten und zum anderen wegen fehlender Richtlinien zum Thema effektive Rückführung und Integration immer noch schwierig. (vgl. ILO 2015f: 19 f.)

4. Etablierung von Beschwerdemechanismen in Ausgangs- wie auch Zielländern

Thailand verfügt über einen rechtlichen Rahmen welcher, zumindest theoretisch, Migranten und Migrantinnen, unabhängig ihres Status, das Recht auf Zugang zu Beschwerde/Klage Mechanismen einräumt. Wie bereits in Kapitel 3.2.2 besprochen, werden diese in der Realität, speziell von Menschen mit irregulärem Status, kaum genutzt. Beschwerden und Berichte von Missständen werden in Thailand zu einem Großteil über Telefon-Hotlines aufgenommen, welche Services in Englisch, Myanmar und Khmer anbieten. Unterstützt werden diese Hotlines von den MRCs, wo MigrantInnen ebenfalls Missstände melden können. Überdies veranlasste das Arbeitsministerium gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeitsschutz und soziale Sicherheit eine Studie, welche in 7 Provinzen Thailands Beschwerdemechanismen überprüfen sollte. Ergebnisse dieser Studie waren unter anderem die Notwendigkeit eines klaren und fairen Systems für MigrantInnen ihren Arbeitgeber zu wechseln, die generelle Notwendigkeit der Aufklärung von Migranten und Migrantinnen über die diversen Möglichkeiten die gegeben sind, Beschwerden einzureichen oder die weitere Verbesserung der Multilingualität dieser Services. Um Missständen entgegen zu wirken, setzt die thailändische Regierung in jüngster Zeit auch verstärkt auf Kontrollen von Arbeitsplätzen durch spezielle Inspektoren. (vgl. ILO 2015f: 28)

5. Förderung von Kooperation, Zusammenarbeit und Informationsaustausch sowie die produktive Mitarbeit aller Beteiligten in Ausgangs- sowie Zielländern.

Unter Mitarbeit aller Beteiligten wird in diesem Fall die trichotomische Zusammenarbeit von Privatsektor, Zivilgesellschaft und staatlichen Einrichtungen, sowohl im Ausgangs- als auch im Zielland verstanden. Wichtige bilaterale Abkommen stellen die bereits erwähnten MOUs dar. In Kambodscha, Ausgangsland für in Thailand lebende irreguläre Migranten und Migrantinnen, wurde in diesem Sinne ein Plattform, unter Kooperation von Internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft, eingerichtet, um den Austausch von Informationen über Migrationsprozesse und Menschenhandel bzw. Menschenschlepperei zu erleichtern. Weiter initiierten thailändische Gewerkschaften 2013 mehrere Kooperationen mit Gewerkschaften aus Kambodscha und Laos, um einen Aktionsplan zum Schutz von MigrantInnen zu entwerfen und Workshops zu diesem Thema zu organisieren. Auf der „Labour Inspectors Conference“ 2014 wurden Kambodscha und Thailand bzw. Laos und Myanmar als Beispiele für gute Schulungsmöglichkeiten im Bereich Migration bzw. für gute Problemlösungsansätze im Bereich Sicherheit und Gesundheit von Migranten gewürdigt. (vgl. ILO 2015f: 30 ff.; 46)

6. Regulierung der Rekrutierungsmechanismen bezüglich ausländischen MigrantInnen

Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, kommt es im Zuge von Rekrutierungsprozessen von Migranten und Migrantinnen, welche hauptsächlich von privat geführten Agenturen durchgeführt werden, immer wieder zu Misshandlungen, Ausbeutung oder Vertragsbrüchen. Diese Missstände sind mittlerweile sehr gut dokumentiert und bestätigt und stehen daher im besonderen Fokus der UN. Unter anderem haben Thailand, Laos Kambodscha und Myanmar Gesetze verabschiedet, die den Rekrutierungsprozess zunehmend regulieren sollen. Das eingeführte Mindestalter von 18 Jahren für MigrantInnen im Heimarbeitssektor, von denen die meisten Frauen sind, und deswegen besonders verwundbar, welches von Kambodscha erlassen wurde, wäre ein Beispiel für ein solches Gesetz. Größtes Augenmerk liegt im Zuge der Reformen bei allen Staaten auf der Kostenreduzierung von Migrationsprozessen. Verstärkte Kontrollen der Rekrutierungsagenturen, sowie paralleles Training und Schulung dieser sollen die größtenteils illegalen Finanzaufwände für irreguläre Migranten und Migrantinnen eindämmen. Thailands Arbeitsministerium (DOE) entwickelte dazu einen „Code for labour

recruitment agencies“ und stellte besondere Teams zusammen, die auf regionaler und lokaler Ebene informieren, beim Aufspüren und der Verfolgung von illegal operierenden Agenturen oder Menschenhändler unterstützen und so Migration sicherer machen sollen. (vgl. ILO 2015f: 34 ff.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Sammeln von Daten und Informationen sowie deren Weitergabe an andere ASEAN Mitgliedstaaten (AMS) und deren Veröffentlichung in beinahe allem AMS teil der Agenda geworden ist. Auch wenn MRCs eine wichtige Rolle bei der Informationsbeschaffung und Verteilung spielen, ist deren Ausbau und Erhalt sehr kostenintensiv und deswegen für viele AMS eine schwer und langsam umsetzbare Maßnahme. Kritisiert wird häufig auch, dass soziale Medien, die in jüngster Zeit massiv an Popularität gewonnen haben, bei der Verbreitung und Bereitstellung von Information bis dato von kaum einem Mitgliedsstaat genutzt wurden. Auch wenn AMS ihre Daten aktualisiert bzw. überarbeitet haben, muss in Zukunft darauf geachtet werden, dass diese kontinuierlich erweitert und regelmäßig veröffentlicht werden, um so ebenfalls für mehr Transparenz zu sorgen. Wenn auch im Moment die meisten Mitgliedsstaaten versuchen, eigene Richtlinien für eine gezielte Rückführung und Reintegration zu etablieren, so wäre es von zentraler Bedeutung, dass ein Set an Minimumstandards entwickelt wird, welches für alle Mitgliedsstaaten umsetzbar ist, um diese Prozesse so in der gesamten ASEAN Region koordinieren und regulieren zu können. Obwohl im Bereich der Möglichkeit für MigrantInnen Beschwerden einzureichen und Missstände zu melden in den letzten 4 Jahren wesentliche Fortschritte erzielt wurden, ist es für die Zukunft von zentraler Bedeutung, dass diese Mechanismen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, und gegebenenfalls adaptiert werden. Bindende multilaterale Richtlinien in den Sektoren sozialer Schutz und Rechte für Migranten und Migrantinnen sind ebenfalls zu etablieren. Wie bereits oben erwähnt, wäre der erste und essentiellste Schritt, um die Situation von Migranten in vielen AMS wie zum Beispiel Thailand zu verbessern, die Ratifizierung der wichtigsten internationalen Konvention (UN, ILO etc.). (vgl. ILO 2015f: 40f.)

4.2 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen Menschenhandel in Thailand

“Money may be able to buy a lot of things, but it should never, ever be able to buy another human being”

John F. Kerry 2015

Wie bereits in Kapitel 3.1 diskutiert, ist Menschenhandel in Thailand ein leider sehr aktuelles Problem. Tausende Menschen werden jährlich über die Grenzen hinweg gehandelt, während die Regierung versucht die Missstände auszumerzen, was ihr jedoch bis dato nur bedingt gelingt. Im Folgenden sollen die existierenden Richtlinien und Empfehlungen seitens verschiedenster Institutionen, die diese Problematik betreffen, erläutert, analysiert und auf ihre Umsetzung hin überprüft werden.

4.2.1 Gesetzliche Situation

Zu den bedeutendsten internationalen Abkommen um Menschenhandel zu bekämpfen, zählt das im Jahr 2000 verfasste Palermo Protokoll. Dieses legt die wichtigsten Richtlinien für eine Nation fest, um Menschenhandel zu verhindern, abzuschaffen und gegebenenfalls strafrechtlich zu verfolgen. Im Mittelpunkt dieses Protokolls, dass bis dato 166 Nationen, unter anderem auch Thailand im Jahr 2001, unterzeichnet haben, steht das „3P-paradigm“. Die 3P in diesem Paradigma stehen für „prosecuting traffickers, protecting victims, and preventing the crime through the passage and implementation of national anti-trafficking laws.“ (vgl. US Department of State 2015: 11)

Thailands wichtigstes Reglement im Kampf gegen Menschenhandel ist der 2008 verabschiedete “Anti-Trafficking in Persons Act” (B.E. 2551), welcher Menschenhandel wie folgt definiert:

„1. The action of buying, selling, vending, bringing from or sending to, detaining or confining, harbouring, or receiving any person;

2. By means of the threat or use of force, abduction, fraud, deception, abuse of power, or of giving of payment or benefits to achieve the consent of a person;

3. For the purpose of having control over another person for exploitation.”

(UNIAP 2010: 26)

Weiter definiert dieses Regelwerk Ausbeutung (exploitation) sehr detailliert und explizit:

„seeking benefits from prostitution, producing or distributing pornographic materials, other forms of sexual exploitation, slavery, causing another person to be a beggar, forced labour or service, coerced of organs for the purpose of trade, or any other similar practice resulting in forced extortion, regardless of consent.“ (UNIAP 2010: 26)

Jede Person, die eine oder mehrere der folgenden Handlungen vollzieht, macht sich nach thailändischem Recht des Menschenhandels schuldig:

„1. Supporting the commission of an offence of trafficking in persons;

2. aiding by contributing property, producing a meeting place or lodge, for the offender of trafficking in persons;

3. assisting by any means so that the offender of trafficking in persons may not be arrested;

4. demanding, accepting or agreeing to accept a property or any other benefit in order to help the offender of trafficking in persons not to be punished;

5. including, suggesting or contacting a person to become a member of the organised criminal group, for the purpose of committing an offence of trafficking in persons.“

(UNIAP 2010: 27)

Die Tabelle 11 listet die, bis 2015 gültigen, in mit Menschenhandel in Verbindung stehenden Strafen in Thailand auf:

Tabelle 11: Gesetzlich festgelegte Strafen in Zusammenhang mit Menschenhandel in Thailand

Straftat	Gesetzlich vorgeschriebene Strafe
Menschenhandel im Allgemeinen	4-10 Jahre Haft, eine zusätzliche Geldstrafe in der Höhe von 80000-200000 THB (~2000-5000 Euro)
Menschenhandel mit Opfern über 15 Jahren und unter 18 Jahren	6-12 Jahre Haft, eine zusätzliche Geldstrafe in der Höhe von 120000-240000 THB (~3000-6000 Euro)
Menschenhandel mit Opfern unter 15 Jahren	8-15 Jahre Haft, eine zusätzliche Geldstrafe in der Höhe von 160000-300000 THB (~4000-7500 Euro)

Quelle: UNIAP 2010: 27; eigene Bearbeitung

Auf internationalen Druck hin und als Reaktion auf die Flüchtlingskrise 2015 verschärfte Thailand 2015 die Gesetze und erhöhte die Obergrenzen des Strafmaßes für Verbrechen im Bereich des Menschenhandels. So ist es seither möglich, je nach Schwere des Vergehens, bis zu lebenslange Haftstrafen und zusätzliche Geldstrafen von bis zu 400000 THB (~10000 Euro) zu verhängen. (vgl. US Department of State 2015: 332)

Trotz des gut etablierten Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Menschenhandel in Thailand ist die Problematik bis heute eklatant und im Jahr 2015 besonders aufgeflammt. Dies beweisen nicht nur die bereits in Kapitel 3.1 dargebrachten Fakten, sondern wird auch durch den „Trafficking in Persons Report 2015“ unterstrichen, welcher jährlich vom US Department of State veröffentlicht wird und eine der wichtigsten, international gebräuchlichen Informationsquellen zum Thema Menschenhandel darstellt. In diesem Bericht werden 186 untersuchten Staaten in 3 sogenannte „Tiers“, wobei sich Tier 2 wiederum in 2 Stufen, Tier 2 und Tier 2 - watchlist aufspaltet, eingeteilt, welche die Situation in Bezug auf Menschenhandel in der jeweiligen Nation widerspiegeln sollen.

Diese Tiers richten sich nach Minimalstandards, die im Jahr 2000 vom UN Department of State erlassenen „Trafficking Victims Protection Act“ (TVPA) festgelegt worden sind. Beispiele für solche Mindeststandards wären etwa die Verfolgung und adäquate Bestrafung von Personen

die sich des Menschenhandels schuldig machen oder ernsthafte Bemühungen seitens der Regierung um Menschenhandel zu bekämpfen. (vgl. US Department of State 2015: 49)

Die Tiers gliedern sich wie folgt:

Table 12: Tier-Gliederung des US Department of State in Bezug auf Menschenhandel

<p style="text-align: center;">Tier 1</p> <p>The governments of countries that fully comply with the TVPA's minimum standards for the elimination of trafficking.</p>
<p style="text-align: center;">Tier 2</p> <p>The governments of countries that do not fully comply with the TVPA's minimum standards but are making significant efforts to bring themselves into compliance with those standards.</p>
<p style="text-align: center;">Tier 2 – watchlist</p> <p>The government of countries that do not fully comply with the TVPA's minimum standards, but are making significant efforts to bring themselves into compliance with those standards, and for which:</p> <ul style="list-style-type: none">a) the <i>absolute number</i> of victims of severe forms of trafficking is very significant or is significantly increasing;b) there is a failure to provide evidence of <i>increasing efforts</i> to combat severe forms of trafficking in persons from the previous year, including increased investigations, prosecution, and convictions of trafficking crimes, increased assistance to victims, and decreasing evidence of complicity in severe forms of trafficking by government officials; orc) the determination that a country is making significant efforts to bring itself into compliance with minimum standards was based on commitments by the country to take <i>additional steps over the next year</i>.
<p style="text-align: center;">Tier 3</p> <p>The governments of countries that do not fully comply with the TVPA's minimum standards and are not making significant efforts to do so.</p>

Quelle: US Department of State 2015: 47; eigene Darstellung

Nachdem sich Thailand 4 Jahre lang auf der Tier 2 – watchlist Stufe befand, wurde es 2014 schließlich weiter abgewertet und befindet sich nun, wie auch Abbildung 16 zeigt, in der dritten und somit schlechtesten Kategorie. Dies bedeutet, dass Thailand nicht nur die gesetzten Mindeststandards zur Bekämpfung von Menschenhandel nicht erreicht, sondern dass auch die thailändische Regierung keine erwähnenswerten Schritte tätigt, diese in Zukunft zu erreichen. Thailand ist seit 2014 damit eines von nur 23 der 186 untersuchten Länder, welches dieser

dritten Kategorie zugeordnet wird. Thailands Nachbarländer Burma, Laos und Kambodscha befinden sich alle auf der Tier 2 – watchlist Stufe was bedeutet, dass auch in diesen Ländern erhebliche Missstände in Bezug auf Menschenhandel bestehen. (vgl. US Department of State 2015: 54, 331)

Die Konsequenzen für Länder auf der Tier 3 Stufe sind vor allem wirtschaftlicher Natur. So wird diesen Ländern jede Form der wirtschaftlichen, nicht-humanitären Hilfe verweigert, Austauschprogramme im Bereich Bildung oder Kultur werden nicht mehr unterstützt und auch Anträge des jeweiligen Tier 3 Staats auf finanzielle Hilfe an die Weltbank oder den Internationalen Währungsfond werden von den USA nicht unterstützt. (vgl. US Department of State 2015: 48)

Abbildung 16: Burma, Laos, Kambodscha Thailand Tier-Ranking des US Department of State



Quelle: US Department of State 2015: 56; eigene Darstellung

Die Hauptgründe, welche dazu geführt haben, dass Thailand 2014, nach 4 Jahren auf der Tier 2 – watchlist Stufe in die letzte Kategorie abgewertet wurde, sind in der Tabelle 13 zusammengefasst. Sie zeigen, dass Thailand 2014, im Vergleich zu 2013, wesentlich schlechtere statistische Zahlen bezüglich des Kampfes gegen Menschenhandel vorweisen konnte.

Tabelle 13: Hauptgründe für die Abstufung Thailands in die Tier 3 Kategorie des US Department of State

Strafverfolgung/Opferhilfe	2014	2013
Von den thailändischen Behörden untersuchte Fälle von Menschenhandel	280	674
Von der thailändischen Justiz wegen Menschenhandel angeklagte Personen	155	483
Von der thailändischen Justiz wegen Menschenhandel verurteilte Personen	151	225
Von den thailändischen Behörden untersuchte Fälle von, mit Menschenhandel in Verbindung stehender, Zwangsarbeit	58	154
Von der thailändischen Justiz wegen, mit Menschenhandel in Verbindung stehender Zwangsarbeit, angeklagte Personen	27	109
Vom thailändischen Ministry of Social Development and Human Security (MSDHS) in Notunterkünften untergebrachte Opfer von Menschenhandel	303	681

(vgl. US Department of State 2015: 332)

Im März 2015 veröffentlichte das “Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand” (MFA) einen über 100 Seiten langen „Progress Report on Anti-Human Trafficking Efforts”, in dem unter anderem die Frage beantwortet wird, warum so massive statistische Unterschiede herrschen, was die Zahlen von 2014 bzw. 2013 im Trafficking in Persons Report 2015 des US Department of State betrifft:

„The year 2013 was anomalous due to a policy instituted within law enforcement agencies that recommended that police make at least five arrests per month per police station. [...] However, these quantitative targets led to officers making arrests in a large number of cases that arguably could be considered human trafficking, but when these

cases were actually brought to court, it was observed by relevant officials that a number of these cases could not result in convictions due to insufficient evidence” (MFA 2015e: 54)

Dieses Beispiel verdeutlicht die zuvor erwähnte, teilweise blauäugige Herangehensweise und die nur kurzfristig gedachten Lösungsvorschläge und Maßnahmen der thailändischen Regierung bei der Bekämpfung von gravierende Menschenrechtsverletzung wie dem Menschenhandel.

4.2.2 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen Menschenhandel

Auch wenn irreguläre Migration, wie auch Gois (2015: 9) erwähnt, nie vollständig verhindert werden kann, so muss der Fokus trotzdem vor allem darauf liegen, damit in Verbindung stehende Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden. Er erwähnt hierzu einige generelle Maßnahmen wie die „Überprüfung von Maßnahmen, Praktiken der Migrationsindustrie und der Vermittler, Rechenschaftspflicht der Arbeitgeber, Dialog, gemeinsame Verantwortung von Ausgangs- und Zielländern, von Arbeitgebern, Vermittlern und Migranten, Förderung der Menschenrechte“, die gesetzt werden müssen und denen besondere Aufmerksamkeit zukommen muss, um diese Verletzungen effektiv bekämpfen zu können.

Ein Hauptgrund für die derzeitige Situation, der mannigfaltigen Missstände in Bezug auf sowohl irreguläre Migration als auch Migration im Allgemeinen und die Einstufung auf das Tier 3 Niveau von Thailand ist, dass die Problematik lange ignoriert, bzw. nur halbherzig und nicht längerfristig behandelt worden ist. Bereits im Jahr 2010, unmittelbar nachdem Thailand von Tier 2 auf Tier 2 – watchlist abgestuft worden ist, formulierten Institutionen wie etwa HRW detaillierte Empfehlung, um die Situation möglichst schnell und dauerhaft zu verbessern. Diese richteten sich dabei konkret an die jeweiligen Akteure, die in diesem Kontext eine Rolle spielen.

So wurde zum Beispiel dem Ministerium für Inneres empfohlen, die MigrantInnen gegenüber diskriminierenden, auf Provinzebene greifenden Verordnungen in Phang Nga, Phuket, Ranong, Rayong und Surat Thani sowie Samut Sakhon zu widerrufen und die örtlichen Autoritäten verstärkt zu kontrollieren, um der herrschenden Korruption entgegen zu wirken. Dem

Arbeitsministerium wurde nahegelegt, das System der Registrierung dahingehend zu reformieren, dass Migranten und Migrantinnen nicht mehr, wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, von ihrem Arbeitgeber abhängig sind, wenn sie sich registrieren lassen wollen. Weiter sollen die ausgestellten Visa nicht an den Arbeitsplatz gebunden sein und die gegebene Frist von 7 Tagen, die ArbeitnehmerInnen im Fall eines Arbeitsplatzverlustes haben, um einen neuen Job zu finden, soll auf minimal 60 Tage ausgedehnt werden. Der NV Prozess sollte ebenfalls überarbeitet und stärker kontrolliert werden, um diesen für AntragstellerInnen weniger zeit- und kostenintensiv zu gestalten und um korrupte Handlungen zu unterbinden. Dokumente sollen direkt dem Antragsteller oder der Antragstellerin ausgestellt werden und nicht mehr deren ArbeitgeberInnen. Weiter soll sichergestellt werden, dass alle Nationalen Regelungen im Einklang mit ILO Konventionen agieren. (vgl. HRW 2010: 94f.)

Dem Ministry of Social Development and Human Security wurde empfohlen, sich mit den relevanten Akteuren im Kampf gegen Menschenhandel besser zu koordinieren, um für eine bessere Untersuchung der Fälle, Verfolgung und Bestrafung der Händler und besseren Schutz der Opfer zu sorgen. Das Justizministerium sollte im Sinne der „Coordinated Mekong Ministerial Initiative against Trafficking (COMMIT) ebenfalls dafür sorgen, dass die Kooperation verbessert wird und die Möglichkeiten der Straffreiheit für Täter abgeschafft wird. (vgl. HRW 2010: 96)

Auch wenn diese Empfehlungen direkt an die, der Regierung unterstehenden Ministerien, gerichtet sind, kommt die größte Aufgabe im Kampf gegen Menschenhandel natürlich der Regierung selbst zu.

Um dieser Aufgabe nachzukommen sollten als Basis die zentralen ILO Konventionen wie zum Beispiel No. 87 oder No. 97 und No. 98 ratifiziert werden. So sollte auch das Zusatzprotokoll zur „United Nations Convention on Transnational Organised Crime“ (UNCTOC), welches Menschenhandel eindämmen soll und vor allem besonders verwundbare Ziele wie Frauen und Kinder unter Schutz stellt, unterzeichnet werden. In Bezug auf die UNCTOC sollte Thailand besonders den Artikeln 1,4,21 und 22, welche Misshandlungen und Folter definieren und einen adäquaten Strafraum für solch schwere Verbrechen festlegen, sowie Betroffenen das Recht einräumen, Beschwerden gegen Autoritäten offiziell vorzubringen und diese Menschen vor möglicher Vergeltung seitens dieser schützt, ratifizieren. (vgl. HRW 2010: 97f.) Andere Grundlegende Ratschläge an die thailändische Regierung legen dieser nahe, generell den Willen zu zeigen, Menschenhandel und die Pläne im Umgang mit dieser Problematik mit aller Härte

und Zielstrebigkeit zu verfolgen. Dabei sollte nicht nur das Zusatzprotokoll der UNCTOC unterzeichnet, sondern auch der nationale „Anti-Trafficking in Persons Act“ von 2008 besser implementiert werden. Weiter sollen die vom „Office of the High Commissioner for Human Rights“ (OHCHR) Richtlinien zu Menschenrechten und Menschenhandel, welche angemessenen Schutz für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sichern sollen, zur Gänze implementiert werden. Um vor allem irreguläre Migration eindämmen zu können, müssen nicht nur die Registrierungsprozesse der National Verification, sondern auch die Abläufe im Sinne der MOUs vereinfacht werden, um Migranten und Migrantinnen gezielt und regulär rekrutieren zu können. (vgl. EJF 2013a: 28)

Besonders eklatant ist die Problematik des Menschenhandels für burmesische Flüchtlinge, die ihr Heimatland aufgrund von militärischen Konflikten verlassen mussten. Um deren Situation in Thailand zu verbessern, sollte Thailand internationale Abkommen, wie etwa die Flüchtlingskonventionen von Genf, unterzeichnen. In diesem Zuge müsste Thailand auch ein System etablieren und implementieren, um den Status von potentiellen Flüchtlingen zu überprüfen und mit international agierenden Institutionen wie dem UNHCR zusammenarbeiten. Kinder, welche von burmesischen Migranten in Thailand geboren werden, muss die thailändische Staatsbürgerschaft verliehen werden und sie müssen, unabhängig ihres aktuellen Status, uneingeschränkter Zugang zu Bildung bekommen. Auch in Bezug auf die immer noch bestehenden Flüchtlingscamps an der thailändisch-burmesischen Grenze besteht Handlungsbedarf. Legale Möglichkeiten, Geld zu verdienen müssen für die Menschen in diesen camps geschaffen werden, ebenso wie die Möglichkeit sich außerhalb dieser völlig frei bewegen zu können. Organisationen wie dem UNHCR muss der uneingeschränkte Zugang zu diesen Arealen gewährt werden und Informationen müssen untereinander geteilt und ausgetauscht werden. (vgl. Seltzer 2013: 289 f.)

Folgende 10 Punkte Liste von Paul Buckley (2014: 162), einem Aktivisten der UN, fasst die wichtigsten Empfehlungen zusammen, welche umgesetzt werden müssten, um Menschenhandel in und nach Thailand effektiv zu bekämpfen:

- *“Implement broad and proactive procedures for identifying forced labour in industries with significant numbers of vulnerable workers, with trained officials and interpreters.”*
- *“Promote informal cooperation with other countries for the identification and protection of victims and the apprehension of suspects.”*

- *“Target efforts to address forced labour on fishing boats, reducing vulnerabilities and implement remedies.”*
- *“Implement a long-term plan for the regularisation of migrant workers to meet the needs of industry, while providing corresponding labour protections.”*
- *“Strengthen anti-trafficking law enforcement capacity to undertake high-quality, ethical and proactive investigations.”*
- *“Strengthen the capacity of the judiciary to support effective prosecutions in coordination with investigators, and with the ability to expedite trafficking cases.”*
- *“Increase the focus of prosecution efforts on brokers and employers of forced labour.”*
- *“Increase anti-corruption efforts specifically related to trafficking and migrant labour, with criminal justice and suppression strategies.”*
- *“Ensure trafficked persons are provided the individually tailored services they need for their recovery and (re)integration, irrespective of whether they support criminal justice processes or stay in shelters.”*
- *“Systematize good practices that have been demonstrated under the ATIP legislation, such as the use of pre-trial depositions to allow victims to return home, fair compensation, and access to employment for those victims choosing to stay in shelters.”*

4.2.3 Thailands Reaktionen auf die geforderten Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel

Aufgrund der zunehmenden internationalen Aufmerksamkeit und Kritik ist Thailand (zumindest nach außen hin) sichtlich bemüht, den Missständen in Zusammenhang mit irregulärer Migration und Menschenhandel entgegenzuwirken. Besonders die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 veranlasste Thailand dazu, häufiger offiziell zu der Thematik Stellung zu nehmen.

Am 25 März veröffentlichte die „Associated Press“ (AP) einen Aufmerksamkeit erregenden Bericht über die Zustände in der thailändischen Fischereiindustrie und damit verbundenem Menschenhandel und Zwangsarbeit. Die thailändische Regierung reagierte drauf mit einer Pressemitteilung in der einige wichtige Eckpunkte ihrer Bemühungen gegen Menschenhandel aufgelistet wurden.

In dieser Mitteilung argumentiert die Regierung, dass die Problematik höchste Priorität besäße und bereits vor der Veröffentlichung des AP-Berichts eine Vielzahl an Schritten getätigt wurden, um gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit vorzugehen. Unter anderem verordnete die Regierung eine Null-Toleranz Politik, in der Straffreiheit für Täter ausgeschlossen wird, was in einer Linie mit den oben erwähnten Forderungen der HRW steht. Des Weiteren erläuterte sie, dass ab Juni 2015 das „Vessel monitoring system“ (VMS) verpflichtend eingeführt werden wird, was ermöglicht, dass über 7700 Fischerboote via EDV-Systeme überwacht und kontrolliert werden können, um so zu verhindern, dass Boote illegale Gewässer befischen und gegen Arbeitsrechte verstoßen, indem sie Wochen oder Monate auf See bleiben, ohne jemals einen Hafen anzusteuern. (vgl. MFA 2015b: 1)

Eine Woche nach der oben erwähnten Pressemitteilung folgte ein außertourliches Treffen bei dem alle involvierten Akteure Thailands in Bezug auf Menschenhandel, von diversen Ministerien über die Royal Thai Army, Royal Thai Navy und Royal Thai Police, bis hin zum „Anti-Money Laundering Office (AMLO), anwesend waren, woraufhin der thailändische Ministerpräsident General Chan-o-cha Prayut den Kampf gegen Menschenhandel zum Teil der nationalen Agenda ausrief:

„ [...] the problems associated with human trafficking in various forms such as child labor, prostitution, beggars and forced labor, such as in fishing industry, have long persisted in Thailand. Thailand is seen as the country of origin, transit and destination for human trafficking for a long time. Many countries have kept an eye on us for more than 10 years already because they think that we are not trying hard enough to tackle human trafficking seriously and systematically. There had been no strong penalties for officials who have exploited both Thai and foreign labors, but only minimal disciplinary actions without the use of any evidence that could lead to criminal prosecutions. We must accept that previously, a key aspect of the human trafficking problem has been the involvement of government officials or employees of the government who have abused their authorities. As well, Thai society has encountered the problem of influential figures who have exploited others profusely. ” (MFA 2015c: 1)

Weiter sprach Prayut auch die bereits in Kapitel 3 erwähnte Problematik der gesellschaftlichen Haltung gegenüber Menschenhandel und Zwangsarbeit an. So erwähnte er etwa, dass viele Menschen in Thailand Prostitution nicht für unmoralisch oder abträglich halten und auch Zwangsarbeit (meist von MigrantInnen ausgeführt) mit Minimallöhnen und ohne Zugang zum Sozialsystem von vielen akzeptiert wird. Diese Einstellungen vieler Thais würden unterstützend auf eine Vielzahl von illegalen Aktivitäten wirken. Kooperation aller Beteiligten sei laut Prayut ebenfalls ein Kernelement, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen, was wiederum im Einklang mit den oben genannten Empfehlung diverser Institutionen steht. (vgl. MFA 2015c: 1f.)

Laut MFA (2015a: 1f.) verfolgte Thailand daraufhin bezüglich Menschenhandel und Zwangsarbeit eine sogenannte 5P's Strategie. Dabei stehen die 5p's für Policy, Prosecution, Protection, Prevention und Partnership. Dabei sollen zum ersten Gesetzesänderungen möglichst rasch implementiert werden, eine Null-Toleranz Politik verfolgt und gesetzliche Schlupflöcher geschlossen werden und ArbeitgeberInnen verstärkt überwacht bzw. kontrolliert werden. Zweitens soll die Judikative Thailands effizienter werden und Verfahren gegen Täter erheblich beschleunigt werden. Drittens sollen zum Schutz der Betroffenen die Notruf-Beschwerdehotlines weiter ausgebaut werden und in Zusammenarbeit mit der ILO, Schulungsprogramme mit speziellen Fokus auf der Identifizierung von Opfer und Informationskampagnen gestartet werden. Viertes soll, um Menschenhandel vorbeugend entgegen zu wirken, die Zusammenarbeit über die MOUs verbessert werden und auch die Registrierungsprozesse sollen vereinfacht werden. Fünftens soll schließlich die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der ILO, IOM und diversen NGOs gefördert werden, um Menschenhandel koordiniert und bestmöglich bekämpfen zu können.

Am 27. Juli 2015 veröffentlichte das US Departement of State den bereits erwähnten „Trafficking in Persons Report 2015“ in dem Thailand nach wie vor der dritten und somit letzten Stufen (Tier 3) zugeordnet wurde. Die Regierung reagierte unmittelbar mit einer Pressemitteilung.

Es wird erwähnt, dass der Kampf gegen Menschenhandel in Thailand seit August 2014 höchste Priorität besitzt, dass eigene Komitees dazu eingerichtet wurden und spezielle multi-disziplinäre Teams aufgebaut wurden, um Opfer zu identifizieren und zu schützen. Thailand versicherte ebenfalls, dass es trotz (oder gerade wegen) des Tier 3 Rankings den Kampf gegen

die verbleibenden Missstände weiterführen werde und ruft erneut zu verstärkter Zusammenarbeit auf. (vgl. MFA 2015d: 1)

Der Unmut und das Gefühl der ungerechten Behandlung ist in dieser Pressemitteilung jedoch deutlich zu spüren:

„Thailand takes note of such an evaluation but believes that the placement of Thailand in Tier 3 does not accurately reflect the significant efforts undertaken by the Government and its partnership with private sector and civil society in making the tangible progress that has occurred on all fronts in the previous year.” (MFA 2015d: 1)

4.2.4 Thailands Versäumnisse im Kampf gegen Menschenhandel

Das US Department of State teilt die Maßnahmen, welche Thailand setzt um Menschenhandel entgegen zu wirken, ähnlich wie die thailändische Regierung selbst, in 3P's, Prosecution, Protection und Prevention ein.

In Bezug auf Strafverfolgung und die Pläne der Regierung, Gerichtsverfahren zu beschleunigen, argumentierte das US Department of State, dass viele Verfahren zwar tatsächlich beschleunigt wurden, aber dennoch diverse Fälle vorliegen, bei denen Gerichtsverfahren über drei Jahre dauern würden, Täter immer wieder auf Kautionsfreilassung werden und anschließend untertauchen und es in einige Fälle aus unerklärlichen Gründen nie zu einem rechtskräftigen Urteil kommt oder Klagen plötzlich fallen gelassen werden. Auch der Kampf gegen Korruption werde laut dem Trafficking in Persons Report 2015 mit zu wenig Nachdruck verfolgt. Sind Autoritätspersonen in Menschenhandelsaktivitäten involviert, werden diese in den meisten Fällen auf inaktive Posten versetzt, ohne jemals verurteilt zu werden. Weiter wird immer wieder von investigativen Journalisten berichtet, welche etwa von der Royal Thai Navy verhaftet wurden, bei dem Versuch, die Missstände auf thailändischen Fischerbooten aufzuklären. Dies schreckt andere Journalisten ab, sich mit der Materie auseinanderzusetzen, was, der laut Regierung förderungswürdigen Transparenz, entgegenwirkt. (vgl. US Department of State 2015: 331f.)

Im Zuge des Schutzes von Opfer kritisiert der Bericht der US Regierung weiter, dass die erwähnten Schulungen zu besserer Identifizierung der Opfer zu wenig greifen. Zu häufig werden Formen des Menschenhandels und der anschließenden Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft von den Behörden nicht erkannt. Dass gerade irreguläre Migranten und Migrantinnen meist Angst vor rechtlichen Konsequenzen haben wenn sie mit thailändischen Autoritäten in Verbindung treten und dies deswegen oft unterlassen, werde viel zu wenig berücksichtigt. Speziell die Problematik des Menschhandels mit dem Ziel der Zwangsprostitution blieb in den letzten Jahren weitgehend unverändert. Obwohl berichtet wird, dass zwei Drittel der Opfer Kinder sind, gibt es keine spezielle Betreuung für minderjährige Opfer und die „Women and Child Centers“ der thailändischen Polizei wurden 2014 sogar aufgelöst. Aussagen von Personen die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind zufolge, mussten viele von Ihnen, wenn es zum Prozess kam, vor den Tätern aussagen und persönliche Daten wie die Wohnadressen angeben, was sie besonders verwundbar für Vergeltungsschläge macht. (vgl. US Department of State 2015: 332 f.)

Was präventive Schutzmaßnahmen betrifft, so erreichen Informationskampagnen zum überwiegenden Teil thailändische StaatsbürgerInnen, während Menschen aus Laos, Kambodscha und Myanmar nur bedingt Aufklärung über Ihre Rechte durch solche Mechanismen erfahren. Auch das Ziel der thailändischen Regierung die hohen Kosten für MigrantInnen, durch die sie beim Migrationsprozess häufig auf Schlepper und Händler angewiesen sind, zu reduzieren, wird bis dato kaum umgesetzt. Ein weiteres grundsätzliches Problem ist, dass Faktoren wie etwa Staatenlosigkeit zwar national als Risikofaktoren für Menschenhandel angesehen werden, solche Überzeugungen jedoch oft nicht bis in auf die regionale oder lokale Ebene durchdringen. (vgl. US Department of State 2015: 333 f.)

Auch NGOs wie die EJF (2015b: 2ff.) vertreten aktuell die Meinung, dass Thailand zwar auf dem Weg zur Verbesserung der Situation bezüglich Menschenhandels sei, es jedoch nicht reicht, Pläne und Vorhaben zu formulieren, ohne sie konkret und vor allem wirksam und koordiniert umzusetzen. Zusammengefasst in den folgenden 4 Versäumnissen erläutert die EJF (2015b: 1) warum Thailand trotz aller Bemühungen der Regierung auch weiterhin in die Tier 3 Stufe eingeteilt werden sollte:

1. *“Address one of the key factors perpetuating trafficking and abuse into the fishing sector, namely the existence of an unregulated industry of labour brokers”*

2. *“Make substantive progress in its ability to identify victims of trafficking, forced and bonded labour aboard fishing vessels”*
3. *“Enforce existing laws and regulations in an unbiased and rigorous manner, particularly with regards to state officials engaged in human trafficking”*
4. *“Adopt a victim-centred approach to the protection of those who have escaped or been rescued from modern-day slavery”*

4.3 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen Zwangsarbeit in Thailand

Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft resultieren in Thailand häufig aus Menschenhandelssituationen und können deswegen nicht davon isoliert betrachtet werden. Besonders eklatant sind die Missstände im thailändischen Fischereisektor sowie der fischverarbeitenden Industrie, welche exemplarisch im Kapitel 3.2.3 bereits diskutiert wurde.

Die wichtigsten internationalen Regelungen zum Thema Zwangsarbeit sind, neben den allgemeinen Menschenrechten, die ILO „Forced Labour Convention, 1930“ (No.29) und die ILO „Abolition of Forced Labour Convention, 1957 (No.105), wobei beide im Jahr 1969 von Thailand ratifiziert wurden. Erstere verbietet „all work or service which is exacted from any person under the menace of any penalty and for which the said person has not offered himself voluntarily“, mit Ausnahme von gemeinnütziger Arbeit, Militärdienst, in Notfällen oder kleine Tätigkeiten im Dienste der Gemeinschaft. Die Zweite Konvention (No.105) schreibt vor, dass Zwangsarbeit weder als Erziehungsmaßnahme, noch als Strafe jedweder Art zulässig ist. (ILO 2015c: 2f.)

4.3.1 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen die Zwangsarbeit in Thailands Fischereisektor

Wie bereits im Kapitel 3.2.3 erwähnt, ist eines der Grundprobleme des thailändischen Fischereisektors die gravierende Überfischung und die damit verbundenen Rückgänge der Fischbestände. Diese machen einen wesentlich höheren CPUE Wert notwendig und thailändische Fischerboote müssen immer länger auf See bleiben, um die gewünschte Menge an Fisch fangen zu können. Dies ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine humanitäre

Krise, da sich die Überfischung so direkt auf die Arbeitsbedingungen, auf den zunehmend unter Druck stehenden Booten, auswirkt.

Die EJF (2015a: 32 f.) fordert daher die thailändische Regierung auf, den im Juli 2015 in Kraft getretenen „Fisheries Act B.E. 2558“ so schnell wie möglich zu implementieren. Dabei sollen Fangquoten für eine nachhaltige Fischerei und Schutzzonen für die Erholung der Bestände die Basis der Maßnahmen bilden. Im Zuge dessen müssen Maschenweiten von Netzen, Schongrößen von Fischen, die maximale Anzahl an gleichzeitig operierenden Fischerbooten und effektive Strafen für Verstöße festgelegt werden. Des Weiteren bedarf es eines transparenten, computergestützten Systems zur Registrierung, Lizenzierung und Überprüfung der thailändischen Fischereiflotte.

2007 wurde von der ILO die Konvention C.188, welche ein umfassendes Regelwerk für in der Fischereiindustrie arbeitende Menschen und deren ArbeitgeberInnen darstellt, verfasst. Eine Maßnahme, die die Thailands Regierung setzen sollte, um Missständen in diesem Sektor entgegen zu wirken, wäre, diese Konvention zu ratifizieren und zeitnah umzusetzen. Ausnahmeregelungen für bestimmte Fischerboote sollen, wie in der 2014 von den Ministerien verabschiedeten Verordnung zum Schutz von ArbeiterInnen in der Fischereiindustrie vorgesehen, gänzlich abgeschafft werden und auch das darin vorgeschriebene Mindestalter von 18 Jahren der Beschäftigten in diesem Sektor muss verstärkt kontrolliert werden. Um den oft illegal operierenden privaten Rekrutierungsstellen und Zwischenhändlern entgegenzuwirken, sollen mehr reguläre Wege der Rekrutierung von Arbeitskräften in der Fischereiindustrie etabliert werden. Auch der internationalen Zusammenarbeit mit Nachbarländern wie Kambodscha und Myanmar aber auch Malaysia muss verstärkt werden, um etwa kooperative Kontrollen durchführen oder bei Verstößen und Notfällen staatenübergreifende Hilfsmaßnahmen ergreifen zu können. (vgl. EJF 2015a: 33)

Verfahren bei Verstößen müssen beschleunigt werden und die Unterbringung und Versorgung von Opfern, welche die Judikative unterstützen, zumindest für die Dauer des Prozesses sichergestellt werden. Um zu verhindern, dass Fischerboote oft Monate auf See sind, ohne ein einziges Mal einen Hafen anzulaufen, muss der Bord-zu-Bord-Umschlag der Fänge verboten werden. Dies würde die Boote dazu zwingen, bei vollen Laderäumen zum Hafen zurückzukehren. (vgl. EJF 2014: 36)

Verstärkte Kontrollen in thailändischen Häfen sind ebenfalls zentral für einen erfolgreichen Kampf gegen Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie. Konkret sollen beispielsweise

Besatzungslisten spätestens 72 Stunden vor dem Auslaufen eines Bootes bei den zuständigen Behörden abgegeben werde. Weiter sollen Boote vor dem Verlassen des Hafens bzw. nach dem Einlaufen regelmäßig kontrolliert und auch Befragungen der Crew durchgeführt werden. Die Ratifizierung des 2009 von der „Food and Agriculture Organization of the United Nations“ (FAO) formulierten „Agreement on Port State Measures to Prevent, Deter and Eliminate Illegal, Unreported and Unregulated fishing“ (IUU), wäre ein zusätzlicher, wesentlicher Schritt um die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbessern und die Fischbestände zu schützen. Des Weiteren sollte die Royal Thai Navy, im Einklang mit der „United Nations Convention on the Law of the Sea“ (UNCLOS), dafür sorgen, dass Boote, die unter thailändischer Flagge illegal in fremden Gewässern fischen, aufgehalten und die Verantwortlichen verhaftet werden. (vgl. EJF 2015a: 33) Wie bereits erwähnt, haben irreguläre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im thailändischen Fischereisektor nur bedingten bis gar keinen Zugang zum Gesundheits- bzw. Sozialsystem, weswegen zukünftig eine Möglichkeit gefunden werden muss, den „Occupational Health, Safety and Environment Act“ (B.E. 2554) von 2011 auch auf diesen Wirtschaftsbereich anwenden zu können, um Betroffenen zu unterstützen und vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu schützen. (vgl. Harkins 2014: 145)

Nicht nur die Situation auf thailändischen Fischerboote ist in Bezug auf Zwangsarbeit eine besonders problematische, sondern auch entlang der Wertschöpfungskette in diesem Industriezweig finden Menschenrechtsverletzungen dieser Art regelmäßig statt. So ist, wie oben bereits dargestellt, die Fischverarbeitende Industrie ein Sektor, in dem regelmäßig von illegalen Arbeitsbedingungen berichtet wird. Neben den bereits genannten Maßnahmen, die Fischfangindustrie betreffend, welche zum Großteil auch für die fischverarbeitenden Industrie zutreffen, wird seitens NGOs wie der EJF (2013: 28) der Regierung Thailands empfohlen, die Zusammenarbeit mit zivilen Gruppierungen von Arbeitsmigranten, Organisationen wie der ILO und anderen involvierten Institutionen in Zukunft zu verstärken. Als Basis für Verbesserungen in diesem Bereich müssen alle fischverarbeitenden Fabriken und peeling sheds staatlich registriert werden.

Die Verantwortung für die Missstände und andauernden Menschenrechtsverletzungen in Thailands Fischereiindustrie liegt jedoch nicht nur in den Händen der thailändischen Regierung, sondern ebenso bei der internationalen Gemeinschaft sowie bei den Produzenten, Händlern und nicht zuletzt beim Konsumenten selbst.

So wäre beispielsweise die rasche Etablierung und Installation eines globalen Identifikationssystems erstrebenswert. So ein System wird aktuell von der United Nations FAO aufgebaut und soll zukünftig jedem industriell operierenden Fischerboot eine unverwechselbare Kennung (UVI) zuteilen, um deren Überwachung und Kontrolle zu vereinfachen. (vgl. EJF 2014: 37) Im privatwirtschaftlichen Sektor sollten Händler und Zwischenhändler hundertprozentige Transparenz von ihren Zulieferern verlangen und im Zweifelsfall Produkte eines intransparenten Lieferanten nicht abnehmen, um sicherzustellen, dass es entlang der Wertschöpfungskette zu keinen Menschenrechtsverstößen kommt. (vgl. EJF 2015a: 34) Nicht zuletzt der Endverbraucher hat einen Einfluss auf die Art und Weise wie Menschen in Thailands Fischereiindustrie behandelt werden. So sollten Konsumenten, ähnlich wie die Händler und Zwischenhändler, ebenfalls volle „net to plate“-Transparenz fordern und im Zweifelsfall auf diese Produkte verzichten bzw. auf andere umschwenken. (vgl. EJF 2013a: 29; vgl. EJF 2014: 37)

4.3.2 Thailands Reaktion auf die geforderten Maßnahmen zu Bekämpfung von Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie

Die Reaktionen Thailands bezüglich der geforderten Maßnahmen im Fischereisektor decken sich zu einem nicht unwesentlichen Teil mit jenen Reaktionen bezüglich der Empfehlungen im Kampf gegen Menschenhandlung, da diese Bereiche nicht voneinander zu trennen sind.

Eine konkrete Maßnahme, die Fischereiindustrie betreffend, wäre etwa die Gründung eines speziellen Assistenzprogrammes für Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fischerindustrie, welches dem thailändischen „Anti-Trafficking in Persons Committee (ATP Committee)“ untersteht. Im Rahmen dieses Assistenzprogrammes sollen adäquate Strategien und Taktiken entwickelt werden, um die Situation dieser Arbeitskräfte mit meist irregulärem Status zu verbessern. (vgl. Buckley 2014: 154)

Neben der Entwicklung eines „Good Labour Practices“ – Leitfadens zusammen mit der ILO, war die Eröffnung von sieben sogenannten „Labour Coordination Centers“ (LCCs), speziell für Personen welche in diesen Bereichen tätig sind, ein wesentlicher Schritt der thailändischen Regierung im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen auf Fischerbooten und in der fischverarbeitenden Industrie. Diese Einrichtungen sollen die Rolle von Menschenhändler und

Broker schmälern, indem sie formale und reguläre Wege für das Abschließen von Arbeitsverträgen bieten, als Anlaufstellen für jedweder Auskünfte dienen und Schulungen und Unterstützung für Betroffenen zur Verfügung stellen. (vgl. Buckley 2014: 161)

Die sieben LCCs wurden 2012 in den Provinzen Rayong, Samut Sakhon, Songkhla, Trat, Chumphon, Satun und Ranong ins Leben gerufen und sind dem DOE unterstellt. Nachdem diese Einrichtungen ihre Tätigkeiten aufgenommen hatten, wurden alleine in den ersten 3 Monaten beinahe 7000 reguläre Arbeitsgenehmigungen ausgestellt. In der zweiten dreimonatigen Registrierungsperiode von März bis Mai 2014 waren es immer noch knapp 6000. (vgl. ILO 2015f: 9f.) Kernziele der LCCs sind neben den bereits erwähnten, folgende:

- a. *“to serve as a one-stop shop to regularize migrant fishers, including by providing health checks, and to reduce the role of brokers”;*
- b. *“to register employers (vessel owners and captains) of migrant fishers”;*
- c. *“to collect data on incoming and outgoing fishing vessels”;*
- d. *“to conduct training for employers and migrant fishers on their labour rights and responsibilities”;*
- e. *“to provide referrals and/or assist workers in lodging complaints”;*
- f. *“to coordinate the inspection of fishing vessels”;*
- g. *“to serve as a source of workers for employers facing shortages”.*

(ILO 2015f. 10)

4.3.3 Thailands Versäumnisse im Kampf gegen Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie

Auch wenn Thailand gerade in jüngster Vergangenheit sehr darauf bedacht ist, die Probleme des Fischereisektors im Zusammenhang mit Menschenhandel und Zwangsarbeit in den Griff zu bekommen, muss leider immer wieder festgestellt werden, dass diverse Maßnahmen nicht greifen, sie zu wenig effektiv umgesetzt werden und teilweise bei ihrer Formulierung schon zu kurzfristig gedacht bzw. zu wenig durchdacht sind.

In Bezug auf den Rekrutierungsprozess, den Thailand ja vor allem mittels der ins Leben gerufenen LCCs verbessern wollte, zeigt sich, dass die Versuche diese besser zu regulieren

kaum Wirkung gezeigt haben. Das MSDHS allokierte, im Sinne des 2014 beschlossenen „National Action Plan to Prevent and Suppress Human Trafficking“ (NAP), rund 9 Mio. THB (~220000 Euro) für die LCCs. Berichten zufolge verwendeten viele der LCCs diese Ressourcen zur Gänze um aufzuzeichnen, welche Schiffe den jeweiligen Hafen ansteuern bzw. wieder verlassen und investierten wenig bis gar nichts in den eigentlich zu verbessernden Rekrutierungsprozess. Nachdem davon ausgegangen wird, dass es im thailändischen Fischfangsektor einen Arbeitskraftmangel von nicht weniger als 50000 Stellen gibt, florieren die Geschäfte der privaten Rekrutierungsstellen, in die häufig Menschenhändler involviert sind, weiter. Zudem beruht die Zusammenarbeit von LCCs und privaten Stellen auf freiwilliger Basis, was den irregulären Formen der Rekrutierung nur wenig entgegenwirkt. Ein Pilotprojekt der Regierung, welches vorsah Gefangene, die ohnehin bald aus Thailands überfüllten Gefängnissen entlassen werden sollten, auf Fischerboote zu rekrutieren, um dort den Rest ihrer Haftstrafe „abzuarbeiten“, wurden, wegen heftigem Widerstand der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft, wieder verworfen. (vgl. EJF 2015b: 1)

Einem Bericht von Palmstone (2014: 1 ff.) zufolge, welche für die BBC in Thailand journalistisch tätig ist, hat sich bezüglich der Missstände auf Thailands Fischerbooten nur sehr wenig verändert. Laut Interviews wird ein wesentlicher Teil der Arbeitskräfte auf diesen Booten irregulär, über Broker an den Bootsinhaber verkauft und zur Zwangsarbeit versklavt. Fluchtversuche sind fast unmöglich und werden mit drakonischen Strafen bis hin zu Mord bestraft. Immer noch berichten Opfer davon, monatelang auf See zu sein und bis in die Gewässer des Jemens vorgedrungen zu sein. Weiter konnte bei der Inspektion von 58 Booten Ende 2014, nur ein Fall von Zwangsarbeit identifiziert werden. In einer weiteren, umfangreicheren Inspektionsperiode 2015, in der 414 Boote kontrolliert wurden, konnte kein einziger Fall identifiziert werden. Die Ursachen dafür liegen laut Deputy Director-General des „Department of Labour Protection and Welfare“ (DLPW) hauptsächlich an der schlechten budgetären Situation dieser Abteilung, welche für die Inspektionen zuständig ist. So wurden zwar von der Regierung Vorgaben formuliert, um Inspektionen erheblich auszudehnen und zu intensivieren, jedoch flossen keine zusätzlichen Gelder an die zuständigen Stellen, weswegen jeder Inspektionsbeamte oder Beamtin aktuell für 1300 Betriebe verantwortlich ist. Dass 1300 Einrichtungen nicht von einer einzigen Person adäquat überprüft werden können, liegt auf der Hand. (EJF 2015b: 1)

Thailands Null-Toleranz Politik gegenüber Korruption in Verbindung mit Zwangsarbeit scheint ebenfalls bis dato nicht vollständig zu greifen, da NGO Darstellungen zufolge, vor allem auf den unteren Ebenen des MOL und ähnlichen Institutionen Korruption beinahe alltäglichen Charakter hat. Schulungen und Trainingsprogramme, die thailändische Beamte für einen besseren Schutz der Opfer ausbilden bzw. weiterbilden sollen, zeigen ebenfalls nur bedingt Wirkung. Vor allem in regionalen Unterkünften für Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit fehlt es immer noch massiv an geschultem, sprachkenntlichem Personal. Schätzungen zufolge sind Vier von Fünf Rechtsverletzungen gegenüber Migranten und Migrantinnen in solchen Unterkünften, wie auch in den vom MSDHS geführten Flüchtlings camps, auf die mangelnde Verfügbarkeit von Dolmetscher zurückzuführen. Hinzu kommt, dass Zwischenfälle oft in manipulativer Weise protokolliert werden, indem Tatsachen verdreht und verändert werden. Eskaliert eine Situation beispielsweise und endet in der physischen Misshandlung von MigrantInnen in Form von Schlägen bis hin zu Morddrohungen mit vorgehaltener Waffe von Seiten betrunkenen Beamter in diesen Einrichtungen, so ist später im offiziellen Bericht dazu zu lesen, dass die Beamten nur versucht hätten, eine Gruppe betrunkenen Migranten und Migrantinnen unter Kontrolle zu bringen. Aufgeklärt werden solche Manipulationen von offiziellen Berichten in den seltensten Fällen. (vgl. EJM 2015b: 5f.)

4.4 Richtlinien und Empfehlungen und deren Umsetzung im Kampf gegen die Ausbeutung von Frauen in Thailand.

Frauen und vor allem allein reisende Kinder sind den Gefahren verbunden mit irregulärer Migration sowohl auf dem Weg nach Thailand, als auch am Zielort angekommen, besonders ungeschützt ausgeliefert. Geschlechterbasierte Ausbeutung und Zwangsarbeit von Minderjährigen ist leider keine Seltenheit und soll im Folgenden bezüglich Regelungen und Empfehlung näher beleuchtet werden.

4.4.1 Die ILO Konventionen zur Eliminierung jedweder Art von Diskriminierung von Frauen

Das wichtigste Regelwerk, welches, neben den bereits diskutierten allgemeinen Regelungen und Abkommen, vor allem Frauen die häufig im Hausarbeitssektor beschäftigt sind, unter besonderen Schutz stellt, ist die „Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women“ (CEDAW), die 1981 von der ILO formuliert und 1985 von Thailand ratifiziert

wurde. Das Zusatzprotokoll dieser Konvention wurde im Jahr 2000 von Thailand unterzeichnet. Ziel der CEDAW ist der umfassende Schutz der Rechte von Frauen, sowohl in privaten wie auch in öffentlichen Bereichen. (vgl. Rangsitpol 2014: 114)

Die wichtigsten Bestimmungen der CEDAW sind der Tabelle 14 zu entnehmen.

Tabelle 14: Für irreguläre Migration zentrale Bestimmungen der CEDAW

CEDAW Artikel	Inhaltlicher Kern	Anwendbarkeit auf Migrantinnen im Hausarbeitssektor
Artikel 1: Diskriminierung von Frauen	Definition von Diskriminierung von Frauen; Wahrnehmung von Verstößen gegen die Rechte von Frauen im privaten Umfeld, für die der Staat Sorge tragen sollte/könnte.	Im Hausarbeitssektor angestellte Migrantinnen erledigen Arbeit welche im privaten Umfeld stattfindet.
Artikel 2: Politische Maßnahmen	Aufgaben des Staates und konkrete Schritte um Frauen diskriminierende Gesetze, und Politiken zu ändern.	Die Aufgabe des Staates ist es, Gesetze und Politiken so zu gestalten, dass (in der Hausarbeit beschäftigte) Migrantinnen Zugang zu Trainings und Arbeitssicherheitsprogrammen, Informationskampagnen, Gesundheit und Gerechtigkeit haben.
Artikel 3: Geschlechterrolle, Stereotypen und Vorurteile	Die Aufgabe des Staates soziale und kulturelle Denkmuster, welche Vorurteile gegenüber Frauen oder deren angebliche Minderwertigkeit sowie stereotype Geschlechterrollen im Allgemeinen, auszumerzen.	Traditionelle Denkmuster gegenüber Frauen und deren Rolle im öffentlichen und privaten Leben schmälern deren Möglichkeiten und schränkt die Arbeitsplatzwahl in Ausgangsländern oft ein. Stereotypes Denken und Vorurteile führen im Zielland oft dazu, dass Frauen in wenig prestigeträchtige Berufsfelder abgedrängt werden, wo sie oft nur mangelhaft und ungleich durch das Gesetz geschützt sind.
Artikel 6: Menschenhandel und Prostitution	Die Aufgabe des Staates jedweder Form des Menschenhandels und der Zwangsprostitution von Frauen zu unterbinden	Oft sind sich Migrantinnen ihrer Rechte nicht bewusst. Die isolierte Natur der Hausarbeit macht diese Menschen besonders verwundbar für Formen der Zwangsarbeit.
Artikel 11: Arbeitsrechte	Frauen müssen Männern gegenüber in Bereichen wie Beschäftigung, Entlohnung, Förderung, Weiterbildung, soziale Sicherung und	Artikel 11 verlangt vom Staat, Hausarbeit als gleichwertige Form von Arbeit zu betrachten und Angestellten in diesem Sektor

	gesunde und sichere Arbeitsbedingungen gleichgestellt werden.	dieselben Rechte, unabhängig des Geschlechts, einzuräumen.
Artikel 15: Gleichheit vor dem Gesetz	Die Aufgabe des Staates gesetzliche Mechanismen zu etablieren, welche verhindern, dass Frauen von Individuen, Organisationen oder Betrieben diskriminiert werden.	Artikel 15 verlangt, dass weibliche Migrantinnen, egal ob in der Hausarbeit angestellt oder nicht, den gleichen Zugang zum Rechtssystem haben wie Männer, um jegliche Form der geschlechterbasierenden Diskriminierung während des Migrationsprozesses zu beseitigen.

Quelle: Rangsitpol 2014: 114f., UN Women: 2013: 35ff., eigene Bearbeitung

Thailand ist sich vieler der Missstände und Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Migrantinnen bewusst und versucht seit Jahren, diesen entgegenzuwirken. Auch wenn diese Verbesserungen nur bedingt greifen bzw. teilweise problematisch in ihrer Umsetzung sind, hat Thailand in den vergangenen Jahren vor allem folgende Maßnahmen zum Schutz für Migrantinnen verfolgt:

- *“Providing interpreters in the areas of the country that hire large numbers of migrant workers;”*
- *“Coordinating with embassies to help migrant workers file cases against abusive employers;”*
- *“Producing and distributing pamphlets for migrant workers about their basic rights under the Labour Protection Act in origin-country languages;”*
- *“Using various media to provide information to employers and migrant workers about legal issues and places for assistance when their rights have been violated;”*
- *“Organizing special labour inspections at businesses to protect migrant workers in Bangkok and nearby provinces;”*
- *“Providing legal services and receiving complaints through the 24-hour telephone hotline;”*
- *“Providing assistance and welfare to migrant workers who have been deceived with cooperation from the Ministry of Social Development and Human Security.”*

(UN Women: 2013: 246f.)

4.4.2 Konkrete Empfehlungen im Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen in Thailand

Eine Vielzahl an Institutionen sind am Kampf für die Gleichstellung von Frauen und zum Schutz von irregulären Migrantinnen in Thailand beteiligt. Um die Missstände diesbezüglich zu beseitigen, wurden diverse Empfehlungen an Thailand adressiert. Die wichtigste Maßnahme hierzu wäre, wie bei allen irregulären Migranten und Migrantinnen, ihren Status zu ändern. In Thailand haben nur reguläre Migrantinnen Zugang zum Sozialsystem, während irreguläre von nahezu allen Staatlichen Regelungen wie Arbeitsrecht etc. ausgeschlossen sind. Rangsitpol (2014: 127f.) erwähnt neben der zunehmenden Regulierung von Migrantinnen unter anderem folgende empfehlenswerte Maßnahmen:

- *“Ratify the ILO Convention Concerning Decent Work for Domestic Workers, No. 189.”*
- *“Promulgate the Gender Equality Act that addresses substantive equality, direct and indirect discrimination, and embodies the CEDAW principles. Enhance gender sensitivity in Thai society in general. Develop and implement gender-sensitive policies aiming to improve social status of women and to end gender biases and gendered labour segregation.”*
- *“Develop a system to register documented and undocumented national and migrant domestic workers, as well as a system of incentives for employers and migrant domestic workers to register.”*
- *“Regulate recruitment and employment agencies to ensure protection of rights of women migrant workers and domestic workers.”*
- *“Develop programmes specifically to address needs and rights of migrant domestic workers from gender and human rights perspectives, taking into account the intersectionalities of their vulnerabilities.”*

Auch die ILO ist in den Diskurs zu den Frauenrechten in Thailand involviert und formuliert Maßnahmen die von der Regierung ergriffen werden sollten, um diese Gefahren zukünftig einzudämmen.

Ein wesentlicher, schon angesprochener Punkt, sind die geplanten verstärkten Kontrollen von Arbeitsplätze und private Rekrutierungsstellen. Die ILO empfiehlt hierzu, diese Kontrollen und die Veröffentlichung deren Ergebnisse in bi- bzw. multilaterale Abkommen gesetzlich zu

verankern. Zu diesem Zweck sollen auch spezielle Inspektions-Checklisten entworfen werden, um Kontrollen zu standardisieren und ein ausreichendes qualitatives Niveau garantieren zu können. Laut diesen Checklisten sollen nicht nur Arbeitsplätze sondern auch die Unterbringung, Lebensverhältnisse, Zugang zu persönlichen Dokumenten wie Pässe und Arbeitsgenehmigungen und Bewegungsfreiheit der Angestellten überprüft werden. Hierzu wäre es auch von zentraler Bedeutung, dass Thailand die ILO Konvention NO. 81 bezüglich Arbeitsaufsicht für Frauen und Männer ratifiziert. Weiter sollen in den Schulungen für Arbeitsinspektoren ein besonderer Fokus auf Gleichstellung und Genderissues gelegt werden und generell die Anzahl der weiblichen Arbeitsplatzinspektoren erhöht werden. (vgl. ILO 2015h: 2ff)

Obwohl Migrantinnen, im speziellen jene mit irregulärem Status (Schätzungen zufolge haben rund 65% der Frauen einen solchen Status), im Allgemeinen weniger verdienen als Männer, welche dieselbe Arbeit verrichten, zeigen Studien, dass Frauen höhere Geldsummen in regelmäßigeren Abständen in ihr Ursprungsland senden, als Männer das tun. Im Vergleich zu Männern haben Frauen dabei wesentlich seltener ein eigenes Bankkonto. Dies bezüglich soll Migrantinnen in Thailand mehr Unabhängigkeit ermöglicht werden, indem etwa speziell für Frauen zugeschnittene Finanzprodukte etabliert werden, welche es Migrantinnen leichter macht, beispielsweise Finanztransfers ins Heimatland mit der ihnen zustehenden Autonomie zu tätigen. (vgl. ILO 2015g: 2ff.)

Ein weiterer essentieller Punkt in Zusammenhang mit Migrantinnen ist deren reproduktive Gesundheit. Immer wieder wird von Fällen berichtet, in denen Frauen aufgrund ihrer Anstellung keine Kinder bekommen wollten, oder im Falle einer Schwangerschaft dazu genötigt wurden, diese abzubrechen da sie anderenfalls ihre Arbeit verloren hätten. Hierzu wäre es von größter Dringlichkeit, dass Thailand und auch die restlichen ASEAN Staaten die ILO Konvention No. 183 zum Thema Mutterschutz ratifizieren. (vgl. ILO 2015g: 5)

Auch wenn Thailand in Bezug auf Frauenrechte und deren Schutz noch erheblichen Verbesserungsbedarf aufweist, so hat es im Bereich des Schutzes von Kinder und Minderjähriger in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht.

Die bereits in Kapitel 3.3.3 erwähnte CRC wurde von Thailand 1995 und die ILO Konvention C182 gegen „Worst Forms of Child Labour“ 2001 ratifiziert. (vgl. ILO 2015f: 52). Das US Department of Labor (USDOL) veröffentlichte zum Fortschritt Thailands im Kampf gegen die illegale Ausbeutung von Kindern am 30.9.2015 einen Bericht, indem die wichtigsten

Verbesserungen diesbezüglich zusammengefasst wurden. Damit ist Thailand eines von nur 13 Ländern, welches laut dem USDOL signifikante Fortschritte bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kinder gemacht hat. (MFA 2015f: 1)

Unter signifikanten Fortschritten versteht das USDOL folgende positive Entwicklungen:

- *“the creation of a National Policy Committee to address issues regarding migrant and human trafficking problems, which demonstrates the Thai Government’s efforts to reduce child labor issues,”*
- *“changes in the legal framework by the Ministry of Labor to raise the minimum age of workers in the agriculture and fishing sectors,*
- *“significant funding and supporting programs that target preventing and eliminating child labor, including its worst forms,”*
- *“a proactive multi-disciplinary team responsible for child labor law enforcement,”*
- *“the evaluation of the National Plan of Action (NPA) to Eliminate the Worst Forms of Child Labor (2009-2014), which will provide input for the second phase of the NPA for 2015-2020.”*

(MFA 2015f: 1)

5. Umsiedlung, Rückwanderung und Integration - Zukunftsaussichten

Thailands Wirtschaft ist zu einem beträchtlichen Teil von ausländischen Arbeitskräften, die vor allem im informelle Sektor beschäftigt sind, abhängig. Da Migration aber auch immer eine zeitliche Komponente beinhaltet, befinden sich sowohl diese Migranten und Migrantinnen als auch die thailändische und burmesische Regierung selbst in einem Spannungsfeld aus Rückführung bzw. Umsiedelung in Drittstaaten, Rückwanderung ins Ursprungsland und dauerhafter Integration im Zielland. Vor allem Burmesen, welche den Hauptanteil an regulären und irregulären MigrantInnen in Thailand stellen und auf denen somit auch das Hauptaugenmerk dieses abschließenden Kapitels liegen soll, werden von zukünftigen Veränderungen besonders betroffen sein. Auch für das kriegsgebeutelte Myanmar sind aufgrund der jüngsten politischen Umgestaltung deutliche Veränderungen in Bezug auf Migration zu erwarten.

„Migration can be seen as a decentralized aid programme for sending countries, given the financial support and the new ideas and institutions migration can sometimes help deliver. Where sending countries stand to gain the most from international migration in the medium and long term is, arguably, through the skills, savings, and positive norms brought by those who return to their countries of origin” (ILO 2015d: 18)

So sind nicht nur die im häufig ökonomisch besser gestellten Zielland erworbenen Fähigkeiten und Ausbildungen, sondern auch die Ersparnisse von rückkehrenden Migranten und Migrantinnen ein wesentlicher Faktor für das Ursprungsland. Häufig haben MigrantInnen auch eine positive Vorbildwirkung für die im Heimatland lebenden Menschen und generieren über diesen Kanal Aufschwung. (vgl. ILO 2015d: 18) Gleichzeitig bedeutet die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften für Thailand einen Wissensverlust (brain drain), während der Verlust von wenig qualifizierten Arbeitskräften eine direkte Gefahr für ohnehin schon von Arbeitskraftmangel betroffenen Sektoren der thailändischen Wirtschaft darstellt. (vgl. Zeugs 2011: 260)

Obwohl Rückwanderung oder Integration einen wesentlichen Einfluss, vor allem auf die Zukunft Thailands und Myanmars haben könnten, ist die aktuelle statistische Datenlage

diesbezüglich eine Schlechte. Das liegt zum einen daran, dass vieles auf Erwartungen bzw. Spekulationen beruht, da der politische Umbruch in Burma erst in jüngster Vergangenheit stattgefunden hat und sehr viel Veränderungspotential mit sich bringt. Zum anderen liegt es auch daran, dass der Großteil der dazu existierenden Daten rückgeführte oder rückkehrende MigrantInnen nicht ausweisen. Erhebt eine Nation wie etwa Myanmar Daten zu Migration, so liegt der Fokus häufig auf den Migranten und Migrantinnen innerhalb der eigenen Grenzen, nicht aber auf jenen, die nach Jahren in Thailand nach Burma zurückkehren. Diese werden häufig wieder rein der einheimischen Bevölkerung zugerechnet und gehen so, was ihr Migrationsverhalten in der Vergangenheit betrifft, statistisch unter. (vgl. ILO 2015d: 19)

5.1 Thailands Umsiedlungsprogramme

Wie bereits in Kapitel 3.1 angesprochen, gibt es drei Möglichkeiten mit großen Flüchtlingsströmen wie jenen aus Burma umzugehen. Für Thailand war lange Zeit die Umsiedlung in Drittstaaten da favorisierte Option.

Als im Jahr 2004 diese Umsiedlungsprogramme von der thailändischen Regierung mit Hilfe von Drittstaaten wie den USA, Australien, Kanada oder Finnland ins Leben gerufen wurden, war es nur den bereits erwähnten Persons of Concern (POCs) möglich, sich für ein solches Programm anzumelden. Für Thailand war dies eine willkommene Möglichkeit, um angebliche Sicherheitsprobleme, verursacht durch die große Anzahl von POCs, vor allem in urbanen Gebieten, zu lösen. Ebenfalls wurden in diesem Zuge viele POCs aus urbanen Regionen in die Flüchtlingscamps umgesiedelt. Dies führte dazu, dass die ohnehin schon überfüllten Flüchtlingscamps noch stärker belastet wurden und so beschloss die thailändische Regierung Mitte 2005, dass nicht nur POCs sondern alle Menschen, die bis 2005 in den camps registriert waren, sich für Umsiedlungsprogramme anmelden konnten. (vgl. Kook 2011: 90f.)

Auch für burmesische Flüchtlinge waren diese Umsiedlungsprogramme eine Möglichkeit, den teilweise sehr schlechten Lebensbedingungen in den camps zu entkommen. Doch zuvor musste ein aufwendiger Prozess durchlaufen werden, um in eines der Programme aufgenommen zu werden. Dieser umfasste diverse Kontrollen von Dokumenten seitens des UNHCR, Interviews in den Botschaften der jeweiligen Drittstaaten, medizinische Untersuchungen und Bildungsprogramme, in denen die AntragstellerInnen der Kultur und den Gebräuchlichkeiten der jeweiligen Länder nähergebracht werden sollten. Wurden all diese Voraussetzungen erfüllt,

so konnte die betreffende Person von Bangkok aus überstellt werden. (vgl. Kook 2011: 91) Im Jahr 2006 wurden so rund 4900 Menschen umgesiedelt. 2007 waren es rund 14600, 2008 rund 17100, 2009 rund 17000 und 2010 nur mehr rund 11000. Obwohl ein deutlicher Rückgang der Zahlen zu erkennen ist, sind von 2004 bis 2010 so annähernd 70000 Burmesen in Drittstaaten umgesiedelt worden. (vgl. Chantavanich 2011: 119f.) Bis Ende 2014 waren es rund 100000, wobei der Großteil davon von den USA, gefolgt von Australien und Kanada aufgenommen wurde. Weitere 120000 Flüchtlinge befinden sich immer noch in den Flüchtlingscamps in der thailändisch-burmesischen Grenzregion. (vgl. Huguet 2014: 199f.)

Obwohl viele Flüchtlinge und auch die thailändische Regierung die Umsiedlungsprogramme grundsätzlich als eine positive Maßnahme bezeichnen würden, so haben sie durchaus auch eine negative Kehrseite. Wegen der extrem widrigen und schwierigen Lebensumstände, mit denen burmesische Flüchtlinge in Thailand konfrontiert waren und sind, entschlossen sich viele von ihnen, darunter politische Aktivisten wie die „All Burma Students‘ Democratic Front“ und für NGOs arbeitende Burmesen, an den Umsiedlungsprogrammen teilzunehmen. Kook (2011: 94) schreibt dazu:

„The interest in resettlement programs suggest that individualism is winning over communalism“.

Auch innerhalb der camps verließen viele gebildete und für das Leben in diesen Einrichtungen zentrale Menschen wie Lehrer oder Ärzte Thailand via dieser Programme. Dies führte zu einem massiven brain drain innerhalb der camps, was für die Arbeit der vor Ort tätigen NGOs und politischen Aktivistengruppen, sowie für das allgemeine Leben der verbleibenden Flüchtlinge in den Einrichtungen, massive negative Konsequenzen hatte. (vgl. Kook 2011: 92ff.)

Der General Sekretär der Karen Women’s Organisation (KWO) beschreibt die Situation sehr treffend wie folgt:

„Now we are returning to the Stone Age in the absence of educated people. What we are going to learn in the future is only how to make fire using stones.“

(Kook 2011: 93)

5.2 Migrationsveränderung durch ein sich veränderndes Burma

Im letzten Jahrzehnt hat sich die politische, soziale und die ökonomische Situation in Myanmar beträchtlich verändert. Dies lässt vermuten, dass die ohnehin schon rückläufige Zahl an Menschen, welche sich für Umsiedlungsprogramme in Drittländer anmelden, weiter zurückgehen wird. Es ist damit zu rechnen, dass zukünftig ein Großteil der burmesischen Flüchtlinge in ihr Ursprungsland zurückkehren werden, was für Burma und auch für Thailand große Veränderungen mit sich bringen wird.

Die Transformation hin zu einem demokratischen Staat begann für Burma mit diversen Friedens- bzw. Waffenstillstandserklärungen der unterschiedlichen Parteien des bewaffneten Konflikts, der seit Jahrzehnten in Land wütete. Die Freilassung von politischen Gefangenen, der massive Ausbau der Telekommunikation, Meinungsfreiheit und (relativ) unabhängige Medien, sowie massive Fortschritte in puncto Arbeitsrecht sind weitere Meilensteine, die Myanmar in den letzten Jahren erreicht hat. (vgl. Pholpirul und Thet 2015: 2)

Auch wenn Zukunftsprognosen mit Vorsicht zu genießen sind, so ist zu erwarten, dass nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse der Wahl 2015, bei der die demokratische Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi die absolute Mehrheit erreichte, Burma seinen demokratischen Transformationsprozess bald zu Ende bringen kann, was auch massive wirtschaftliche und soziale Veränderungen mit sich bringen wird.

Thailand würde bei einer starken Rückwanderung von burmesischen regulären und irregulären MigrantInnen, welche in Bereichen wie der Fischereiindustrie rund 75 Prozent der Arbeitskräfte stellen, mit großen Problemen konfrontiert sein. Bis zum Jahr 2025 rechnet man in Thailand mit 5,36 Millionen freien Arbeitsplätzen, welche ohne Migranten und Migrantinnen nicht besetzt werden können. Gleichzeitig wurden aufgrund der politischen Veränderungen die wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Myanmar gelockert, was das Land wesentlich attraktiver für ausländische Direktinvestitionen (ADI) macht. Myanmar gewährt zudem für bestimmte Investitionen bis zu 5 Jahren Steuerfreiheit. So wurden alleine von Jänner bis September 2013 ausländische Direktinvestitionsprojekte im Wert von 2,1 Milliarden USD genehmigt. Hochrechnungen gehen davon aus, dass Myanmar bis 2030 bis zu 100 Milliarden USD an ADI attrahieren könnte. Weiter ergaben Studien des IWF, dass Burma bis 2030 sein

BIP jährlich um 8 Prozent erhöhen und somit seine Wirtschaftsleistung auf 200 Milliarden USD vervierfachen könnte. Zudem werden in diesem Zeitraum schätzungsweise rund 10 Millionen zusätzliche nicht-landwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen. (vgl. IOM und ARCM 2014: 165f.)

Laut einer aktuellen Studie von Pholpirul und Thet (2015: 9), bei der 433, sowohl reguläre als auch irreguläre MigrantInnen aus Burma, befragt wurden, gaben diese folgende Push-Faktoren für ihre Migration nach Thailand an (Tabelle 15).

Tabelle 15: Push-Faktoren burmesischer MigrantInnen nach Thailand 2015

Ökonomische Push-Faktoren	Prozentsatz
Armut	89,6
Geringere Minimallöhne in Myanmar	88,9
Ökonomische Instabilität	88,2
Arbeitslosigkeit	78,3
Hohe Steuerlasten	72,3
Politische Push-Faktoren	
Mangel an Bürgerrechten	70,7
Mangel an Demokratie	66,7
Krieg und Unterdrückung	52,2
Zwangsumsiedlung und Konfiszieren von Grund und Boden	43,0
Zwangsarbeit und Deportation	39,0
Soziale Push-Faktoren	
Schlechte Lebensbedingungen	84,1
Mangel an öffentlichen Dienstleistungen	69,3
Rassismus	56,6
Familienzusammenführung	46,0

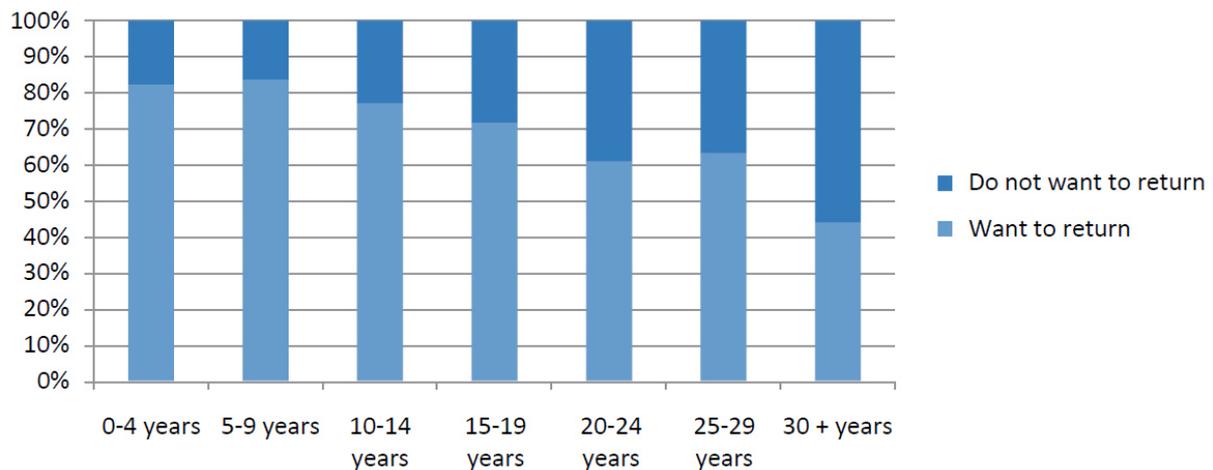
Quelle: Pholpirul und Thet 2015: 9, eigene Bearbeitung

Aufgrund der voraussichtlichen Veränderungen in Myanmar ist davon auszugehen, dass ein Großteil dieser Push-Faktoren zukünftig weniger ausgeprägt oder sogar völlig wegfallen wird, was bedeutet, dass damit zu rechnen ist, dass weniger Menschen von Burma nach Thailand

migrieren werden, während viele in Thailand lebende Migranten und Migrantinnen wieder zurück in ihr Heimatland migrieren werden.

Einer weiteren größeren Studie der IOM und dem ARCM aus dem Jahr 2014, bei der 5027 reguläre und irreguläre burmesische MigrantInnen befragt wurden, planen 79,9 Prozent Thailand in der Zukunft zu verlassen, um wieder nach Burma zurückzukehren. Dabei spielt für die Befragten die Aufenthaltsdauer in Thailand eine tragende Rolle. Je länger sich eine Person schon in Thailand aufhält, desto weniger wahrscheinlich ist eine Rückkehr ins Ursprungsland (siehe Abbildung 17).

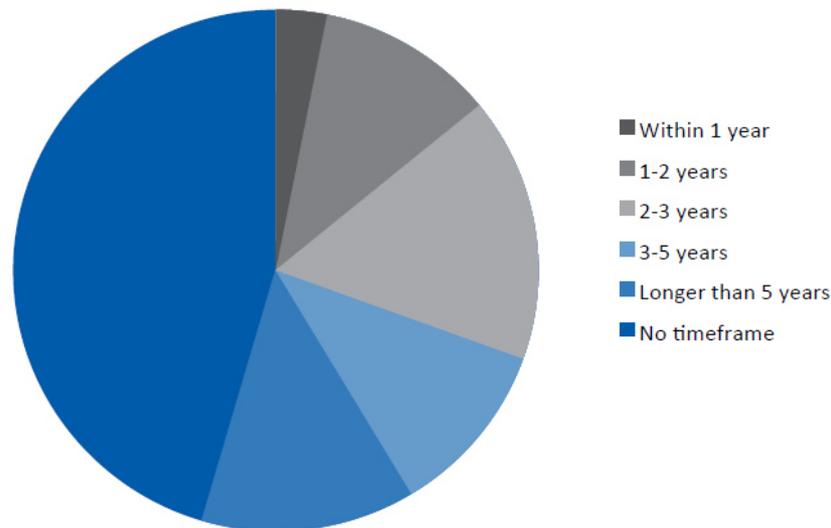
Abbildung 17: Prozentsatz der MigrantInnen die nach Burma zurückkehren wollen nach Länge ihrer Aufenthaltsdauer in Thailand



Quelle: IOM und ARCM 2014: 171

Der zukünftige Zeitpunkt der geplanten Rückkehr nach Burma kann der Abbildung 18 entnommen werden. Hier zeigt sich, dass der überwiegende Teil der Befragten keine genaue Vorstellung davon hat, wann er oder sie ins Ursprungsland zurückkehren möchte. Von denen die ihre Rückkehr zeitlich geplant haben, geben die meisten an, nach 2-3 Jahren zurückkehren zu wollen.

Abbildung 18: Zeitspanne bis zur geplanten Rückkehr burmesischer MigrantInnen in ihr Ursprungsland



Quelle: IOM und ARCM 2011: 172

Von den über 5000 Befragten geben 77,9 Prozent an, persönliche Gründe für eine Rückkehr nach Myanmar zu haben. Diese umfassen etwa die Wiedervereinigung mit Familie und Freunden, genug Geld angespart zu haben oder das Gefühl zu haben, lange genug in Thailand gewesen zu sein. 43,3 Prozent geben an, aufgrund von jüngsten politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen in Myanmar zurückkehren zu wollen, was die oben erwähnten und durch die erste Studie gestützten Thesen bestätigt. Weiter tendieren Migranten mit irregulärem Status eher dazu, in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen. (vgl. IOM und ARCM 2014: 171)

5.3 Prognosen und Empfehlungen

Wie bereits erwähnt, wird Thailand auch in Zukunft auf Arbeitskräfte auf Burma angewiesen sein. Die aktuellen Prognosen für die Entwicklung Burmas lassen den Schluss zu, dass auch Thailand zukünftig Maßnahmen setzen muss, um die sich im Land befindlichen burmesischen Migranten auch in Zukunft halten zu können. Dazu ist es grundsätzlich nötig, die Maßnahmen und Empfehlungen, die in Kapitel 3 erwähnt wurden, umzusetzen, sowie die genannten Richtlinien zu ratifizieren und einzuhalten.

Wie sich in den präsentierten Studien gezeigt hat, korreliert die Wahrscheinlichkeit, dass ein Migrant und eine Migrantin in Zukunft nach Burma zurückkehrt, sehr stark mit dem regulären bzw. irregulären Status dieser Person, sowie mit den Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnissen, denen die betreffende Person in Thailand ausgesetzt ist. Würden die Situation und die Verhältnisse in Thailand diesbezüglich verbessert werden, so würden weniger burmesische MigrantInnen in ihr Heimatland zurückkehren und ebenfalls mehr Menschen, die Thailand auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen verlassen haben, remigrieren. (vgl. IOM und ARCM 2014: 175f.)

Huguet (2015: 201f.) formuliert unter anderem folgende Empfehlung für Thailand im Umgang mit den in Zukunft zu erwartenden Veränderungen:

„Development strategies in Thailand should better prepare Thai workers to take advantage of this more flexible but also more competitive labour market.“

“Developing a comprehensive policy concerning international migration would help the Royal Thai Government to continue the significant progress achieved over the past few years. [...] Migration processes should be streamlined to become more efficient and less bureaucratically complex.“

“[...] social protection mechanisms should be expanded to cover migrant workers in the informal sector including in domestic work, agriculture, and the fishing industry“

“Migration policies should also recognize that many migrants are living in Thailand with their families. The many barriers to accessing education by migrant children need to be lowered. More effective policies are also required to ensure that the dependents of migrants, including their children, have access to health care.“

“The existence of camps for displaced persons along the Myanmar-Thailand border has become a protracted refugee situation, although not formally recognized as such by the Royal Thai Government. The potential to apply each of the possible durable solutions of repatriation, resettlement and local integration needs to be pursued more strongly“

Die thailändische Regierung ist sich den bevorstehenden Veränderungen bewusst und versucht, bilaterale Abkommen mit Ländern wie Vietnam und Bangladesch zu treffen, um den bevorstehenden Mangel an wenig qualifizierten Arbeitskräften auszugleichen. Experten bezweifeln jedoch, dass Menschen aus diesen Ländern die aktuellen Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Sektoren wie der Fischerei und der fischverarbeitenden Industrie zukünftig akzeptieren werden. Eine weitere Möglichkeit für Thailand wäre, ähnlich wie Japan

oder Korea den Fokus in Zukunft auf eine automatisiertere und mehr auf Technologie aufbauende Industrie zu legen, wobei fraglich ist, wie schnell und wie wirtschaftlich rentabel Thailand diesen Strukturwandel vollziehen könnte. (vgl. IOM und ARCM 2014: 176)

Es ist davon auszugehen, dass die bevorstehenden Veränderungen nicht sofort einsetzen werden. Zum einen besteht Unsicherheit von Seiten der burmesischen Migranten in Thailand, ob die erwarteten Verbesserungen im Heimatland andauern. Zum anderen wird Burma, selbst im Idealfall, etwas Zeit (Experten sprechen von mindestens 5 Jahren) brauchen, um die geplanten Strukturveränderungen vorzunehmen. (vgl. Pholphirul und Thet 2015: 18)

Um die möglichen zukünftigen Entwicklungen und Prognosen zusammenzufassen, eignet sich folgendes Zitat besonders gut:

„[...] it is difficult to think of any other practical options for these employment sectors [auf schlecht bezahlte MigrantInnen angewiesene Sektoren] than raising the levels of income for their migrant workers so that they can retain a sufficient migrant labour force necessary for operating their businesses. How quickly they will be forced to raise the level of wages will depend on the increase in the demand for labour in other parts of Thailand and Myanmar, and how the market wage levels for migrants will increase. These are all important factors that individual business owners, industry associations and the Royal Thai Government must consider in facing and managing the changes that are sure to come.“

(IOM und ARCM 2014: 177)

6. Schlussbetrachtung

Wie diese Diplomarbeit gezeigt hat, ist irreguläre Migration für Thailand ein omnipräsentes Thema. Von den Nachbarländern Kambodscha und Laos, aber vor allem aus dem angrenzenden Myanmar strömen jährliche zigtausende Menschen auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen ins Land. Gründe für diese Migration sind neben den erhofften besseren sozialen und ökonomischen Bedingungen auch kriegerische Auseinandersetzungen oder politische Verfolgungen, welche das Leben im Heimatland prägen. Die genaue Anzahl der irregulären Migranten und Migrantinnen, die sich aktuell in Thailand aufhalten, ist äußerst schwer zu bestimmen und variiert dabei je nach Quelle von rund 1 Million bis hin zu mehreren Millionen.

Migrationsprozesse bekommen häufig deswegen irregulären Charakter, weil an regulären Wegen zur Migration fehlt oder auch der Zugang zu diesen nicht gewährleistet wird. Migrieren Menschen über irreguläre Kanäle nach Thailand, so sind sie dabei häufig auf Dritte angewiesen. Durch ihre erhöhte Vulnerabilität geraten irreguläre Migranten und Migrantinnen so häufig in die Hände von Menschenschlepper, deren Ziel die Ausbeutung dieser Menschen und deren Arbeitskraft ist. Ein wesentlicher Anteil der beispielsweise aus Myanmar nach Thailand immigrierenden Menschen, sind laut internationalem Recht Flüchtlinge und somit vom jeweiligen Staat, zumindest temporär, offiziell aufzunehmen und zu schützen. Thailand hat jedoch bis heute die Genfer Flüchtlingskonvention sowie ihr Zusatzprotokoll nicht ratifiziert. Deswegen wurden und werden diese Menschen, die eigentlich Flüchtlingsstatus hätten, in Thailand in 9 Flüchtlingscamps entlang der burmesisch-thailändischen Grenzen „festgehalten“. Auch wenn bereits ein großer Teil der dort lebenden Menschen in Drittstaaten umgesiedelt wurde, leben aktuell immer noch etwa 120000 in den seit knapp 30 Jahren existierenden camps. Seit 2014 haben weitere 100000 Menschen versucht, Thailand mit Hilfe von Menschhändler und Schlepper auf dem Seeweg zu erreichen. Die gefährliche Reise forderte gerade in jüngster Vergangenheit hunderte Tote.

Sind die irregulären Migranten und Migrantinnen in Thailand angekommen, so sind sie erneut mit diversen Problemen und Gefahren konfrontiert. Zum einen werden sie häufig von Seiten der Gesellschaft feindselig und diskriminierend behandelt und zum anderen sind sie aufgrund ihres irregulären Status auch korrupten thailändischen Beamten und Autoritäten schutzlos

ausgeliefert. Missstände und Menschenrechtsverletzungen gegenüber diesen Menschen können von diesen zusätzlich nur schwer aufgezeigt werden, da sie in diesem Fall ihren irregulären Aufenthalt aufdecken würden und mit Geld- oder Haftstrafen und Abschiebung rechnen müssen. In die Fänge von Menschenhändler zu geraten, ist für viele irregulär einreisende Menschen jedoch häufig nur der Anfang eines jahrelangen Leidenswegs der Zwangsarbeit und der Schuldknechtschaft. Besonders eindrücklich wurden diese Menschenrechtsverletzungen an Thailands Fischereiindustrie gezeigt. Rund 75% der auf thailändischen Fischerbooten arbeitenden Menschen sind Migranten, häufig mit irregulärem Status. Diese werden oftmals ausgebeutet, zur Zwangsarbeit verpflichtet, unter- oder gar nicht bezahlt und psychisch wie physisch schwer misshandelt. Selbiges gilt für die Fischverarbeitende Industrie, in der rund 650000 Menschen, größtenteils irreguläre Migrantinnen, beschäftigt sind und der einen wesentlichen Wirtschaftszweig Thailands darstellt. Frauen und Kinder mit irregulärem Status sind in Thailand besonders gefährdet. Zwangsprostitution und geschlechterbasierende Ausbeutung ist in Thailand gängige und oftmals auch gesellschaftlich akzeptierte Praxis. Laut offiziellen Angaben sollen sich bis zu 2 Millionen Kinder mit irregulärem Status in Thailand aufhalten, welche sich ebenfalls häufig in Situationen der Zwangsarbeit befinden.

Obwohl Migration im ASEAN Raum seit Jahrzehnten ein sehr präsent Thema ist, konnte durch die in Kapitel 4 präsentierte policy paper Analyse festgestellt werden, dass Reformprozesse nur stückweise und nur sehr schleppend voran gehen, was zum einen daran liegt, dass die damit verbundenen Problematiken lange Zeit ignoriert wurden und häufig auch nicht langfristig gedacht wurde und zum anderen macht die Komplexität des Themas im Allgemeinen und die Vielfalt der involvierten Akteure und deren Interessen es schwer, Lösungsansätze auch zielgerichtet umzusetzen. Ein Vielzahl der internationalen Richtlinien und Empfehlungen seitens Organisationen wie der IOM, der ILO der UN und von diversen NGOs werden von Thailand kaum oder gar nicht eingehalten bzw. erst gar nicht ratifiziert. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die ICCPR, die ICESCR, die ICERD oder diverse ILO Konventionen in Bereichen wie Versammlungsfreiheit, Diskriminierung oder Arbeitsaufsicht sind nur einige Beispiele, die in Kapitel 4 dargebracht wurden. Auch wenn Thailand versucht der Problematik der irregulären Migration, nicht zuletzt wegen zunehmendem internationalen Druck, entgegenzuwirken, unterstreichen Ratings wie die Abstufung im Trafficking in Personen Report 2014, dass die gesetzten Maßnahmen häufig nicht greifen. Auch wenn diese

Maßnahmen theoretisch teilweise gut durchdacht sind, scheitern sie oft an der Implementierung und Umsetzung, an Korruption oder an Finanzierung.

In Zukunft wird sich Thailand einer völlig neuen Situation in Bezug auf Immigration aus Nachbarländern, vor allem aus Myanmar, einstellen müssen. Der politische Umbruch im Nachbarland wird zum einen dafür sorgen, dass allgemein weniger Menschen Burma verlassen und zum anderen, dass viele burmesische Migranten wieder in ihr Ursprungsland zurückkehren werden. Während Schätzungen davon ausgehen, dass bis 2030 in Myanmar 10 Millionen nicht-landwirtschaftliche Arbeitsplätze entstehen werden geht man davon aus, dass in Thailand bis 2025 über 5,3 Millionen Arbeitsplätze nicht besetzt werden können. Dies wird Thailand vor die Herausforderung stellen, dem ohnehin schon existierenden Arbeitskraftmangel in arbeitsintensiven Sektoren die der Fischereiindustrie, entgegenzuwirken. Ohne wesentliche Verbesserungen durch die Ratifizierung internationaler Abkommen und Richtlinien, sowie die Umsetzung der in dieser Arbeit genannten Maßnahmen wird Thailand dies jedoch kaum gelingen.

Persönlich bin ich der Meinung, dass die in dieser Arbeit aufgezeigten Missstände und Menschenrechtsverletzungen in keinem Land, und schon gar nicht in einem sich selbst als so fortschrittlich präsentierenden wie Thailand, herrschen bzw. stattfinden dürfen. Auch wenn die umliegenden Länder Laos, Kambodscha und Myanmar nicht aus der Pflicht genommen werden können, die Umstände berücksichtigt werden müssen und dies sehr simplifiziert klingen mag, so wäre die derzeitige Situation in Bezug auf irreguläre Migration in Thailand und das damit verbundene Leid von Millionen von Männern, Frauen und Kindern mit dem nötigen Willen, Einsatz und Engagement durchaus zu verhindern.

Abschließen möchte ich mit einem kurzen Zitat, das dem Schweizer Schriftsteller Max Frisch zugesprochen wird und den Kern der Problematik der thailändischen Migrationspolitik trifft.

„We asked for workers. We got people instead.“

(Max Frisch)

7. Literaturverzeichnis

- Austin M. (2012): From Entitlement to Experience: Access to education for Children of Migrant Workers from Burma. – In: Asian and Pacific Migration Journal 21 (3), 405-432.
- Asis M. M. B. (2004): Borders, globalization and irregular migration in Southeast Asia. – In: International Migration in Southeast Asia. 1, 199-227.
- Bales K. (1999): Disposable People. New Slavery in the Global Economy. – Kalifornien.
- Bernstein E. und Shih E. (2014): The Erotics of Authenticity: Sex Trafficking and „Reality Tourism” in Thailand. – In: Social Politics 21 (3), 430-460.
- Buckley, P. (2014): Human Trafficking in Thailand – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 151-163.
- Butler, S. (2015): Burma’s minimum wage pledge welcomed by UK retailers. – In: The Guardian (Hrsg.) <http://www.theguardian.com/business/2015/aug/31/burma-minimum-wage-uk-retailers> (31.3.2016)
- Chamchan, C. (2014): Reproductive health of Cross-Border Migrants in Thailand. – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 91-108.
- Chantavanich S. (2011): Cross-border Displaced Persons from Myanmar in Thailand. – In: IOM – International Organisation on Migration (Hrsg.): Thailand Migration Report 2011, 118-129.
- Chantavanich, S. und Vugsiriphisal, P., (2012): Myanmar Migrants to Thailand: Economic Analysis and Implications to Myanmar Development. - In: Lim H., und Yamada Y. (Hrsg.): Economic Reforms in Myanmar: Pathway and Prospects, BRC Research Report 10, 212-280.
- Dalet, D. (Hrsg.) (2016): Thailand / Grenzen, Provinzen http://www.d-maps.com/carte.php?num_car=3980&lang=de (31.3.2016)
- Dannecker P. und Schaffar W. (2014): The Construction of Migrant Workers and Refugees in Mae Sot, in the Light of the Political Change in Myanmar. – In: Husa K., Vielhaber C. und Wohlschlägl H. (Hrsg.): Southeast Asian Mobility Transitions: Issues and Trends in Migration and Tourism 19, 35-54.
- Eberle M. L. und Holliday I. (2011): Precarity and Political Immobilisation: Migrants from Burma in Chiang Mai, Thailand. – In: Journal of Contemporary Asia 41(3), 371-392.
- EJF - Environmental Justice Foundation (Hrsg.) (2015a): Pirates and Slaves: How Overfishing in Thailand fuels Human Trafficking and the Plundering of our Oceans. <http://ejfoundation.org/report/pirates-and-slaves-how-overfishing-thailand-fuels-human-trafficking-and-plundering-our-oceans> (31.3.2016)

- EJF - Environmental Justice Foundation (Hrsg.) (2015b): Broken Promises: Why Thailand should stay on Tier 3 in the 2015 US Trafficking in Persons report.
http://ejfoundation.org/sites/default/files/public/EJF_Thailand_TIP_Briefing.pdf
(31.3.2016)
- EJF - Environmental Justice Foundation (Hrsg.) (2014): Slavery at Sea: The Continued Plight of Trafficked Migrants in Thailand's Fishing Industry.
http://ejfoundation.org/sites/default/files/public/EJF_Slavery-at-Sea_report_2014_web-ok.pdf (31.3.2016)
- EJF - Environmental Justice Foundation (Hrsg.) (2013a): The Hidden Cost: Human Rights Abuse in Thailand's Shrimp Industry.
http://ejfoundation.org/sites/default/files/public/shrimp_report_v44_lower_resolution.pdf (31.3.2016)
- EJF - Environmental Justice Foundation (Hrsg.) (2013b): Sold to the Sea: Human Trafficking in Thailand's Fishing Industry.
http://ejfoundation.org/sites/default/files/public/Sold_to_the_Sea_report_lo-res-v2.pdf
(31.3.2016)
- Fan, J. und Mayerhofer J. (2015): Flucht auf dem Seeweg: Südostasien 2015. – In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) <https://www.boell.de/de/2015/11/27/flucht-auf-dem-seeweg-suedostasien-2015> (31.3.2016)
- Gantner, B. (2011): Schattenwirtschaft unter Palmen: Der touristisch informelle Sektor im Urlaubsparadies Patong, Thailand. – In: ASEAS - Österreichische Zeitschrift für Südostasienwissenschaften 4 (1), 51-80.
- Gois A.W. (2015): Arbeitsmigration in der ASEAN-Region. – In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Understanding South-East Asia.
<https://www.boell.de/de/2015/12/07/arbeitsmigration-der-asean-region> (31.3.2016)
- Hall A. (2011): Migration in Thailand: Policy, Perspectives and Challenges. – In: Huguet J. und Chamrathirong A. (Hrsg.): Thailand Migration Report, 17-39.
- Harkins, B. (2014): Complaint Mechanisms for Migrant Workers in Thailand. – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 133-148
- Huguet J. (2014): Thailand Migration Profile – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 1-13.
- Huguet J. (2014): Conclusion – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 199-202.
- Husa K. und Wohlschlägl H. (2014): Global Markets – Local Consequences: The Migration of Labour in Southeast Asia since the Mid-Nineteenth Century. – In: Husa K., Vielhaber C. und Wohlschlägl H. (Hrsg.): Southeast Asian Mobility Transitions: Issues and Trends in Migration and Tourism 19, 17-35.

- HRW - Human Rights Watch (Hrsg.) (2010): From the Tiger to the Crocodile: Abuse of Migrant Workers in Thailand.
https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/thailand0210_insert_low.pdf
(31.3.2016)
- HRW – Human Rights Watch (Hrsg.) (2012): Thailand: Flüchtlingspolitik zu kurzfristig gedacht und unangemessen – Geschlossene Flüchtlingslager und Arbeitsverbot führen zu Stagnation und Misshandlung.
<https://www.hrw.org/de/news/2012/09/13/thailand-fluechtlingspolitik-zu-kurzfristig-gedacht-und-unangemessen> (31.3.2016)
- HRW – Human Rights Watch (Hrsg.) (2015): These are people floating around, waiting to die: Interview with Phil Roberts on Human Rights Watch.
<https://www.hrw.org/news/2015/05/20/these-are-people-floating-around-waiting-die>
(31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2006): The Mekong Challenge: Working Day and Night – The Plight of Migrant Child Workers in Mae Sot, Thailand.
http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/publication/wcms_bk_pb_64_en.pdf (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organisation (Hrsg.) (2014): The ASEAN Forum on Migrant Labour (AFML: Background information booklet).
http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---sro-bangkok/documents/publication/wcms_310994.pdf (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015a): Migration, human rights and governance – Handbook for parliamentarians No. 24, 2015.
http://www.ilo.org/pardev/partnerships/civil-society/parliamentarians/WCMS_415618/lang--de/index.htm (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015b): World Report on Child Labour 2015: Paving the way to decent work for young people.
http://www.ilo.org/ipecc/Informationresources/WCMS_358969/lang--de/index.htm
(31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015c): 21 million people are now victims of forced labour, ILO says. http://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_181961/lang--en/index.htm (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015d): Analytical report on the international labour migration statistics database in ASEAN: Improving data collection for evidence-based policy making.
http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---sro-bangkok/documents/publication/wcms_431613.pdf (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015e): Facts and figures: Women migrant workers in ASEAN.
<http://www2.unwomen.org/~media/field%20office%20eseasia/docs/publications/201>

- [5/10/pb-2%20facts%20and%20figures%20v2.pdf?v=1&d=20151020T045210.](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---sro-bangkok/documents/publication/wcms_395565.pdf)
(31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015f): Progress of the implementation of Recommendations at the 3rd – 6th ASEAN Forum on Migrant Labour meetings: Background paper on the 7th AFML. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---sro-bangkok/documents/publication/wcms_395565.pdf
(31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015g): Valuing the contributions of women migrant workers in ASEAN. [http://www2.unwomen.org/~media/field%20office%20eseasia/docs/publications/2015/10/pb-1 valuing%20contributions%20final.pdf?v=1&d=20151020T044040](http://www2.unwomen.org/~media/field%20office%20eseasia/docs/publications/2015/10/pb-1%20valuing%20contributions%20final.pdf?v=1&d=20151020T044040)
(31.3.2016)
- ILO – International Labour Organization (Hrsg.) (2015h): Labour inspection: Women migrant workers in ASEAN. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---sro-bangkok/documents/policy/wcms_432820.pdf (31.3.2016)
- ILO – International Labour Organisation und ADB – Asian Development Bank (Hrsg.) (2014): ASEAN community 2015: Managing integration for better jobs and shared prosperity. <http://www.adb.org/sites/default/files/publication/42818/asean-community-2015-managing-integration.pdf> (31.3.2016)
- IOM – International Organisation on Migration (Hrsg.) (2011): Glossary on Migration - 2nd Edition, 2011. <http://www.epim.info/wp-content/uploads/2011/01/iom.pdf> (31.3.2016)
- IOM – International Organisation on Migration (Hrsg.) (2013): Migrant Information note issue 18, january 2013. http://www.burmalibrary.org/docs14/IOM-Migrant_Info_Note_No_18-en.pdf (31.3.2016)
- IOM – International Organisation on Migration (Hrsg.) (2014): Thailand Migration Report 2014. http://th.iom.int/images/report/TMR_2014.pdf (31.3.2016)
- IOM - International Organisation on Migration und The Asian Research Center for Migration (2014): Assessing Potential Changes in the Migration Patterns of Myanmar Migrants and their Impacts on Thailand. – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 165-177
- Kara S. (2009): Sex Trafficking. Inside the Business of Modern Slavery. – New York.
- Kiss et al. (2015): Health of men, women, and children in post-trafficking services in Cambodia, Thailand, and Vietnam: an observational cross-sectional study. – In: Global Health 3 (3), 154-161.
- Khin, Z., W. (2015): Die Wahlen in Myanmar – ein Leitfaden. – In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) Dossiers zu den Wahlen in Myanmar. <https://www.boell.de/de/2015/11/02/die-wahlen-myanmar-2015-ein-leitfaden>
(31.3.2016)

- Kook L.S. (2011): Borderland Dynamics in Mae Sot, Thailand and the Pursuit of the Bangkok Dream and Re settlement. – In: Asian and Pacific Migration Journal 20 (1), 79-99.
- Lee, E., S. (1966): A Theory of Migration. - In: Demography 5 (1), 47–57.
- Martin, P. (2007): The contribution of migrant workers to Thailand: Towards policy development. – In: ILO (Hrsg.): The contribution of migrant workers to Thailand: Towards policy development, 1-32.
- McMurphy, J. (Hrsg.) (2008): Refugee Camps.
<https://johnmcmurphy.files.wordpress.com/2008/09/refugee-camps.jpg> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015a): Press Releases: Progress on Combating Human Trafficking in Thailand
<http://www.mfa.go.th/main/en/media-center/14/62675-Progress-on-Combating-Human-Trafficking-in-Thailan.html> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015b): Press Releases: Response to AP’s Investigative Report on Forced Labour in Fisheries
<http://mfa.go.th/main/en/media-center/14/54877-Response-to-AP%E2%80%99s-Investigative-Report-on-Forced-La.html> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015c): Press Releases: PM declares “anti-human trafficking” as national agenda
<http://www.thaianti-humantraffickingaction.org/Home/?p=1158> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015d): Press Releases: The Release of the US State Department Trafficking in Persons Report 2015
<http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs, Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015e): Thailand’s Progress Report on Anti-Human Trafficking Efforts.
<http://www.mfa.go.th/main/contents/files/media-center-20150430-161606-980768.pdf> (31.3.2016)
- MFA – Ministry of Foreign Affairs of the Kingdom of Thailand (Hrsg.) (2015f): Press Release: The U.S. Department of Labor finds Thailand making significant Advancements in Efforts to Eliminate the Worst Forms of Child Labor.
<http://www.mfa.go.th/main/en/media-center/14/60716-The-U.S.-Department-of-Labor-Finds-Thailand-Making.html> (31.3.2016)
- Molland S. (2015): Migration in der ASEAN-Region: Begriffe und Konzepte. – In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) <https://www.boell.de/de/2015/11/27/migration-der-asean-region-begriffe-und-konzepte> (31.3.2016)
- Mon M. (2010): Burmese Labour migration into Thailand: governance of migration and labour right. – In: Journal of Asia Pacific Economy 15 (1), 33-44.
- Natali, C., McDougall E. und Stubbington S. (2014): International Migration Policy in Thailand – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 13-26.

- Natali, C., McDougall E., Tunon M. und Barbar S. (2014): The ASEAN Community and Implications for Migration in Thailand – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 179-198.
- Palmstone, B. (2014): Forced to fish: Slavery on Thailand’s trawlers. – In: BBC News, Thailand (Hrsg.) <http://www.bbc.com/news/magazine-25814718> (31.3.2016)
- Pearson R. und Kusakabe K. (2012): Who Cares? Gender, Reproduction, and Care Chains of Burmese Migrant workers in Thailand. – In: Feminist Economics 18 (2), 149-175.
- Pholphirul P. und Thet M. M. (2015): The Perception of Myanmar Development on its Return Migrants: Implications for Burmese Migrants in Thailand. – In: Journal of International Migration and Integration 6, 1-20
- Rangsitpol, R. (2014): Migrant Domestic Workers. – In: United Nations Thematic Working Group on Migration in Thailand (Hrsg.): Thailand Migration Report 2014, 111-131.
- Sakdapolrak, P. (2008): Jenseits von „Push und Pull“: Internationale Arbeitsmigration als Strategie der Lebenssicherung in Thailand. – In: Internationales Asienforum 39, 81-105.
- Sasiwongsaroj K. (2014): Irregular Migrant Workers from Cambodia, Laos, and Myanmar in Thailand: Trends, Policies and the Difficulties They Face. – In: Husa K., Vielhaber C. und Wohlschlägl H. (Hrsg.): Southeast Asian Mobility Transitions: Issues and Trends in Migration and Tourism 19, 54-83.
- Seiler, J. (2014): Sklaverei in Nepal – Das Kamaiya-System als Form der “Neuen Sklaverei”?. – Wien
- Seltzer A. (2013): Human trafficking: the case of Burmese refugees in Thailand. – In: International Journal of Comparative and Applied Criminal Justice 37 (7), 279-293.
- Thu, Z. (2006): Migrant Children’s Access To Education In Thailand: A Case Study Of Myanmar Children in Samut Sakhon Province. – Bangkok.
- Taylor L. R. (2005): Dangerous Trade-offs. The Behavioral Ecology of Child Labor and Prostitution in Rural Northern Thailand. – In: Current Anthropology 46 (3), 411-431.
- UN – United Nations (Hrsg.) (2005): International Human Rights Instruments – Compilation of General Comments and General Recommendations adopted by Human Rights Treaty Bodies http://www.bayefsky.com/general/cerd_genrecom_30.pdf (31.3.2016)
- UN – United Nations (Hrsg.) (2009): Committee on Economic, Social and Cultural Rights – General Comment no. 20 <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G09/434/05/PDF/G0943405.pdf?OpenElement> (31.3.2016)
- UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg.) (2015): South-East Asia: Mixed Maritime Movements. <http://www.unhcr.org/554c6a746.html> (31.3.2016)

-
- UNIAP – United Nations Inter-Agency Project on Human Trafficking (Hrsg.) (2010) The Mekong Region Human Country Datasheets on Human Trafficking http://www.no-trafficking.org/reports_docs/siren/uniap_2010ht_datasheets.pdf (31.3.2016)
- US Department of State (Hrsg.) (2015): Trafficking in Persons Report 2015. <http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/2015/index.htm> (31.3.2016)
- UN Women (2013) (Hrsg.): Review of Laws, Policies and Regulations Governing Labour Migration in Asian and Arab States – A Gender and Rights based Persepective. <http://www2.unwomen.org/~media/field%20office%20eseasia/docs/publications/2013/review%20of%20laws%20policies%20and%20regulations%20governing%20labour%20migration%20in%20asian%20and%20arab%20states.pdf?v=3&d=20141202T120228> (31.3.2016)
- Van de Glind H. (2008): Modern-day Child Slavery. – In: Children & Society 22, 150-166.
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (2015a): Länderprofil Kambodscha <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-kambodscha.pdf> (31.3.2016)
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (2015b): Länderprofil Laos <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-laos.pdf> (31.3.2016)
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (2015c): Länderprofil Myanmar <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-myanmar.pdf> (31.3.2016)
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.) (2015d): Länderprofil Thailand <http://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-thailand.pdf> (31.3.2016)
- Zeus B. (2011): Exploring Barriers to Higher Education in Protracted Refugee Situations: The Case of Burmese Refugees in Thailand. – In: Journal of Refugee Studies 24 (2), 256-276.

8. Tabellen und Abbildungsverzeichnis

8.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: ASEAN Mitgliedsstaaten und ihre Funktion im internationalen Migrationssystem ab 2000	4
Tabelle 2: Migrationsbevölkerung und Erwerbstätige MigrantInnen der ASEAN Mitgliedsstaaten (aktuellstes Jahr)	6
Tabelle 3: Anzahl der über MOUs nach Thailand immigrierten Arbeitskräfte bis Mitte Juli 2013	16
Tabelle 4: Anzahl der ArbeitsmigrantInnen die bis Ende 2012 über die NV registriert wurden	17
Tabelle 5: Charakteristika von MigrantInnen aus Kambodscha, Laos und Myanmar in Thailand (%).....	40
Tabelle 6: Wissenstand, Einstellung und Verhalten von Thais gegenüber MigrantInnen 2010	41
Tabelle 7: Preise von sexuellen Dienstleistung auf der Khao San Road in THB/Euro, 2008.	58
Tabelle 8: Unterscheidung von Kindern die in Thailand von irregulärer Migration betroffen sind hinsichtlich Anzahl, Bildung, Gesundheit und anderen Gefahren/Probleme	62
Tabelle 9: Sozio-Kulturelle- und Politische Sicherheit Säule der ASEAN und deren zentrale Ziele.....	69
Tabelle 10: Von Thailand, Laos, Kambodscha und Myanmar unterzeichnete ILO-Konventionen, Stand 2015	70
Tabelle 11: Gesetzlich festgelegte Strafen in Zusammenhang mit Menschenhandel in Thailand.....	77
Tabelle 12: Tier-Gliederung des US Department of State in Bezug auf Menschenhandel	78
Tabelle 13: Hauptgründe für die Abstufung Thailands in die Tier 3 Kategorie des US Department of State.....	80
Tabelle 14: Für irreguläre Migration zentrale Bestimmungen der CEDAW	96

Tabelle 15: Push-Faktoren burmesischer MigrantInnen nach Thailand 2015..... 105

8.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Interregionale Migrationsanteile (total) in ASEAN, 1990-2013 6

Abbildung 2: Kontinuum des Migrationsstatus in Thailand 18

Abbildung 3: Regularisierungsprozess für laotische, kambodschanische und burmesische MigrantInnen in Thailand nach Dezember 2012..... 20

Abbildung 4: Herkunft der in Thailand lebenden Migranten 2013..... 21

Abbildung 5: Migrationswege in Südostasien ab Beginn des 21. Jahrhunderts 22

Abbildung 6: Offizielle Anzahl der legalen und illegalen Migranten in Thailand 2001-2012..... 23

Abbildung 7: Anzahl der irregulären Migranten aus Kambodscha, Laos und Myanmar 1996-2012 24

Abbildung 8: Die für Menschenschleuser bzw. Händler wichtigsten Grenzübergänge/Routen nach Thailand 31

Abbildung 9: Flüchtlingscamps entlang der thailändisch-burmesischen Grenze 34

Abbildung 10: Anzahl der Menschen die Myanmar und Bangladesch auf dem Seeweg irregulär verlassen haben, 2012-2015 36

Abbildung 11: Wie wird mit Meldungen über Missstände umgegangen 44

Abbildung 12: Entwicklung der thailändischen Fischereiindustrie von 1960 bis 1980..... 47

Abbildung 13: Aussagen von Betroffenen bezüglich ihrer Arbeitsbedingungen auf thailändischen Fischerbooten 49

Abbildung 14: Wertschöpfungskette der thailändischen Garnelenproduktion 50

Abbildung 15: Anteile von nach Thailand immigrierten Kindern nach Ursprungsland..... 64

Abbildung 16: Burma, Laos, Kambodscha Thailand Tier-Ranking des US Department of State 79

Abbildung 17: Prozentsatz der MigrantInnen die nach Burma zurückkehren wollen nach Länge ihrer Aufenthaltsdauer in Thailand..... 106

Abbildung 18: Zeitspanne bis zur geplanten Rückkehr burmesischer MigrantInnen in ihr Ursprungsland 107

Anhang:

Abstract

Irregular Migration is a very prevalent form of population movement in the ASEAN region in general, as well as in Thailand and its' neighbouring countries specifically. Political, social and/or economic pressure causes thousands of people every year to leave their home countries and immigrate to Thailand using irregular ways. The lack of regular ways for immigration, respectively the lack of access to these ways, as well as Thailand's migration policy makes irregular migrants very vulnerable. Hence, irregular migration is often linked to great social cost, illegal migration fees and human rights violations like human trafficking, forced labour and debt bondage. A vast number of government- and non-government organisations and institutions are part of the discourse on irregular migration in Thailand and formulate recommendations and guidelines to counteract the problems involved. Therefore, the aim of this thesis is to discuss the difficulties regarding irregular migration in Thailand as well as to assess these recommendations and guidelines in respect to their implementation and effectiveness.

Keywords: *Thailand, irregular migration, migration policy, human trafficking, forced labour*

Kurzfassung

Irreguläre Migration ist im ASEAN Raum und speziell in Thailand und dessen angrenzenden Ländern eine allgegenwärtige Form der Bevölkerungsbewegung. Politischer, sozialer und/oder ökonomischer Druck veranlasst jährlich tausende Menschen, ihr Heimatland zu verlassen um auf irregulären Wegen nach Thailand zu immigrieren. Das Fehlen von oder der fehlende Zugang zu legalen Formen der Migration beziehungsweise zu sicheren Migrationswegen, sowie Thailands Migrationspolitik machen irreguläre Migranten und Migrantinnen sehr verwundbar. Irreguläre Migration ist somit oft mit hohen sozialen Kosten, illegalen Migrationsgebühren und Menschenrechtsverletzungen wie etwa Menschenhandel, Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft verbunden. Eine Vielzahl an Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und Institutionen sind am Diskurs zur irregulären Migration in Thailand beteiligt und formulieren Empfehlung und Richtlinien, um den Missständen in diesem Zusammenhang entgegenzuwirken. Ziel dieser Diplomarbeit ist es daher, die Problematik der

irregulären Migration in Thailand darzulegen und Empfehlungen und Richtlinien diesbezüglich, auf ihre Umsetzung und Wirksamkeit zu überprüfen.

Schlagwörter: *Thailand, irreguläre Migration, Migrationspolitik, Menschenhandel, Zwangsarbeit*